

Berichte und Jahresabschluss
der Bremer Landesbank
nach HGB zum 31. Dezember 2015

Inhalt

Berichte und Jahresabschluss der Bremer Landesbank nach HGB zum 31. Dezember 2015

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
1. Grundlagen des Instituts	3
2. Wirtschaftsbericht	7
3. Nachtragsbericht	43
4. Prognose- und Chancenbericht.....	44
5. Risikobericht.....	47
6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen.....	103
Bericht des Aufsichtsrates	104
Bericht der Trägerversammlung	106
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015	107
Gewinn- und Verlustrechnung	110
Anhang	111
1. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro.....	111
2. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.....	122
3. Sonstige Angaben	131
4. Organe der Bremer Landesbank.....	153
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	157
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	158
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	160
Impressum.....	166

Lagebericht der Bremer Landesbank

1. Grundlagen des Instituts

1.1 Ziele und Strategien

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit rund 800. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Träger der Bremer Landesbank sind die NORD/LB mit 54,8343 %, das Land Bremen mit 41,2 % und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657 %.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit fünf Strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf Strategischen Geschäftseinheiten (SGE) verankert. Im zweiten Halbjahr 2015 hat sie ihre Geschäftsfelder zum Teil neu strukturiert und ihre Aufbauorganisation geändert. Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll das Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnisse verbessern:

- **Firmenkunden**

Strategisches Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden will das Geschäftsfeld als Spezialist auf Augenhöhe agieren und durch individuelle Beratung maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Das Geschäftsfeld gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Corporates, Gewerbekunden und Sozialimmobilien. Um das Know-how zu wesentlichen Branchen weiter zu bündeln wurde in 2015 das Geschäftsfeld Firmenkunden nach entsprechenden Kompetenzfeldern neu gegliedert. In diesem Zuge wurde das Segment Sozialimmobilien mit dem Schwerpunkt auf Finanzierungen von Pflegeheimen in das Geschäftsfeld integriert.

- **Privatkunden**

Strategischer Hauptfokus des Geschäftsfeldes Privatkunden ist die Positionierung als der führende Anbieter von Finanzdienstleistungen im Nordwesten für gehobene Privatkunden. Das Geschäftsfeld Privatkunden gliedert sich in die Strategischen Geschäftseinheiten Private Banking und Privatkundenbetreuung auf.

- **Spezialfinanzierungen**

Die Schiffsfinanzierungen bilden nach der Neustrukturierung der Geschäftsfelder im zweiten Halbjahr 2015 nunmehr ein eigenes Segment, die SGE Sozialimmobilien wurde in das Geschäftsfeld Firmenkunden integriert. Die Spezialfinanzierungen umfassen weiterhin die strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

- **Schiffsfinanzierungen**

Die Schiffsfinanzierungen mit ihrem bedeutenden Portfolio bilden jetzt ein eigenständiges Geschäftsfeld und sind nicht mehr Bestandteil der Spezialfinanzierungen.

- **Financial Markets**

Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die SGE Kommunen, Sparkassen und Institutionelle Kunden gebündelt. Strategisches Ziel ist die Festigung der regionalen Marktführerschaft in den betreffenden Märkten. Darüber hinaus ist Financial Markets mit dem Vertrieb von Handelsprodukten für Kunden anderer Geschäftsfelder (Produkt-SGE Sales Corporates) beauftragt. Außerdem werden Handels- und Treasury-Geschäfte betrieben.

Die Bremer Landesbank fungiert als Landesbank des Bundeslandes Bremen, ist das Spitzeninstitut der Sparkassen ihres Geschäftsgebietes in Niedersachsen und Bremen und darüber hinaus eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem und selektivem internationalem Spezialgeschäft.

- Die Strategie und das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank entsprechen sich.
- Regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft, Landesbank und Sparkassenzentralbank.
- Besonderer Fokus liegt dabei auf der problemlösungsorientierten Beratung anspruchsvoller Kunden und der Förderung der Entwicklung des Wirtschaftsraumes Nordwest.

Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt rentabilitätsorientiert. Für jedes Geschäftsfeld sind auf Basis geschäftsfeldbezogener Strategien Profitabilitätsziele festgelegt. Daneben kommt einer nachhaltig hohen Kapitalquote und einem entsprechend hohen Risikodeckungsgrad in der geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank eine risikopolitisch wichtige Bedeutung zu.

Die Kreditpolitik ist daher in allen fünf Geschäftsfeldern konservativ bzw. risikoavers ausgelegt und dokumentiert sich in der konkreten Ausgestaltung der konzernintern abgestimmten Risikostrategie und der Finanzierungsgrundsätze.

Insgesamt hat das Geschäftsmodell der Bank durch die Konzentration auf das Kerngeschäft mit einer Vielzahl von Branchen in der Region Nordwest bei gleichzeitig selektiver Nutzung überregionaler und vereinzelter internationaler Marktchancen das Ziel eines ausgewogenen Rendite-Risiko-Verhältnisses.

Inhaltlich orientiert sich das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank seit jeher am Leitsatz der Nachhaltigkeit. Als Regionalbank mit einer traditionell sehr starken Bindung mit ihrer Heimatregion Nordwestdeutschland und den oft über Generationen hinweg andauernden Kundenbeziehungen basiert die strategische Positionierung maßgeblich auf Beständigkeit und Zuverlässigkeit, verbunden mit einem langfristigen Kundenbeziehungs-Ansatz.

Für die Region, die Menschen, die Kunden und die Mitarbeiter ist die Bremer Landesbank ein langfristig denkender, verlässlicher Partner. Ziel ist es, durch vorausschauendes Agieren und eine institutserhaltende und langfristige Geschäftsstrategie einen dauerhaften Unternehmenserfolg der Bank und eine solide Gewinnerzielung und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aus diesem Grund vereinigt die Bremer Landesbank in ihrem Verständnis von Nachhaltigkeit die Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales als integrale Bestandteile.

Zur Sicherstellung eines nachhaltig stabilen Geschäftsmodells verfolgt die Bremer Landesbank einen Portfolioansatz, in dessen Rahmen die Ertragsstruktur der Bank über alle Strategischen Geschäftseinheiten laufend überprüft und optimiert wird.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor.

1.2 Gesamtbanksteuerung

Die risikoorientierte Rentabilitäts- und Produktivitätssteuerung der Bremer Landesbank obliegt dem Vorstand. Ziel dieser Steuerung ist die kurz- und mittelfristige Optimierung ihrer Rentabilität und Effizienz bei größtmöglicher Erlös- und Kostentransparenz. Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist damit wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die Gewinn- und Verlustrechnung [(GuV) mit dem Hauptfokus auf das Jahresergebnis vor Steuern], die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der Risikotragfähigkeits-Bericht (RTF) und aufsichtsrechtlich die harte Kernkapitalquote. Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE)¹ und die Cost-Income-Ratio (CIR)².

Die Gesamtbanksteuerung gewährleistet damit die simultane Betrachtung der extern und intern orientierten Steuerungskreisläufe.

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr eines jeden Jahres. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wichtigen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst eines jeden Jahres. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

¹ RoE: Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit abzgl. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne/ Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen).

² CIR: Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen/operatives Ergebnis ohne Verwaltungsaufwendungen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Weltwirtschaft und Ausblick 2016

Das Wachstum der Weltwirtschaft soll sich laut Berechnungen des IWF im laufenden Jahr auf 3,4 % nach 3,1 % in 2015 stellen.

Die Voraussetzungen für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind für 2016 grundsätzlich positiv. Die niedrigen Energie- und Rohstoffpreise liefern neben der global verfügbaren hohen Liquidität und der in den Industrienationen verankerten Niedrigzinspolitik positive Impulse für die globale Konjunkturlage.

Positive und bisher nicht diskontierte Akzente werden ab Mitte 2016 durch die Umsetzung des grenzenübergreifenden Infrastrukturprojekts Seidenstraße gesetzt. Das Ende der Sanktionspolitik gegenüber dem Iran und die Möglichkeit eines Endes der Sanktionspolitik gegenüber Russland können den globalen Wachstumspfad verstetigen oder sogar leicht erhöhen.

Die politischen Risikoherde in der Ukraine und im Nahen Osten stellen unverändert latente Belastungsfaktoren dar. Die aus der Krise im Nahen Osten resultierenden Flüchtlingsströme setzen den institutionellen Rahmen der EU unter Druck.

Die Wirtschaft der USA lieferte 2015 einen enttäuschenden Konjunkturpfad. Insbesondere war der produzierende Sektor von unerwarteter Schwäche geprägt. Die im Dezember eingeleitete Zinswende der US-Zentralbank entfaltet eine dämpfende Konjunkturwirkung. Der IWF unterstellt 2016 eine Expansion der US-Wirtschaftsleistung um 2,6 % nach 2,5 % in 2015.

Japans Wirtschaft konnte 2015 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,6 % nicht überzeugen. Für 2016 unterstellt der IWF ein Plus in Höhe von 1 %.

Die konjunkturelle Entwicklung der Schwellenländer verlief mit einem Wachstum in Höhe von 4 % enttäuschend und wird laut Berechnungen des IWF in 2016 auf ähnlichem Niveau auslaufen. Fallende Rohstoffpreise gekoppelt mit einem starken USD belasteten viele Schwellenländer.

Der anhaltende Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells von Produktion und Export zur stärker binnenwirtschaftlich geprägten Ökonomie wirkt neben Börsen- und Währungsturbulenzen dämpfend auf die Konjunkturlage. Das Wachstum stellte sich laut IWF in 2015 auf 6,9 % nach 7,3 % in 2014 ein. Für das laufende Jahr erwartet der IWF eine Expansion des BIP um 6,3 %.

Indien setzte 2015 mit einem Wachstum in Höhe von 7,3 % positive Akzente. Der IWF prognostiziert für 2016 ein Wachstum in Höhe von 7,5 %.

Brasiliens Wirtschaftsleistung enttäuschte 2015 mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 3,8 %. Regierungskrisen basierend auf Korruption waren neben dem Rohstoffpreiseinbruch entscheidende Katalysatoren. Entspannung ist kurzfristig nicht zu erwarten. Der IWF unterstellt erneut eine Kontraktion des BIP um 3,5 % im laufenden Jahr.

Russlands Wirtschaft ist weiter von den Sanktionen des Westens als auch der Rohstoffbaisse betroffen. In der Folge kam es 2015 zu einem Rückgang des BIP um 3,7 %. Für das laufende Jahr prognostiziert der IWF eine weitere Kontraktion des BIP um 1 %.

Europa

Die Eurozone widersetzte sich 2015 der abnehmenden globalen Konjunkturdynamik mit einer Expansion des BIP um 1,5 %, dem höchsten Wachstum seit 2010. Neben Deutschland tragen die erfolgreichen Reformländer Irland und Spanien die wirtschaftliche Expansion der Eurozone. Frankreich und Italien nehmen konjunkturell Tempo auf. Vor diesem Hintergrund prognostiziert der Internationale Währungsfonds für das laufende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 %.

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wuchs laut IWF im abgelaufenen Jahr um 1,5 %. Für 2016 erwartet der IWF einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 1,7 % analog zur Eurozone. Der private und staatliche Konsum war und bleibt der wesentlichste Treiber der positiven Konjunkturlage neben erstarkender Nachfrage aus der Eurozone.

Finanzmärkte

Im abgelaufenen Jahr dominierte hohe Volatilität an den Finanzmärkten, die sich zu Jahresbeginn 2016 fortsetzte.

Die nervöse Haltung war und ist durch eine Vielzahl von Krisenherden forciert. Die latent destabilisierte Sicherheitslage in und um die Ukraine, fortgesetzte Instabilität im Nahen Osten, kollabierte Rohstoffmärkte, ausgeprägte Dynamikverluste der US-Konjunktur nebst Zinswende der Federal Reserve als auch die instabile Lage des chinesischen Aktienmarkts und des Yuan wirkten und wirken sich auf die Psychologie an den Finanzmärkten im Jahresverlauf belastend aus.

Der DAX bewegte sich 2015 von 9.869 in der Spitze auf 12.390 Punkte im April, um bis auf 9.325 Punkte Anfang September 2015 zu korrigieren.

Seitdem hat sich eine Bandbreite zwischen 9.300 und 11.400 Punkten etabliert, die Ausdruck dünner und nervöser Märkte ist.

Hinsichtlich einer unter historischen Gesichtspunkten unterproportionalen Bewertung und ansprechender Dividendenrenditen von derzeit mehr als 3 % als auch der globalen Wachstumsprognose des IWF mit 3,4 % bietet der Aktienmarkt 2016 in Schwächephasen attraktive Einstiegschancen.

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe war 2015 zunächst auf Talfahrt und erreichte Tiefstände bei 0,05 %. Im weiteren Verlauf des ersten Halbjahres wurde diese Bewegung nachhaltig korrigiert und Höchstrenditen knapp unter 1 % erreicht. Seitdem sind die Renditen unter ausgeprägten Schwankungen auf circa 0,50 % gesunken.

Die Negativzinspolitik der EZB, die 2016 anhalten wird, begrenzt den Spielraum zunehmender Renditen am Kapitalmarkt.

Der Euro verlor zu Jahresbeginn 2015 gegenüber den Hauptwährungen. Gegenüber dem USD wertete der Euro von Mai 2014 bis März 2015 von knapp 1,40 bis auf 1,05 ab und bewegt sich seitdem in einer Bandbreite zwischen 1,05 bis 1,14.

Die ausgeprägte Politik monetärer Entspannung durch die EZB gekoppelt mit einem ersten zögerlichen Schritt in der US-Zinswende einerseits als auch die Widerstandsfähigkeit der Konjunktur der Eurozone andererseits implizieren eine weitere Seitwärtsbewegung und eine Bodenbildung des Euros an den Devisenmärkten gegenüber den anderen Hauptwährungen.

2.1.2 Region

Bremen und das Umfeld sind von unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen geprägt. Aus dieser Divergenz ergeben sich für die unterschiedlichen Regionen Bremen, Oldenburg und Emden in Teilen divergierende Bewertungen und Betrachtungen bezüglich einzelner Branchen.

Die aktuellen Bewertungen in den drei Handelskammerbezirken zeigen einen grundsätzlich positiven Konjunkturverlauf, der aber bezüglich der Dynamik unterschiedlich ausgeprägt ist.

Die bremische Wirtschaft war 2015 laut der IHK Bremen auf einem branchenübergreifend soliden Wachstumskurs, der sich in leicht abgeschwächter Form bedingt durch geopolitische Risiken im laufenden Jahr fortsetzen soll. Dienstleister und Industrie bewegen sich weiter im Aufschwungmodus. Exportaussichten fallen moderat aus. Befriedigende Geschäftslagen zeichnen den Handel und die Baubranche aus. Der Index des Geschäftsklimas bewegt sich oberhalb des langjährigen Durchschnitts.

Die oldenburgische Wirtschaft hat zum Ende des Jahres 2015 an Fahrt aufgenommen. Damit blieb die konjunkturelle Schwächephase auf das dritte Quartal 2015 beschränkt. Der IHK-Konjunkturklimaindex stieg zuletzt um knapp sieben Zähler auf 116,3 Punkte. Auch 2016 ist eine breit angelegte Expansion getragen von Industrie, Baubranche, Einzelhandel und Dienstleistung zu erwarten.

Das Jahr 2015 ist für die meisten Unternehmen im Bezirk der IHK Emden erfolgreich zu Ende gegangen. Die Erwartungshaltung für das laufende Jahr wird jedoch deutlich risikobehafteter eingeschätzt. Insbesondere im Verkehrsgewerbe und im Großhandel sind die Erwartungen deutlich negativer ausgefallen als bei vergangenen Konjunkturumfragen. Für das Verkehrsgewerbe spielt dabei die Bewältigung der „Abgas-Problematik“ bei VW eine Rolle. Überdurchschnittlich entwickelt sich nach wie vor der Einzelhandel. Der Konjunkturklimaindikator sank zuletzt um zehn Punkte auf 110 von 200 möglichen Punkten und bewegt sich nun im Bereich des langjährigen Mittels.

2.1.3 Branche

Laut der Deutschen Bundesbank ist das deutsche Bankensystem seit Längerem von einer strukturellen Ertragsschwäche geprägt, die sich insbesondere im Rückgang der Zinsspanne zeigt. Ursächlich ist demnach ein intensiver Wettbewerb, der den Aufbau von Kapitalpolstern aus einbehaltenen Gewinnen erschwert. Zudem haben sich auf einzelnen sektoralen Kreditmärkten beachtliche Risiken aufgebaut. Besonders betroffen von Ausfallrisiken sind Schiffskredite, Kredite für ausländische Gewerbeimmobilien und Altlasten in Form von Verbriefungen. Wichtig für das deutsche Bankensystem ist darüber hinaus, dass sich im Niedrigzinsumfeld keine übermäßigen Risiken aus der Kreditvergabe für Wohnimmobilien in Deutschland aufbauen.

Die Bremer Landesbank konnte sich trotz einer anhaltend hohen Risikovorsorge im Schifffahrtssektor in diesem Umfeld behaupten. Besonders im durch starken Wettbewerb zwischen den Banken gekennzeichneten Segment der erneuerbaren Energien konnte hierbei das Geschäft ausgeweitet werden.

Wie im Vorjahr haben Änderungen bei der Struktur der Bankenaufsicht sowie der regulatorischen Vorgaben einen bedeutenden Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Banken. Neben einer hohen Bindung an personellen Ressourcen sowie der Notwendigkeit zur Schaffung neuer IT-Systeme ist vor allem der Einfluss auf die Steuerung der Banken von hoher Bedeutung.

Durch die europäischen Aufsichtsbehörden EZB und EBA erfolgt eine laufende Neubeurteilung von Finanzinstituten sowie die Ausarbeitung neuer Standards zu deren Steuerung. Im Jahr 2016 wird die Bremer Landesbank als Tochterinstitut der NORD/LB einem europaweiten Bankenstresstest unterzogen, wobei das Ergebnis des Stresstests auf Konzernebene ermittelt wird. Im zuletzt 2014 durchgeführten Bankenstresstest der europäischen Aufsichtsbehörden konnte die NORD/LB auch

im adversen Szenario einer weltweiten Rezession eine angemessene CET1-Kernkapitalquote aufweisen.

Im Rahmen des „Supervisory Review and Evaluation Process“ (SREP) wurde des Weiteren ein europaweit einheitliches Schema zur Beurteilung von bedeutenden Finanzinstituten geschaffen, welches am 01.01.2016 in Kraft getreten ist. Dieses Schema ist mit einer umfassenden Erhöhung der Anforderungen an die Banken in den Bereichen Geschäftsmodell, interne Kontrollsysteme, Risikotragfähigkeit und Liquiditätsteuerung verbunden. Neben allgemein stark erhöhten Eigenkapitalanforderungen und einem neuen Modell zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit eines Finanzinstituts ergeben sich zusätzliche Liquiditätsanforderungen sowie eine Vielzahl an Anpassungen in der Risiko- und Geschäftssteuerung.

Auch die Anforderungen an die Qualität der IT-Systeme haben sich bei europäischen Banken stark erhöht. Im Rahmen des BCBS 239-Projekts setzt die Bremer Landesbank die geforderten Anpassungen bei der Risikodatenhaltung, -auswertung und dem darauf basierenden Reporting in einem mehrjährigen Prozess um. Die Bremer Landesbank stellt sich somit proaktiv den regulatorischen Anforderungen und wird ihre Prozesse zur Risiko- und Ertragsteuerung sowie ihre Systeme konsequent an die Anforderungen der Zukunft anpassen.

Dem zunehmenden Wettbewerb im Kreditgewerbe stellt sich die Bank unter anderem über das Projekt „BLB2020“, in dessen Rahmen die Möglichkeiten zur Ertragssteigerung und Kostenreduktion ebenso geprüft werden wie die Möglichkeit in neuen Geschäftsfeldern zu wachsen und die internen Prozesse der Bank zu optimieren.

Mit Blick auf bestehende Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette, ist die Bremer Landesbank zuversichtlich, sich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können.

2.1.4 Märkte

Nordwesten

Die einzelnen Branchen der Wirtschaft im Nordwesten zeigen eine unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt gesehen ist die konjunkturelle Lage gut und die künftigen Aussichten werden positiv beurteilt. Investitionsbereitschaft ist vorhanden, aber vor dem Hintergrund der jüngeren Vergangenheit eher von hanseatischer Vorsicht geprägt, sodass der Finanzierungsbedarf der Unternehmen in der Region sich lediglich in überschaubarem Umfang bewegt. Leicht steigende Beschäftigung und Einkommen sorgen für eine grundsätzlich positive Perspektivenbeurteilung bei den privaten Haushalten, die sich in stärkerem Konsum ausdrückt. Die vermögende Privatkundenklientel wird

jedoch stark umworben und sucht aufgrund des niedrigen Zinsniveaus nach alternativen Anlagemöglichkeiten.

Schiffe

Im ersten Halbjahr 2015 waren zunächst Erholungstendenzen in der Handelsschifffahrt erkennbar. Aufgrund sinkender Wachstumsraten in China sowie in anderen Schwellenländern hat sich im zweiten Halbjahr 2015 die Schifffahrtskrise im Bulkersegment verschärft. Die Ratenverbesserungen im Containersegment wurden wieder aufgezehrt. Bei kleineren Containerschiffen, wie sie von der Bremer Landesbank finanziert werden, ist damit insgesamt eine Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. Über den Jahresverlauf konnten bei der Bremer Landesbank sowie bei vielen anderen in diesem Segment engagierten Banken sinkende Ausfallraten bei Schiffskrediten beobachtet werden. Im Hinblick auf ein sich möglicherweise verschlechterndes weltwirtschaftliches Umfeld bestehen in der Schifffahrtsbranche weiter hohe Überkapazitäten und historisch gesehen hohe Ausfallraten. Die Bremer Landesbank stellt sich auch weiter auf Belastungen in diesem Geschäftssegment ein.

Leasing

Trotz im Jahresverlauf länger anhaltender Verunsicherung der deutschen Unternehmen in Bezug auf Neuinvestitionen konnte die deutsche Leasing-Wirtschaft ihr Neugeschäft Jahr 2015 stabil halten und den Marktanteil an den Ausrüstungsinvestitionen sogar noch ausbauen.

Erneuerbare Energien

Mit der zurückliegenden Neufassung des EEG besteht nun wieder Sicherheit über die rechtlichen Grundsätze und das Förderungsregime für dieses Geschäftssegment. Trotz einer Reduktion von Vergütungssätzen sowie der Pflicht zur Direktvermarktung für die Betreiber großer Energieanlagen sind die erneuerbaren Energien weiter ein bedeutendes Wachstumssegment für die Bremer Landesbank. Die Bank kann sich in diesem Geschäftsfeld auf eine langjährige Erfahrung sowie auf eine bedeutende Marktposition stützen.

Sozialimmobilien

Das Marktumfeld des Segmentes „Sozialimmobilien“ ist infolge der in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Kapazitäten geprägt durch eine verstärkte Wettbewerbssituation. In neue Projekte wird aufgrund des schwierigeren Umfeldes derzeit lediglich verhalten investiert. Durch Übernahmen bestehender Betriebe nimmt der Konzentrationsprozess in der Branche zu. Gleichzeitig bewirkt dies eine Fortsetzung der Professionalisierung. Die politischen Diskussionen über das Thema Pflege führen zur Schaffung alternativer Angebote wie z. B. ambulant betreuter Wohngemeinschaften oder von Wohnen mit Service. Darüber hinaus ist ein Trend zum sogenannten Aufteilergeschäft – dem Vertrieb von Teileigentum an Investoren – zu verzeichnen.

2.1.5 Auswirkungen auf die Bremer Landesbank

Die vorstehend beschriebenen Entwicklungen haben unter Berücksichtigung der Globalisierung der Weltwirtschaft Einflüsse auf die geschäftliche Entwicklung der Bank:

- Die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflusst die globalen Warenströme und damit das Transportvolumen im Schifffahrtsbereich mit entsprechender Wirkung auf Charterraten und Marktpreise. Als Folge aus der Dauer der Krise auf den Schifffahrtsmärkten ergeben sich auch Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge der Bank.
- Die Stabilität der Eurozone – insbesondere der hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas hat Auswirkungen auf den Kurs des Euro gegenüber anderen Währungen und damit einerseits auf die Exportchancen der Wirtschaft und andererseits auf die Bewertung von Wertpapieren und Credit Default Swaps (CDS). Insbesondere kann die Kursentwicklung des Euro zum USD eine wahrnehmbare Wirkung auf die Höhe der Kundenforderungen, die RWA und die Bilanzsumme, aber auch auf den Zinsüberschuss und die Risikovorsorge der Bank entfalten.
- Die Binnen- und regionale Konjunktur hat Auswirkungen auf die mittelständische Firmenkundschaft und deren Finanzierungsbedarf und damit auch auf das Kreditgeschäft der Bremer Landesbank.
- Das Zinsniveau beeinflusst einerseits die erzielbaren Margen im Kreditgeschäft, andererseits aber in Verbindung mit den erwarteten wirtschaftlichen Entwicklungen auch den Finanzierungsbedarf von Unternehmen und Privatpersonen im Geschäftsgebiet. Die anhaltende Niedrigzinsphase hatte bisher noch keine spürbare Auswirkung auf den Zinsüberschuss der Bank.
- Die Entwicklung der Aktienindizes – insbesondere des DAX – hat Auswirkungen auf das Verhalten von Privatkunden bei der Investition in Wertpapiere, Aktien und alternative Investments und damit auch auf das Provisionsergebnis der Bremer Landesbank.
- Die Entwicklung des lokalen Immobilienmarktes hat Auswirkungen auf die Erfolge der im Immobiliengeschäft tätigen Tochterunternehmen der BLB.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank ist weiter deutlich durch die Krise im Schifffahrtssegment belastet. Das Schifffahrtssegment ist durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern und einem bestehenden Überangebot an Transportkapazitäten weiterhin erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem signifikanten Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2015, einer Belastung der Eigenkapitalquoten sowie der fortgesetzten Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment zu restrukturieren und abzubauen.

Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten weiter unsicher. Die Bremer Landesbank erwartet auch in der näheren Zukunft weitere Belastungen durch eine sich in den Folgejahren auf Basis von sich allmählich erholenden Charterraten dennoch nur langsam reduzierende Risikovorsorge.

Mit der übergeordneten Zielsetzung verbesserter Kapitalquoten hat die Bank etliche Maßnahmen ergriffen, bestimmte Engagements avaliert, eine synthetische Verbriefung begeben, sowie zwei sogenannte AT1-Bonds emittiert.

Die grundlegende Ertragskraft der Bank wird weiter insgesamt als zufriedenstellend erachtet und bietet eine Grundlage um den Herausforderungen im Schiffssegment sowie den steigenden regulatorischen Anforderungen zu begegnen.

2.3 Lage des Instituts

2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2015 vor dem Hintergrund der besonders hohen Risikovorsorge, den zur Erhöhung der Kernkapitalquote durchgeführten und weiterer kompensierender Maßnahmen insgesamt gerade noch zufriedenstellend entwickelt.

Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Für das Zinsergebnis hatte die Bank prognostiziert, dass es sich im Berichtsjahr nach Wegfall der Sondereffekte aus dem Vorjahr auf reduziertem Niveau bewegen würde.

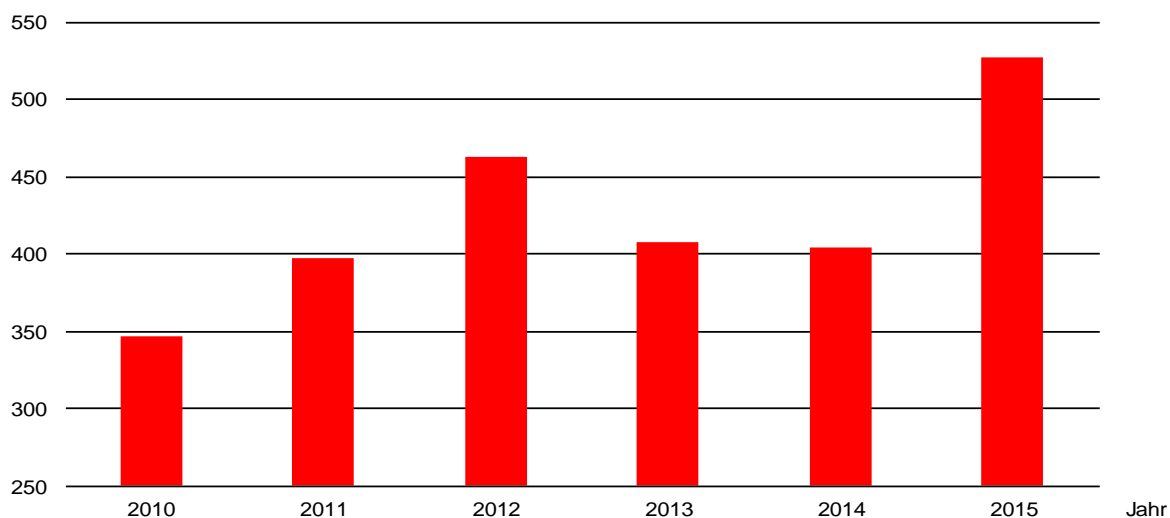
Das Zinsergebnis erhöhte sich bedingt durch Sondereffekte um 30 % von 404 Mio. € auf 527 Mio. € Die aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielten Beiträge verblieben trotz intensiven Wettbewerbsdrucks auf weiterhin hohem Niveau. Ursächlich für den Anstieg des Zinsergebnisses sind – vor dem Hintergrund der im Dezember 2015 erfolgten richtungsweisenden Zinsentscheidung der US-amerikanischen Zentralbank – insbesondere einmalige Erträge in Höhe von 86 Mio. € aus der im Rahmen von Maßnahmen zur Risikosteuerung erfolgten Glattstellung von derivativen Geschäften. Darüber hinaus wiesen die Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften durch Sondererträge aus Immobilientransaktionen und Beteiligungsverkäufen mit 60 Mio. € einen deutlich erhöhten Umfang auf.

Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft waren erneut die Schiffsfinanzierungen. Während sich die Geschäfte im Bereich Erneuerbare Energien sowie mit der regionalen Firmenkundschaft und mit institutionellen Kunden auf hohem Niveau stabilisierten, konnten die Zinserträge aus den Schiffsfinanzierungen infolge der USD-Aufwertung nochmals gesteigert werden.

Im kommenden Jahr wird sich das Zinsergebnis aufgrund des Wegfalls von Sondereffekten insgesamt auf niedrigerem Niveau bewegen.

Jahresvergleich Zinsergebnis:

(in Mio. €)



Provisionsergebnis

In der Prognose hatte die Bank eine Stabilisierung des Provisionsergebnisses auf dem 2014 erreichten Niveau unterstellt.

Das Provisionsergebnis hat sich um -13 % von 45 Mio. € auf 39 Mio. € verringert. Operativ haben sich die Kernelemente analog der Prognose aus dem Vorjahr stabil fortentwickelt, während Sonderfaktoren ergebnisreduzierend wirkten.

Die Erträge aus Avalprovisionen waren im Hinblick auf den sukzessiven Abbau des Credit-Investment-Portfolios weiterhin rückläufig. Diese Entwicklung wurde durch erstmals wirksam gewordene laufende Aufwendungen aus Maßnahmen zur Stärkung der Kernkapitalquote der Bank verstärkt.

Während die guten Nettoerträge aus dem Wertpapiergeschäft annähernd gehalten werden konnten, war es der Bank möglich, die Erträge aus dem Auslandszahlungsverkehr spürbar zu steigern. Die Erträge aus Kreditprovisionen haben sich moderat unter dem Niveau des Vorjahres eingependelt.

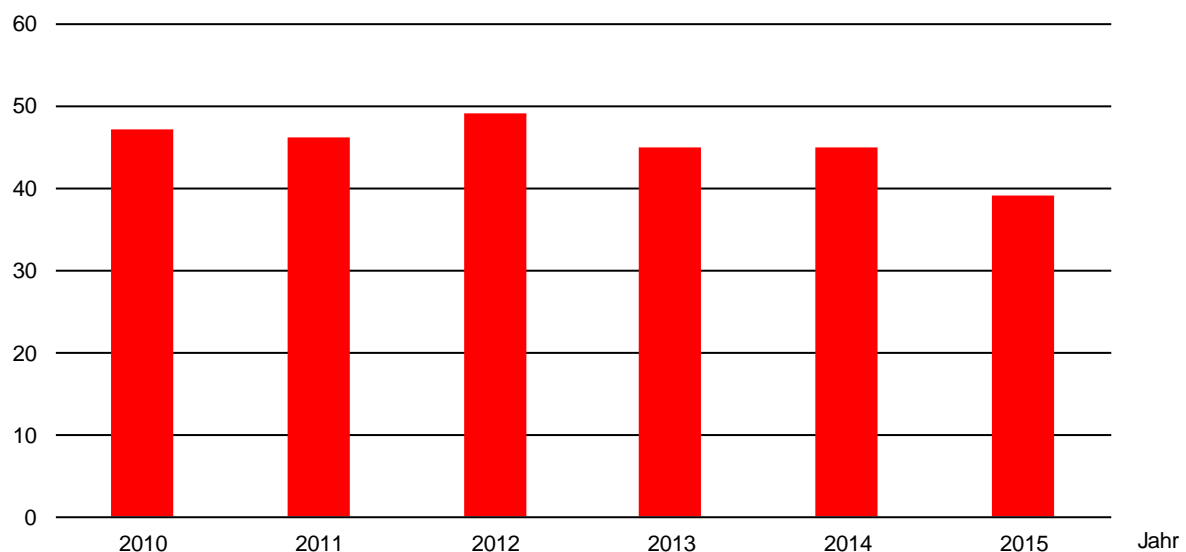
Das Ergebnis aus Vermittlungsprovisionen war im Jahr 2015 durch den einmaligen Aufwand im Zusammenhang mit der Platzierung einer Anleihe zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals geprägt.

Alle übrigen Komponenten, z. B. aus dem Inlandszahlungsverkehr, der Kontoführung und dem Sortengeschäft haben sich in Summe stabil fortentwickelt.

Im Jahr 2016 sollte sich das Provisionsergebnis bei Fortbestand der aktuellen Rahmenbedingungen auf einem niedrigeren Niveau einpendeln.

Jahresvergleich Provisionsergebnis:

(in Mio. €)



Nettoertrag des Handelsbestandes

Für das Handelsergebnis hatte die Bank für das Jahr 2015 unverändert gute Chancen gesehen, erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2015 hat sich gegenüber dem Vorjahr von 11 Mio. € auf 21 Mio. € erhöht.

Das Handelsgeschäft der Bremer Landesbank ist kundeninduziert oder dient zur Absicherung von im traditionellen Bankgeschäft eingegangenen Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken. Unter diesen selbst gegebenen Rahmenbedingungen konnte die Bank auch im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist insgesamt deutlich positiv.

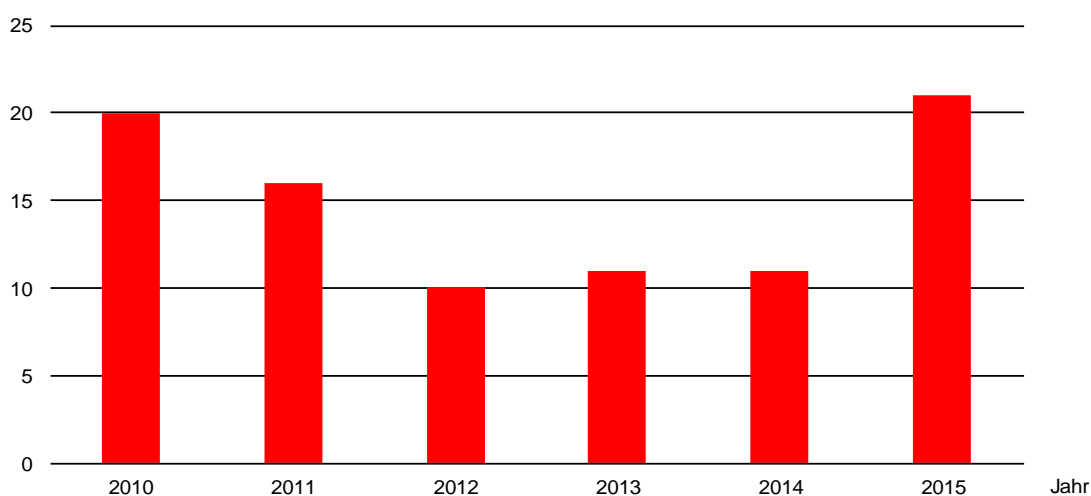
Produktbezogen konnten die Teilbereiche Derivate und Devisen positivere Ergebnisbeiträge als im Vorjahr liefern, während das Ergebnis aus Aktien und Renten negative Resultate beisteuerte.

Der Risikoabschlag für positive Marktwerte bzw. der entsprechende Risikozuschlag für negative Marktwerte von Handelsprodukten und der für Ausschüttungen gesperrte sogenannte Risikopuffer haben das Nettoergebnis des Handelsbestandes im Jahr 2015 um insgesamt 0,4 Mio. € (Vorjahr: +0,6 Mio. €) verbessert.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2016 auf deutlich reduziertem Niveau erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

Jahresvergleich Nettoertrag des Handelsbestandes:

(in Mio. €)



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rund -2 Mio. € hat sich gegenüber 2014 (-15 Mio. €) um 13 Mio. € verbessert. Nachfolgend beschriebene Sondereffekte hatten erhebliche Auswirkungen auf das sonstige betriebliche Ergebnis.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf 27 Mio. € nach 21 Mio. € im Vorjahr. Dort ausgewiesen werden die in den Pensionsrückstellungen auf Vorjahreshöhe enthaltenen Zinsaufwendungen von rund 14 Mio. €. Außerdem ist der Effekt aus der Reduzierung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 6 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) –vormals im Personalaufwand – nunmehr in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten. Darüber hinaus sind gemäß BFA4 auf das Anlagebuch entfallende Bewertungseffekte von -6 Mio. € (Vorjahr: -4 Mio. €) im sonstigen betrieblichen Ergebnis auszuweisen. Hinsichtlich der Umgliederung des Aufwandes für die Bankenabgabe wird auf die Erläuterung zu den Verwaltungsaufwendungen verwiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 6 Mio. € auf 25 Mio. € gestiegen. Hierin enthalten sind insgesamt auf Vorjahresniveau angefallene Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträge, Umsatzsteuererstattungen und Kostenerstattungen von Kunden. Die Ursache für die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus im Jahr 2015 angefallenen Erträgen in Höhe von 18 Mio. € aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit dem Wechsel des Durchführungsweges bei wesentlichen Teilen der Versorgungsverpflichtungen der Bremer Landesbank aus betrieblicher Altersversorgung auf die Unterstützungseinrichtung der Bank.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer planen. Die Bank geht von weiterhin spürbaren Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und rechnet im Prognosezeitraum wegen geringer ausfallender Sondereffekte mit einem deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 191 Mio. € um 21 Mio. € bzw. 11 % auf 170 Mio. € vermindert.

Im Jahresabschluss 2014 wurde für das Jahr 2015 ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen erwartet.

Die Personalaufwendungen betragen im Jahr 2015 rund 87 Mio. € und haben sich damit um 24 % bzw. rund 27 Mio. € rückläufig entwickelt. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und Sozialabgaben sind aufgrund des in 2014 erfolgten Tarifabschlusses für das Bankgewerbe wie

erwartet angestiegen. Ursächlich für den starken Rückgang der Personalaufwendungen ist der Wechsel des Durchführungsweges der Pensionsverpflichtungen. Die bislang unmittelbaren Pensionszusagen werden nun mittelbar durch die Unterstützungseinrichtung der Bank erfüllt.

Für die anderen Verwaltungsaufwendungen wurde im Rahmen des letzten Jahresabschlusses in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus prognostiziert.

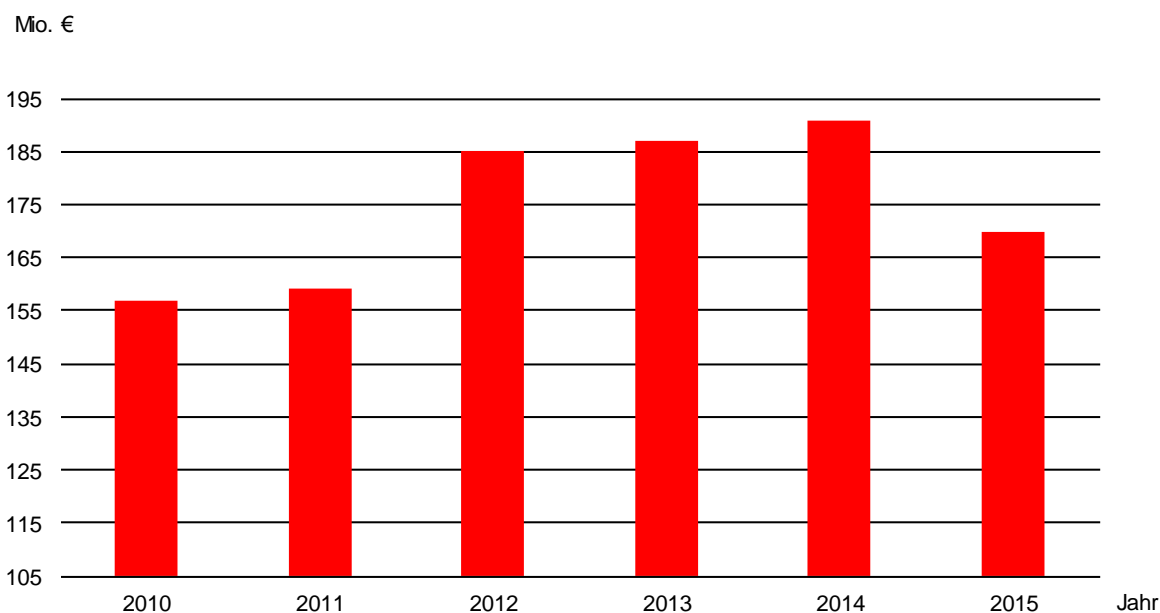
Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit 83 Mio. € entgegen der Erwartungen um 6 Mio. € gestiegen (Vorjahr 77 Mio. €). Reduzierungen gab es insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, bei den Marketingaufwendungen sowie den Gebäudekosten, die durch die Erhöhungen bei den projektbedingten Aufwendungen und Rechtskosten deutlich überkompensiert wurden.

Hauptsächlich stiegen die anderen Verwaltungsaufwendungen aufgrund der in der 261. Sitzung des IDW-Bankenfachausschusses getroffenen und am 06. Juli 2015 bekannt gegebenen Entscheidung, den Aufwand für die Bankenabgabe von 6 Mio. € (inkl. Vorjahreswert: 3 Mio. €) nunmehr als Bestandteil der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auszuweisen (bislang „Sonstige betriebliche Aufwendungen“). Des Weiteren fällt der dargestellte Aufwand für die EU-Einlagensicherung in 2015 mit dem Gesamtjahresbeitrag von 8 Mio. € um 3 Mio. € höher aus als der zum Vorjahresstichtag angefallene Aufwand von 5 Mio. €. Aufgrund der Mitgliedschaft der Bank in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie aufgrund der Bankenabgabe können im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zu einer Unterdotierung dieser Einrichtungen führen, auch von der Bremer Landesbank Sonderzahlungen eingefordert werden. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist auch aufgrund der Berechnungsmethodik, die auch auf eine relative Entwicklung institutsspezifischer Parameter im Vergleich zur Branche abstellt, derzeit nicht absehbar. Derartige Zahlungsverpflichtungen können jedoch grundsätzlich zu einer Belastung der Ertrags-, Finanz und Vermögenslage der Bank führen.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Effekte entwickelten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen etwas über dem geplanten Niveau.

Für das Jahr 2016 wird ein deutlicher Anstieg der Personalaufwendungen erwartet, da der geltende Tarifvertrag im Sommer ausläuft. Die anderen Verwaltungsaufwendungen werden auch in 2016 im Wesentlichen durch Großprojekte beeinflusst. Die Bank erwartet im kommenden Jahr einen spürbaren Anstieg.

Jahresvergleich Verwaltungsaufwendungen:



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen betragen 5 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert und beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 397 Mio. € (Vorjahr: 174 Mio. €).

Im Lagebericht des Jahres 2014 hatte die Bank für die Risikovorsorge bei nicht einsetzender Markterholung in der Handelsschifffahrt ein annäherndes Erreichen des Niveaus des Jahres 2014 unterstellt. Aufgrund der im zweiten Halbjahr 2015 einsetzenden Verschärfung der Krise insbesondere im Bulker-Bereich sind Abschläge auf das Erholungspotenzial der künftigen Chartererlösannahmen der Schiffe und Einzelvorsorgen vorgenommen worden, die insgesamt die Belastungen nochmals kräftig erhöht haben.

Die Geschäftsentwicklung der Bremer Landesbank ist weiter durch die Krise im Schifffahrtssegment belastet. Aktuell ist das Schifffahrtssegment durch sinkende Wachstumsraten in den Schwellenländern neuen Belastungen ausgesetzt. Dies äußert sich in einem Anstieg der Risikovorsorge im Geschäftsjahr 2015, einer Belastung der Eigenkapitalquoten sowie der fortgesetzten Notwendigkeit, Engagements in diesem Segment zu restrukturieren und abzubauen. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtssektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten weiter unsicher. Die Bremer Landesbank erwartet auch in der näheren Zukunft weitere Belastungen durch eine sich in

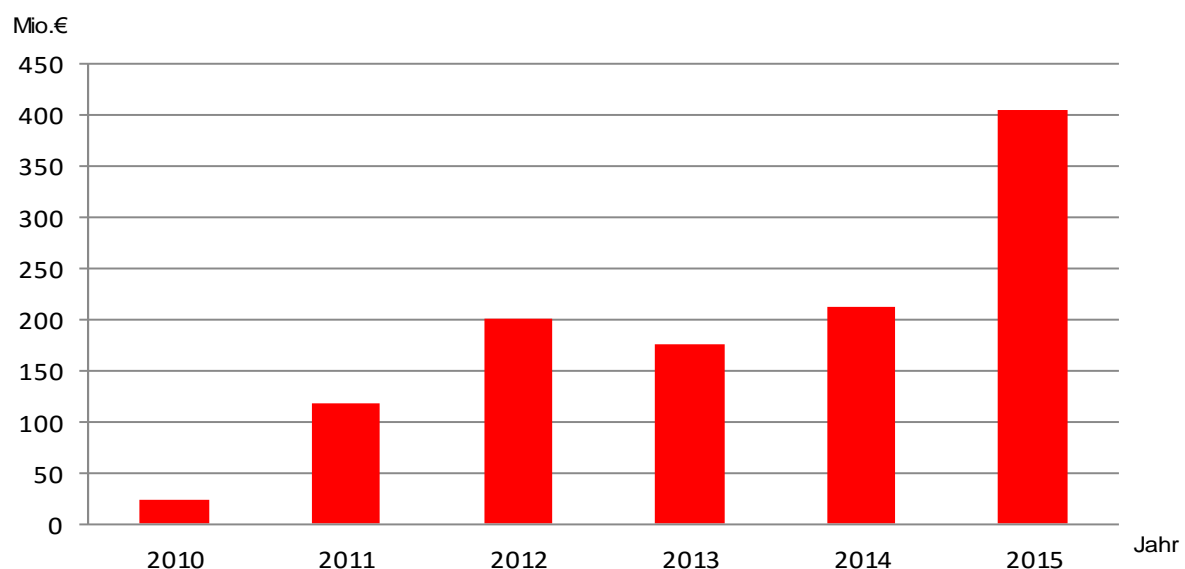
den Folgejahren auf Basis von sich allmählich erholenden Charraten dennoch nur langsam reduzierende Risikovorsorge. Für die Einschätzungen der künftigen Entwicklung der Schifffahrt nutzt die Bank externe Prognosen des Bewertungssachverständigen Weselmann sowie der führenden Marktforschungsinstitute Marsoft und MSI.

Auf den Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve mussten im vergangenen Jahr Wertkorrekturen in Höhe von 8 Mio. € vorgenommen werden, nachdem im Vorjahr hier keine nennenswerten Beträge zu verzeichnen waren; dagegen stehen realisierte Erträge aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (4 Mio. €) und aus Wertpapieren des Anlagevermögens (2 Mio. €).

Im Jahr 2015 ergab sich aus der Veräußerung einer Beteiligung und einer Verlustübernahme für ein Tochterunternehmen saldiert ein Ergebnisbeitrag in Höhe von +4 Mio. €. Im Jahr 2014 war das Ergebnis der Bank durch eine einmalige Beteiligungstransaktion, mit der bestehende Reserven in Höhe von rd. 37 Mio. € realisiert wurden, maßgeblich beeinflusst worden.

Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird auf Basis von sich allmählich erholenden Charraten von langsam sinkenden Aufwendungen ausgegangen. Aufgrund eines sich möglicherweise verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfelds wird aber weiterhin von Belastungen aus dem Schifffahrtssegment ausgegangen. Abweichungen von den im Schifffahrtsbereich unterstellten Bewertungsparametern (z. B. eine weitere Verzögerung der Markterholung) sowie die Verwertung bzw. der Abbau von notleidenden Schiffsfinanzierungen können weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Risikovorsorge bewirken.

Risikovorsorgeaufwendungen:



Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem harten Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich auf 589 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2015 wurden dem Fonds 3 Mio. € zugeführt.

Zusätzlich wurden in den Vorjahren gemäß § 340e Abs. 4 HGB 10 % der Nettoerträge des Handelsbestandes einem separaten, ausschüttungsgesperreten Unterposten nach § 340g HGB zugeführt. Mit den Zuführungen der Vorjahre wurden 50 % des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestandes erreicht. Im Rahmen der Adjustierung an den 5-Jahres-Durchschnitt wurde 1 Mio. € aus diesem Fonds entnommen. Insgesamt beträgt der Fonds für allgemeine Bankrisiken nun 596 Mio. € (Vorjahr 594 Mio. €).

Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit des Jahres 2015 beträgt 9 Mio. € nach 26 Mio. € im Vorjahr. Dies bedeutet einen Rückgang von 65 %. Vor dem Hintergrund der im Jahr 2015 besonders hohen Risikovorsorge, den Maßnahmen zur Erhöhung der Kernkapitalquote und weiterer kompensierender Maßnahmen, wertet die Bank das gesunkene Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit insgesamt als gerade noch zufriedenstellend.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2015 rund 4 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €).

Im Jahr 2015 wurden für die BilMoG-Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) erfasst.

Durch das der Bremer Landesbank im Rahmen gesellschaftsrechtlicher Maßnahmen angewachsene Vermögen der 100 %igen Tochtergesellschaft „BLB Grundbesitz KG“ wurde ein außerordentlicher Buchgewinn in Höhe von 10 Mio. € realisiert.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich durch die im Vergleich zum Vorjahr ermäßigte Ertragslage, aufgrund steuerrechtlicher Bewertungsvorgaben und eines daraus resultierenden niedrigeren zu versteuernden Einkommens auf 13 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €) vermindert.

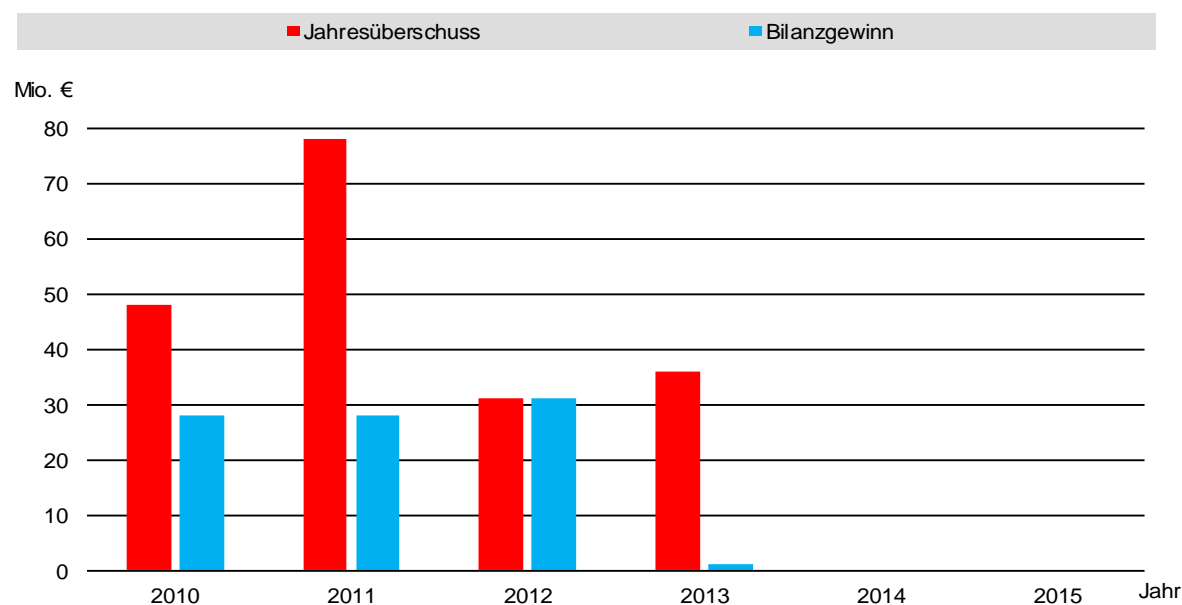
Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Für den Jahresüberschuss 2015 hatte die Bank ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert.

Der Jahresüberschuss beträgt 0 Mio. € nach 0 Mio. € Ende 2014. Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel durch die Bildung versteuerter Reserven gestärkt. Eine Ausschüttung an die Träger kann daher nicht erfolgen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird das operative Ergebnis des Jahres 2016 erneut zur Portfoliooptimierung und damit auch zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern verwendet werden. Demzufolge wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Mittelfristig wird wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung angestrebt.

Jahresvergleich Jahresüberschuss und Bilanzgewinn:



2.3.2 Finanz- und Vermögenslage

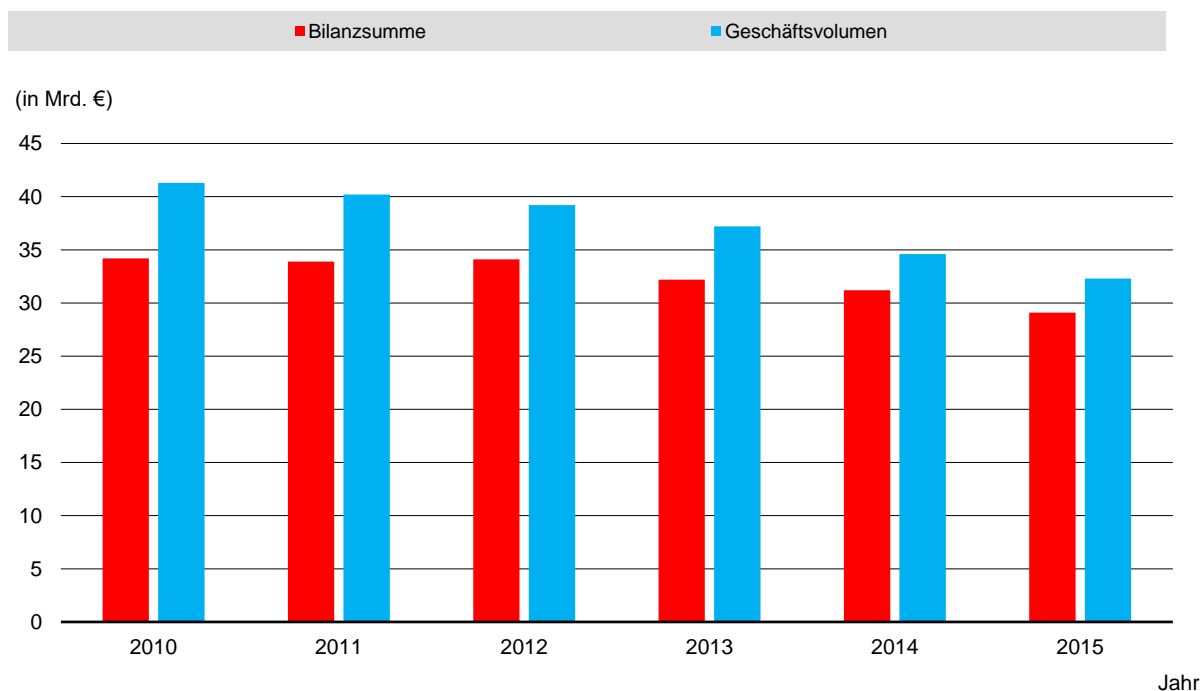
Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf Geschäfte, die ein gutes Verhältnis zwischen Rentabilität und Eigenmittelbelastung versprechen. Auf der Aktivseite entwickelten sich die Interbankengeschäfte – insbesondere die Forderungen an angeschlossene Sparkassen – rückläufig. Ebenso reduzierte sich der Eigenbestand an Wertpapieren sukzessive. Bei den

Refinanzierungen sind Rückgänge der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen.

Im Ergebnis reduzierte sich die Bilanzsumme auf 29,1 Mrd. € (Vorjahr: 31,2 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen sank auch aufgrund reduzierter Eventualverbindlichkeiten um 2,3 Mrd. € oder 7 % auf 32,3 Mrd. €.

Jahresvergleich Bilanzsumme und Geschäftsvolumen:



Forderungen an Kreditinstitute

Im Kommunalkreditgeschäft, welches durch die Geschäftstätigkeit mit den angeschlossenen Sparkassen geprägt ist, war ein Rückgang in Höhe von 5 % zu verzeichnen. Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich insgesamt um 157 Mio. € auf nun 3.494 Mio. €.

Forderungen an Kunden

Die Kundenforderungen blieben aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten und der gegenläufig wirkenden Aufwertung der USD-Kundenforderungen bei rund 22 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr konstant. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 75,3 % (Vorjahr: 71,5 %). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr sukzessive um 1,3 Mrd. € auf 2,8 Mrd. € reduziert. Der überwiegende Anteil der Wertpapiere entfällt auf börsennotierte Titel öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 19 Mio. € nach 28 Mio. € im Vorjahr unverändert nur eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 216 Mio. € (Vorjahr: 292 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert. Deshalb steigt der Handelsbestand eines Kreditinstitutes gewöhnlich sukzessive an. Wie bereits wiederholt praktiziert, hat die Bank in 2015 eine ergebnisneutrale Bereinigung des Handelsbestandes vorgenommen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z. B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbau- und Baugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Im Jahr 2015 hat die BLB den Beteiligungsbestand umstrukturiert. Die bisher als Beteiligungsholding fungierende BLB Grundbesitz KG wurde auf die BLB verschmolzen. Als Ergebnis dieser Transaktion hat sich der Bestand der Anteile an verbundenen Unternehmen nach 162 Mio. € im Vorjahr auf 73 Mio. € zum Jahresende vermindert. Der Beteiligungsbestand beträgt zum 31.12.2015 aufgrund des Zugangs der bisher über ein 100 %iges Tochterunternehmen gehaltenen Beteiligung an der BREBAU GmbH 52 Mio. € nach 15 Mio. € im Vorjahr.

Treuhandvermögen, -verbindlichkeiten und Sachanlagen

Das von der Bank gehaltene Treuhandvermögen und die korrespondierenden, gleichhohen Treuhandverbindlichkeiten haben sich um 113 Mio. € auf nunmehr 15 Mio. € reduziert. Ursächlich für den deutlichen Rückgang ist insbesondere die in Ziffer 2.3.1 beschriebene Anwachsung des Vermögens der „BLB Grundbesitz KG“, in deren Gefolge bislang treuhänderisch für diese Gesellschaft gehaltene Beteiligungen und Grundstücke im Buchwert von zusammen 89 Mio. € nunmehr direkt durch die Bank gehalten werden. Hierdurch sowie durch den Baufortschritt für das neue Bankgebäude am Domshof, Bremen, erklärt sich auch der Zuwachs des Sachanlagevermögens.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr um 0,6 Mrd. € auf 10,6 Mrd. € (Vorjahr: 11,2 Mrd. €) reduziert. Sowohl das Volumen der im Umlauf befindlichen Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentlichen Namenspapiere als auch der anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wies eine rückläufige Entwicklung auf.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank bei der Passivposition Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellte sich mit 9,8 Mrd. € (Vorjahr: 8,9 Mrd. €) dar. Dabei stiegen die Einlagen im täglich fälligen Bereich auf 3,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,8 Mrd. €). Die begebenen öffentlichen Namenspapiere reduzierten sich auf 1,9 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen zeigte sich mit 207 Mio. € (Vorjahr: 220 Mio. €) stabil.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 5,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 7,3 Mrd. € um 28,2 % gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 66 Mio. € (Vorjahr: 244 Mio. €). Im Handelsbestand geführte, zur Absicherung von im Bankbuch eingegangenen Zins- und Fremdwährungsrisiken dienende langfristige derivative Geschäfte werden in der Regel durch Gegengeschäfte geschlossen und nicht terminiert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2015 mit 150 Mio. € deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (309 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 149 Mio. € auf insgesamt 100 Mio. € verringert. Beeinflusst wird diese Entwicklung im Wesentlichen von der Übertragung eines Teils der Pensionrückstellungen auf die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank.

Die Bank hat in 2015 für einen weiteren Anteil der bestehenden Altersversorgungsverpflichtungen eine Änderung des Durchführungsweges beschlossen. Soweit unter Beachtung steuerlicher Restriktionen eine weitere Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen auf die bereits bestehende Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen, erfolgte, wird die Altersversorgung mittelbar über die Unterstützungseinrichtung durchgeführt. Der nicht auf die Unterstützungseinrichtung übertragene Anteil der Altersversorgungsverpflichtungen verbleibt unmittelbar bei der Bank und ist somit weiterhin in der Bilanz passiviert. Durch die Übertragung entledigt sich die Bank nicht der ursprünglichen Verpflichtung aus den betrieblichen Altersversorgungsvereinbarungen, sondern diese verbleiben im Rahmen der Subsidiärhaftung weiterhin beim Trägerunternehmen.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln (Art. 67 Abs. 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2015 ein Betrag in Höhe von einem Fünftel des zum 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6 Mio. €) zugeführt. Insgesamt sind den Pensionsrückstellungen gemäß dieser Übergangsregelung bislang 37 Mio. € zugeführt worden.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 16 Mio. € leicht über Vorjahresniveau (13 Mio. €). Die anderen Rückstellungen sanken 2015 um 13 Mio. € auf 34 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z. B. Vorruhestandsverpflichtungen (10 Mio. €) und Abschlussvergütungen (4 Mio. €). Die ebenfalls hierin enthaltenen Rückstellungen im Kreditgeschäft stiegen moderat von 8 Mio. € auf 9 Mio. €.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten verminderten sich zum Jahresultimo aufgrund von Fälligkeiten auf 600 Mio. € (Vorjahr 750 Mio. €).

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

In 2015 wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 150 Mio. € emittiert, welche die Voraussetzungen zur Anerkennung als zusätzliches aufsichtsrechtliches Kernkapital erfüllen. Die begebenen Additional Tier-1-Anleihen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank und verfügen über keine Endfälligkeit.

Eigenkapital

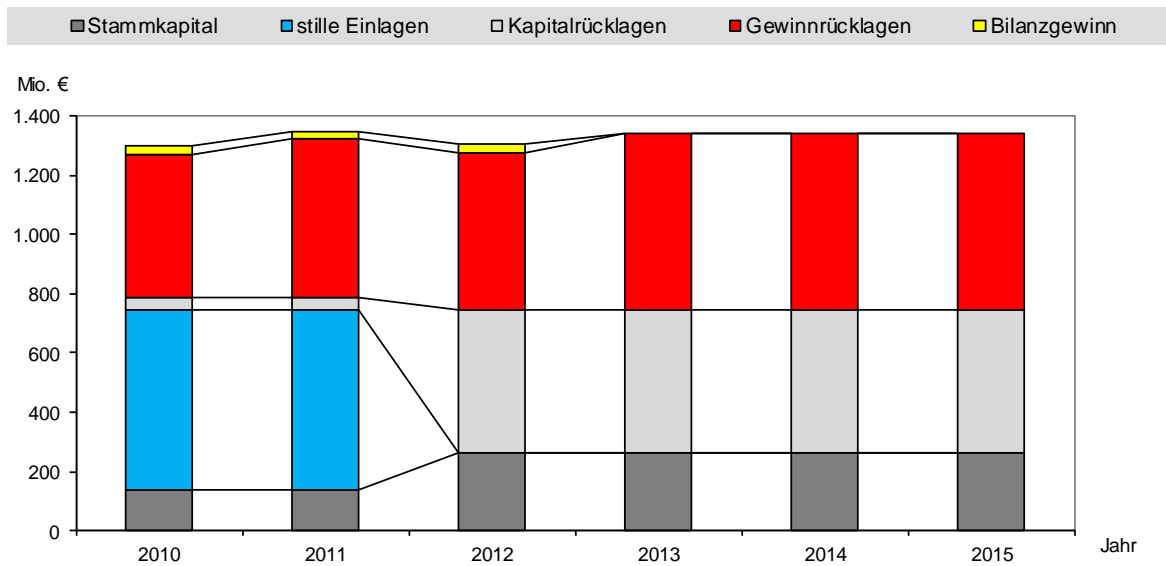
Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.343 Mio. € (Vorjahr 1.343 Mio. €). Hiervon entfallen unverändert 265 Mio. € auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen weiterhin 600 Mio. €.

Die Bank hat sich darüber hinaus dafür entschieden, das aufsichtsrechtliche harte Kernkapital durch Bildung von versteuerten Reserven in Höhe von 3 Mio. € zu stärken.

Die harte Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende auf 10,8 % (Vorjahr: 8,0 %). Eine Berücksichtigung der gebildeten versteuerten Reserven und der im Rahmen des Jahresabschlusses testierten Wertberichtigungen des Jahres 2015 erfolgt in der aufsichtsrechtlichen Meldung nach Feststellung des Jahresabschlusses. Zum Jahresende hätte sich bei Berücksichtigung der im Jahresabschluss testierten Wertberichtigungen eine harte Kernkapitalquote von 11,8 % (Vorjahr: 9,0 %) ergeben.

Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Jahresvergleich Eigenkapitalbestandteile:



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten und gezielten Positionsaufösungen zurückgegangen. Aufgrund der ab dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen erhöhten Volatilität der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Bei dem spanischen Institut Bankia besteht seit Mitte 2013 ein sogenanntes Restructuring Credit Event. Für den noch im Bestand befindlichen CDS-Kontrakt auf das Unternehmen im Volumen von 20 Mio. € wurde der Bank bislang keine Credit Event Notice übermittelt.

Bei der irischen Bank Permanent TSB (vormals Irish Life and Permanent) besteht unverändert seit 2010 ebenfalls ein Restructuring Credit Event. Für den verbleibenden CDS-Kontrakt nach Fälligkeiten in 2014 (nominal 20 Mio. €) sowie Close Outs (nominal 15 Mio. €) in Höhe von 10 Mio. € wurde der Bank nach wie vor keine Credit Event Notice zugestellt.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

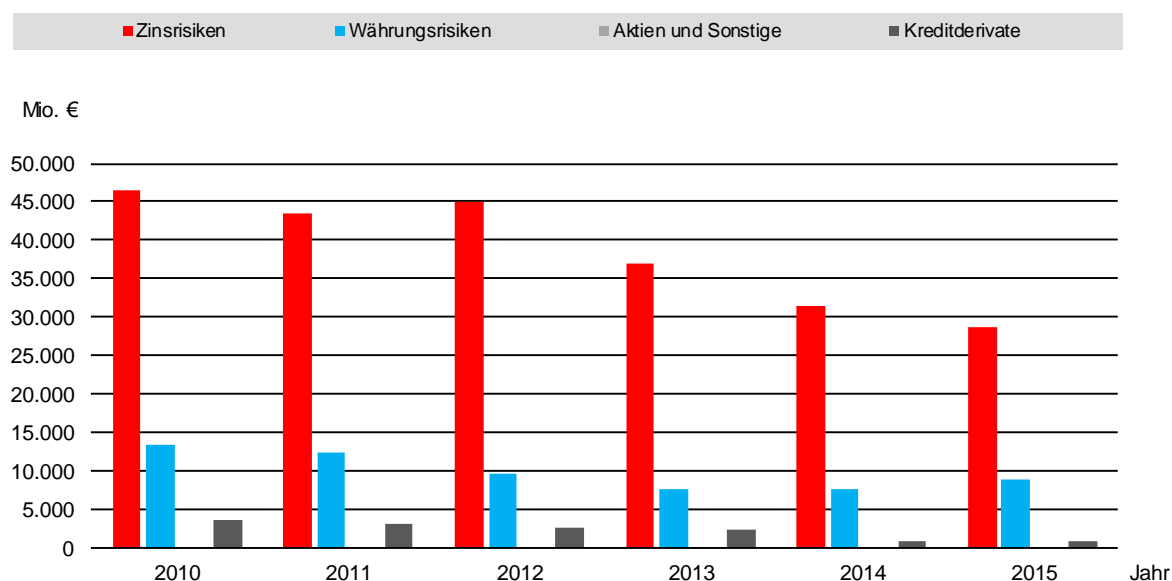
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €).

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2015 betrug 38,0 Mrd. € nach 39,6 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,3-Fache (Vorjahr: 1,3-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank in nur relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Jahresvergleich Derivatevolumen:



Synthetische Verbriefung

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken stehen der Bremer Landesbank Verbriefungen zur Verfügung. Ziel der Verbriefungsaktivitäten ist die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden. Im Jahr 2015 hat die Bremer Landesbank eine erste Verbriefungstransaktion originiert. Im Berichtsjahr hat die Bremer

Landesbank für ein Kreditportfolio mit einem Anfangsvolumen von rund 2,145 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe eine Verbriefung strukturiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 16. Dezember 2015 eine Garantie mit einem Volumen von zunächst rund 106 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt 12 Jahre. Die von der Bremer Landesbank gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €; sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

2.3.3 Zusätzliche Erläuterungen

Leistungsindikatoren

Das Jahresergebnis vor Steuern beträgt 13 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €).

Der RoE für das Geschäftsjahr 2015 nach der im Abschnitt Gesamtbanksteuerung definierten Bewertungsformel beträgt 0,7 % nach 1,9 % für das Vorjahr. Das niedrige Niveau ist wie im Vorjahr auf das infolge der hohen Risikovorsorgeaufwendungen geringe Betriebsergebnis zurückzuführen.

Die CIR bewegt sich mit 29,9 % nach 44,0 % im Jahr 2014 auf vermindertem Niveau. Der Rückgang der CIR beruht im Wesentlichen auf die operativen Erträge erhöhenden Einmaleffekten.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen den Risikovorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft [ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB] und den Risikoaktiva) zum 31. Dezember 2015 beträgt 2,7 % (Vorjahr: 1,2 %). Der Anstieg der Risikoquote resultiert aus deutlich erhöhten Risikovorsorgeaufwendungen bei gleichzeitiger Verminderung der Risikoaktiva.

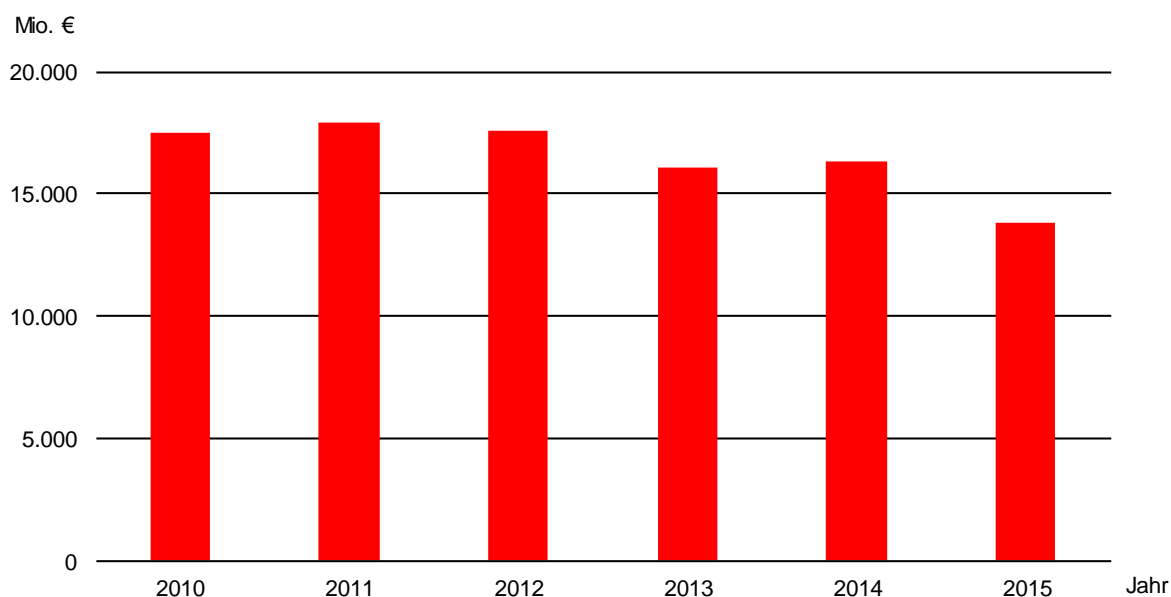
Die Eigenmittelanforderungen nach der ab dem Jahr 2014 anzuwendenden Capital Requirement Regulation [(CRR) Basel III] betragen insgesamt rund 1,1 Mrd. € (Vorjahr: 1,3 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rund 13,8 Mrd. € (Vorjahr: 16,3 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 13,3 % nach 9,6 % zum Ende des Vorjahres.

Der Auslastungsgrad in der Risikotragfähigkeit beläuft sich bei einem Konfidenzniveau von 95 % zum 31. Dezember 2015 auf 44 % und liegt damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von 94 % per 31. Dezember 2014³. Ursächlich für diese Verbesserung sind im Wesentlichen die im Berichtsjahr durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung des Risikokapitals sowie der Reduzierung von Risikoaktiva wie z. B. der Emission von langfristigen nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen (AT1-Bonds), der Begebung einer ersten synthetischen Verbriefungstransaktion und der Restrukturierungen auf Einzelfallebene bei Schiffsfinanzierungen.

³ Abweichung gegenüber dem Vorjahr aufgrund Erhöhung Konfidenzniveau auf 95 % (Vorjahr 90 %) sowie Anpassung des Risikokapitals.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva

Jahresvergleich anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva:



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2015 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank. Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank betrug 1,1 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €). Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2015 9,8 Mrd. € (Vorjahr: 12,5 Mrd. €) und gliedert sich wie folgt:

Mio. €	Schuldverschreibungen	
	31.12.2015	31.12.2014
Hypotheken- und Schiffspfandbriefe	925	1.050
Öffentliche Pfandbriefe	3.578	4.552
Sonstige Schuldverschreibungen	4.753	4.697
Medium-Term-Notes	359	2.209
Additional Tier-1-Anleihen	150	-
Summe	9.765	12.508

Das Volumen an aufgenommenen Schuldscheindarlehen betrug 1,4 Mrd. € per 31.12.2015 nach 1,8 Mrd. € im Vorjahr. Das Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 31. Dezember 2015 rund 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €). Im European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) ist zum 31.12.2015 – wie im Vorjahr – kein Volumen im Umlauf.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2015 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt sporadisch die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Risikobericht und Entwicklung der Geschäftsfelder verwiesen.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank tätigt erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude. Der im Jahr 2014 begonnene Neubau des Bankgebäudes in Bremen schreitet weiterhin planmäßig voran. Die Arbeiten an der Außenhülle des Gebäudes sind abgeschlossen, der Innenausbau schreitet zügig voran. Die bankbetriebliche Nutzung des Gebäudes wird ab Mitte 2016 erfolgen. Das gesamte Investitionsvolumen bewegt sich im höheren zweistelligen Millionenbereich.

Personal und Nachhaltigkeit

Im Geschäftsjahr 2015 wurde die strategische Verankerung des Themas Nachhaltigkeit weiter vorangetrieben. Die Überführung der vom Gesamtvorstand verabschiedeten Richtlinien in die schriftlich fixierte Ordnung (sfO) ist vollständig abgeschlossen.

Im Jahr 2015 wurden erstmals Nachhaltigkeitsthemen in den Zielvereinbarungsprozess aufgenommen und wirkten sich somit auch auf die Bemessung von Budgets der variablen Vergütung aus. Das im Dezember 2014 verabschiedete Nachhaltigkeitsprogramm 2015–2016 wurde zum Jahreswechsel zudem auf den aktuellen Umsetzungsstand überprüft und dem Gesamtvorstand zur Kenntnis gegeben.

Im Sommer 2015 führte die Bank ein Umweltmanagementsystem ein, um Verbräuche systematisch zu erfassen und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Als Ergänzung zu dem 2014 veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht, zeichnete die Bank zudem die Entsprechenserklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex und veröffentlichte somit ein aktuelles Berichtsformat. Parallel wurden ausgewählte weiterführende Umwelt- und Personalzahlen sowie die Ethikgrundsätze der Bank auf der Homepage veröffentlicht.

Die Bank nimmt weiterhin regelmäßig an Veranstaltungen, Workshops oder Seminaren externer Einrichtungen teil, um aktuelle Entwicklungen und Trends kurzfristig zu erkennen und die Weiterentwicklung des Themas Nachhaltigkeit weiter zu forcieren. Zudem nimmt die Bremer Landesbank an dem regelmäßigen Austausch der Nachhaltigkeitsbeauftragten des NORD/LB-Konzerns teil.

Leistungsindikatoren des Vergütungssystems für den Vorstand

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus einem Jahresfestgehalt und einer variablen Vergütung zusammen.

Das Aufsichtsorgan entscheidet über die Höhe der variablen Vergütung nach Maßgabe der Zielvorgaben und der erreichten Ergebnisse. Der Zielerreichungsgrad des Vorstands setzt sich aus einer Gesamtbankzielerreichung und einer individuellen Zielerreichung zusammen. Die individuelle Zielerreichung umfasst neben persönlichen auch dezernatsbezogene Ziele.

Die Gesamtbankzielerreichung besteht aus den quantitativen Zielen

- Jahresergebnis vor Steuern (IFRS-Einzelabschluss)
- Jahresergebnis vor Steuern vor der Bildung von Reserven gemäß § 340 f/g HGB (HGB-Einzelabschluss A. ö. R.)
- RWA+⁴
- RWA-Produktivität⁵
- Cost-Income-Ratio
- Harte Kernkapitalquote

und wird mit insgesamt 80 % gewichtet. Die individuelle Zielerreichung besteht aus quantitativen und qualitativen Kriterien und wird mit 20 % gewichtet. Die Kriterien spiegeln die Lage der Bank, den Erfolg des verantworteten Dezernats sowie die individuellen Aufgaben und Leistungen unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken wider.

Seit dem Geschäftsjahr 2014 wird die variable Vergütung des Vorstands über einen Zurückbehaltungszeitraum von fünf Jahren gestreckt und unter Berücksichtigung von Risikokriterien ratierlich ausgezahlt. 50 % der variablen Vergütung sind an die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens geknüpft.

Weitere Informationen zu den Vergütungen des Vorstands sowie zu der Ausgestaltung der Vergütungssysteme werden im Offenlegungsbericht gemäß § 16 Institutsvergütungsverordnung i. V. m. Artikel 450 CRR veröffentlicht.

⁴ Unter RWA+ versteht die Bank die in Risikoaktiva umgerechneten Eigenmittelanforderungen erhöht um den in Risikoaktiva umgerechneten Shortfall.

⁵ Die RWA-Produktivität wird definiert als ((Deckungsbeitrag 3 + Risikovorsorge - Risikoprämie)/stichtagsbezogene RWA+).

2.3.4 Entwicklung der Geschäftsfelder

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden, ausgerichtet auf das Geschäft mit den Unternehmen in der Nordwest-Region, steht seinen Kunden als zuverlässiger und innovativer Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden ist es, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen. Für die Kunden will das Geschäftsfeld als Spezialist auf Augenhöhe agieren und durch individuelle Beratung maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Um das Know-how zu wesentlichen Branchen weiter zu bündeln wurde im zweiten Halbjahr 2015 das Geschäftsfeld Firmenkunden nach entsprechenden Kompetenzfeldern neu gegliedert. In diesem Zuge wurde das Segment Sozialimmobilien mit dem Schwerpunkt auf Finanzierungen von Pflegeheimen in das Geschäftsfeld integriert.

Die Bremer Landesbank hat traditionell in der Region den Ruf als stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner. Dieser Vertrauensbonus wird auch regelmäßig in Kundenzufriedenheitsanalysen bestätigt. Es wird darin weiterhin eine gute Basis gesehen, neue Kunden gewinnen und bei bedeutenden Unternehmen noch stärker die Rolle der Hausbankfunktion übernehmen zu können.

Die Erträge konnten im abgelaufenen Jahr insgesamt stabil gehalten werden. Allerdings verfügen viele Kunden über eine sehr gute Liquiditätsausstattung, was in der Folge zu einer geringeren Inanspruchnahme von kurzfristigen Krediten bei gleichzeitig sehr hohen Passiveinlagen führte. Dagegen verlief die Entwicklung der Risikokosten sehr positiv.

Eine weiterhin positive Entwicklung zeigt die von der Bremer Landesbank angebotene Absicherung von landwirtschaftlichen Warenbeständen im Rahmen des Agrar-Commodity-Handels. Zur Erweiterung der Produktpalette bietet die Bremer Landesbank ihren in der Milchwirtschaft tätigen Kunden seit diesem Jahr die Möglichkeit, über Milchkontrakte von den Absicherungsmöglichkeiten von Warentermingeschäften zu profitieren.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Die Bremer Landesbank hat im zweiten Halbjahr 2015 ihre Geschäftsfelder zum Teil neu strukturiert und ihre Aufbauorganisation geändert. Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll das Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnisse verbessern. Die Schiffsfinanzierungen bilden ein eigenes Geschäftsfeld, das Segment Sozialimmobilien wurde in das Geschäftsfeld Firmenkunden integriert. Die Spezialfinanzierungen umfassen weiterhin die

strategischen Geschäftseinheiten Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Photovoltaik und Biogas. Im NORD/LB-Konzern sind die Spezialfinanzierungen Bestandteil des Werttreibers Energie- und Infrastrukturkunden.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich in 2015 positiv entwickelt und konnte den Wachstumspfad weiter fortsetzen. Die Ertragserwartungen wurden nahezu erfüllt und die Erträge werden sich zukünftig bei sukzessiv wachsenden Aktiva weiter steigern lassen. Hier sind insbesondere die Erneuerbaren Energien der stärkste Wachstumstreiber. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes bewegt sich auf moderatem Niveau. Lediglich im Segment Biogas waren erkennbare Wertberichtigungen zu verzeichnen – hier befindet man sich in einer Umstrukturierungsphase und wird mittelfristig eine Portfolioreduktion verzeichnen. Die Risikogewichte bleiben für das gesamte Geschäftsfeld niedrig.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften in 2015 nach eigener Marktbeobachtung behaupten. Das Neugeschäft verlief auch aufgrund der zum Teil hohen Eigenliquidität der Leasinggesellschaften moderat unterhalb der Planung, die Ertragsprognose konnte auch aufgrund des erfreulichen Syndizierungsgeschäftes der letzten Jahre nicht ganz erreicht werden. Insgesamt ist das Segment eng mit der Konjunktur und Investitionsnachfrage verbunden. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften wird weiter sukzessive ausgebaut und rundet das Portfolio ab. Zudem wurde in diesem Jahr die Refinanzierung von Contracting-Grundpreisforderungen initiiert, wobei Leasinggesellschaften zunächst als Intermediär agieren. Damit wurde die bestehende Produktpalette erweitert und der Geschäftsansatz auf eine zunehmend breitere Basis gestellt, sodass eventuell reduzierte Neugeschäftspotenziale aufgrund von Konsolidierungstendenzen des mittelständischen Zielkundensegmentes kompensiert werden können. Im Rahmen von KfW-Globaldarlehen hat die Bremer Landesbank ihre Refinanzierungsbasis für das Segment gestärkt – eine erste Tranche wurde in 2015 in Anspruch genommen. Die Kompetenzzentrum-Funktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe bietet weitere Wachstumspotenziale – auch als verlässlicher Partner für Banken- und Herstellerleasingtöchter.

Im Segment der regenerativen Energien hat sich das Neugeschäft im Jahresverlauf 2015 erfreulich entwickelt und lag über den Erwartungen. Die Mitte 2014 erfolgte Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) begründet nach wie vor die erforderliche Planungssicherheit in der Projektfinanzierung und entsprechende Geschäftspotenziale. Zum Teil verzögerte Projektumsetzungen führten im Aktivvolumen zu einer leichten Planunterschreitung, die jedoch sukzessive aufgeholt wird. Die Erträge bleiben innerhalb des ambitionierten Wachstumskorridors. Das Teilsegment Windkraft Onshore in Deutschland inkl. des zunehmenden Repowering bleibt der Hauptertragsbringer und das Segment sieht nach eigener Einschätzung seine starke Marktposition

bestätigt. Zudem wurde in 2015 ein weiteres Offshore-Projekt finanziert. Das Teilsegment Photovoltaik bietet erwartungsgemäß und EEG-induziert im Vergleich zu den Vorjahren geringeres Neugeschäftspotenzial mit kleineren Einzelprojekten. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Photovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Trotz zu erwartender weiterer EEG-Anpassungen und zunehmenden Marktanteilen wie der Ausschreibung in der Windkraft, werden vor dem Hintergrund der unverändert angestrebten Energiewende auch zukünftig gute Wachstumsmöglichkeiten gesehen.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank sieht sich nach eigener Einschätzung mit seinen Segmenten und der Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen gut positioniert und ermöglicht nachhaltiges Wachstum.

Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen

Die Bremer Landesbank hat im zweiten Halbjahr 2015 ihre Geschäftsfelder zum Teil neu strukturiert und ihre Aufbauorganisation geändert. Die Bündelung von Kompetenzfeldern soll das Spezial-Know-how stärken und die Ausrichtung an Kundenbedürfnissen verbessern. Die Schiffsfinanzierungen mit ihrem bedeutenden Portfolio bilden jetzt ein eigenständiges Geschäftsfeld und sind nicht mehr Bestandteil der Spezialfinanzierungen.

Das Krisenmanagement im Rahmen der Schifffahrtskrise wurde in 2015 vom Geschäftsfeld nachhaltig fortgesetzt. Das Neugeschäft wird nur sehr selektiv und im Wesentlichen vor dem Hintergrund von Restrukturierungserfordernissen bzw. zur Erhaltung oder Umrüstung der Schiffe und gegebenenfalls ihrer Ertragsmöglichkeiten getätigt. Während die Anzahl der finanzierten Schiffe weiter reduziert wurde, ist das Exposure aufgrund des vergleichsweise starken USD gestiegen. Die Ertragsseite hat entsprechend von der Währungsentwicklung profitiert und konnte die Erwartungen übertreffen. Zumal weiterhin die Krisenaktivitäten und Kreditvergaben vor dem Hintergrund der Risikosituation und Kapitalbelastung adäquat in der Konditionengestaltung berücksichtigt werden. Die Sanierungs- und Restrukturierungsaktivitäten werden mit anhaltender Krise forciert. Das Schiffsportfolio wurde und wird weiterhin mit einer Risikovorsorge auf hohem Niveau unterlegt und gebildete Wertberichtigungen werden teilweise zur Portfoliobereinigung verbraucht.

Die leichten Erholungstendenzen in der Containerschifffahrt im ersten Halbjahr 2015 konnten sich nicht verfestigen und der Markt hat im Jahresverlauf wieder nachgegeben. Bei kleineren Einheiten, die den Hauptteil des Containerportfolios der Bremer Landesbank ausmachen, ist damit insgesamt eine Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. 2015 war für das im Geschäftsfeld relativ kleine Tankersegment ein positives Jahr, die Charraten bei Multipurpose-Schiffen und vor allem in der Bulkschifffahrt haben dagegen weiter nachgegeben und lassen auch für 2016 keine

signifikante Erholung erwarten. Das Überangebot an Schiffstonnage wird die Märkte weiter beschäftigen und die heute schon niedrigen Fracht- und Charterraten weiterhin unter Druck halten. Die Schiffswerte bleiben entsprechend auf niedrigem Niveau und erfordern weitere Restrukturierungs- und Abbaumaßnahmen im Portfolio. Neubaubestellungen für energieeffiziente und größere Einheiten forcieren den Verdrängungswettbewerb und sorgen für zusätzliche Tonnagekapazitäten und Druck auf die Frachtraten. Ältere Schiffe, die aus Krisenverkäufen billig im Markt bleiben und kapitaldienstdeckend fahren können, leisten keinen Beitrag zur Angebotsverknappung und zum Teil wünschenswerten Verschrottungen. Nachfrageseitig stehen die Konjunkturaussichten und das zu erwartende Welthandelsvolumen im Fokus. Hier werden mittelfristig weiteres Wachstumspotenzial und die unverändert hohe Bedeutung des Seeverkehrs für den Welthandel gesehen.

Schiffsfinanzierungen werden ein bedeutendes Portfolio für die Bremer Landesbank bleiben. Es wird angestrebt, das Exposure weiter zu reduzieren, die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquoten zu stärken sowie den Anteil problematischer Kredite zu verringern. Nach weiter erfolgreichen Restrukturierungen und sich stabilisierenden und wieder positiveren Marktdaten können ansteigende Tilgungsleistungen wieder für das Neugeschäft genutzt werden. Die langjährige Expertise und Erfahrung der Bank in der Schiffsfinanzierung wird weiterhin Geschäftsmöglichkeiten bieten und nachhaltige Erträge für das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank generieren.

Geschäftsfeld Privatkunden

Die Schuldenkrise in der Europäischen Union und die damit verbundene Niedrigzinspolitik der EZB beeinflussen das Privatkundengeschäft. Daneben bleiben die andauernden Ausläufer der globalen Finanzmarktkrise spürbar.

Auch in 2015 haben die Kapitalmärkte mit zeitweise neuen Höchstständen der Indizes aufgewartet. Private Anleger nutzten den positiven Trend verhalten, Verunsicherung und Vorsicht bleiben prägend für das Kundenverhalten.

Durch die anhaltende Staatsschuldenkrise in der EU verharrt das Zinsniveau weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Dadurch ist der Spielraum für Zinsgestaltungen gering. Es besteht erhöhter Informationsbedarf bei den Kunden, dem die Bremer Landesbank mit ihrem professionellen Kundenmanagement aktiv begegnet.

Der Wunsch der Kunden nach ganzheitlicher Beratung zeigt sich auch in einem weiteren Anstieg der Assets under Management. Das vom Asset- und Portfoliomanagement als Kompetenzcenter gesteuerte Vermögensverwaltungsportfolio überzeugte mit dem selbst konzipierten und umgesetzten SIP®-Investmentprozess. Der SIP®-Investmentprozess kommt in der Vermögensverwaltung, der SIP®-Fondsproduktfamilie als auch im Beratungsprozess zum Tragen.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte von Unternehmern betrachtet. Das Geschäftsfeld Privatkunden arbeitet auch in diesem als „Unternehmerbanking“ umschriebenen Beratungsansatz mit anderen Marktbereichen der Bank zusammen. Dieses Themengebiet wird weiter erfolgreich ausgebaut und festigt bestehende Kundenbeziehungen zur Bremer Landesbank.

Die im Private Banking praktizierte Kernkompetenz der ganzheitlichen Beratung bewegt sich innerhalb Deutschlands nach Untersuchungen unabhängiger Institutionen mit hoher Servicequalität im Spitzenbereich und wurde mehrfach ausgezeichnet.

Die Aktivitäten im Kreditgeschäft bündeln sich im individuellen Investoren- und Freiberuflergeschäft. Trotz des niedrigen Zinsniveaus und hohen Wettbewerbsdrucks, der insbesondere im Standardgeschäft spürbar ist, wurde durch hochwertige Beratung und maßgeschneiderte Lösungsansätze überzeugt.

Die anhaltenden Volatilitäten in den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten prägen das Verhalten der Investoren. Das voraussichtlich niedrig bleibende Zinsniveau setzt die Margen für Anleger und Banken im Passiv- wie Aktivgeschäft weiter unter Druck.

Die nach wie vor hohe Regulierungsdichte verursacht weiterhin Kostendruck und wirkt damit belastend auf die Profitabilität des Geschäftsmodells.

Einen wesentlichen Mittelpunkt der Geschäftsaktivitäten – wie in den Vorjahren – bildete 2015 die Vermögensverwaltung mit ihren Produkten rund um die Dachfondskonzeptionen. Diese verwalteten Volumen konnten im abgelaufenen Jahr noch einmal zunehmen. Erste Erfolge wurden auch mit der Dachfondskonzeption als Risikoversicherungsmantel verzeichnet.

Im komplexen Finanzierungsgeschäft mit Investoren und Freiberuflern wurden dank maßgeschneiderter Lösungen und professioneller Beratung Zuwächse erreicht.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt. Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch 2015 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen der Bank bei.

Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der gewerblichen Kunden mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Das operative Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde in einem europäischen Marktumfeld durchgeführt, das in 2015 weiterhin durch die länder- und institutionenübergreifenden Aktivitäten zur Begrenzung der anhaltenden Folgen der Euro-Krise auf die Finanz- und Realmärkte in den Euro-Teilnehmerländern, insbesondere Griechenland, gekennzeichnet war.

An den Finanzmärkten waren in 2015 gegenüber den Vorjahren erstmals leicht steigende Zinslevels und zum Teil Rekordstände an den wesentlichen Aktienmärkten zu beobachten, wobei letztere im Verlauf des zweiten Halbjahres unter Druck gerieten. Trotz dieses schwierigen Marktumfeldes erwiesen sich insgesamt die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial Markets-Einheiten der Bremer Landesbank als erfreulich stabil.

Öffentliche Kunden

Einen gewachsenen Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bildet die Refinanzierung der öffentlichen Hand, die 2015 rege nachgefragt wurde. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften stellte die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten des vergangenen Jahres dar.

Sparkassen

In dem 2015 erneut nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld und anhaltend starkem Wettbewerb ist es dem Geschäftsfeld Financial Markets dennoch gelungen, im Geschäft mit verbundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes über die ganzheitliche Betreuung im Kredit-, Geld- und Kapitalmarktgeschäft ein befriedigendes Ergebnis zu erreichen.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus.

Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen in ihr erfolgreiches Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft über Syndizierungsaktivitäten eingebunden.

Institutionelle Kunden

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in dem vom konjunkturellen Umfeld geprägten Geld- und Kapitalmarkt in 2015 einen anhaltend intensiven Beratungs- und Absicherungsbedarf im Liquiditäts-, Zins-, Rohstoff- und Währungsmanagement der betreuten Kunden.

Damit gingen entsprechend gute Umsätze im Kundengeschäft einher.

Der Bereich Financial Markets der Bremer Landesbank begleitet 2016 über seine Handels-, Treasury- und Sales-Einheiten die von ihm im Rahmen des Sales-Ansatzes betreuten Kundengruppen der Bank und nimmt seine Aufgaben im Rahmen der Banksteuerung wahr.

Dazu gehören auch die Durchführung von Maßnahmen in den strategischen Portfolien der Bank und die Feinsteuerung der Liquiditätsbevorratung nach Maßgabe des ALCO.

Das Geschäft mit öffentlichen Kunden ist insbesondere auf ertragsstarke Neuabschlüsse unter Berücksichtigung einer verfeinerten Bonitätsbetrachtung fokussiert.

Im Geschäft mit verbundenen Sparkassen wird der Relationship-Ansatz weiter konsequent verfolgt.

Das erfolgreiche Konzept SGE Sales für verschiedene Kundengruppen der Bremer Landesbank wird fortgesetzt. Anpassungen werden laufend im Rahmen strategisch orientierter Qualitätssicherungen vorgenommen, um die weiterhin ambitioniert gesetzten Vertriebsziele in einem durch die volatilen Rahmenbedingungen anhaltend schwierigen Geschäftsumfeld zu erreichen. Die Vertriebssteuerung erfolgt dabei primär über die Produkte mit Dienstleistungs- und Handlungserfolgsbeiträgen.

2.3.5 Gesamtaussage

Die weiterhin massiven Beeinträchtigungen an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2015 erneut gravierenden Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Darüber hinaus wurden vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen Maßnahmen zur Erhöhung der Kernkapitalquote ergriffen. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Erträge und durchgeführter kompensierender Maßnahmen verkraften. Das unter diesen herausfordernden Rahmenbedingungen erzielte ausgeglichene Ergebnis des Jahres 2015 betrachtet die Bank als insgesamt gerade noch zufriedenstellend.

Die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank – mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft – im und für den Nordwesten sieht sie bestätigt. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Die Bremer Landesbank positioniert sich, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2016 unter den weiterhin als herausfordernd angesehenen Rahmenbedingungen zu stabilisieren und mittelfristig zielgerichtet weiter voranzutreiben.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

4. Prognose- und Chancenbericht

4.1 Chancen

Die weiterhin massiven Beeinträchtigungen an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2015 erneut gravierenden Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank.

Dieser wird aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr deutlich spürbar bleiben. Sollte die Markterholung schneller als allgemein erwartet einsetzen, ergeben sich Chancen auf ein verbessertes Ergebnis der Bank.

Unterstützende Impulse im Geschäft werden von den mittlerweile umgesetzten Großprojekten, wie z. B. in der Hafenwirtschaft, von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen und der stärker fokussierten Aufstellung der Geschäftsfelder erwartet.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten.

Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können. Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Die Bremer Landesbank hat sich positioniert, um ihre geschäftliche Entwicklung im Jahr 2016 unter den weiterhin als herausfordernd angesehenen Rahmenbedingungen zu stabilisieren und mittelfristig zielgerichtet weiter voranzutreiben.

4.2 Prognose

Wesentliche Annahmen der Prognose

Die Planung basiert auf der konzerneinheitlichen „Mittelfristprognose 2020“. Grundlegende Annahmen bilden ein Rahmenwerk für: weltwirtschaftliche Entwicklung, reales Welthandelsvolumen, Rohölpreis, BIP-Wachstum in den USA, Wachstumsdynamik in den Emerging Markets und US-Dollar-Entwicklung. Von diesem Rahmenwerk werden die Makroprognosen für Deutschland, Euroland und die wesentlichen Auslandsmärkte abgeleitet. Die detaillierte Prognose für Zinsen und

Spreads umfasst einzelne Finanzinstrumente in differenzierten Laufzeitbändern. Die Prognose für Wechselkurse wird für die wesentlichen, relevanten Wechselkurse vorgenommen.

Für die Risikoversorge im Schiffsbereich wird auf Basis sich allmählich erholender Charterraten von langsam sinkenden Aufwendungen ausgegangen. Aufgrund eines sich möglicherweise verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfelds wird aber weiterhin von Belastungen aus dem Schifffahrtssegment ausgegangen. Für die Einschätzungen der künftigen Entwicklung der Schifffahrt nutzt die Bank externe Prognosen des Bewertungssachverständigen Weselmann sowie der führenden Marktforschungsinstitute Marsoft und MSI.

Im Bereich der Sachaufwendungen erfolgt eine Prognose für die Preisentwicklung zentraler Kostenblöcke wie EDV, Mieten etc.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnte durch Einmalserträge ein gestiegenes Zinsergebnis erzielt werden. Durch den Wegfall dieser Sondereffekte sowie Ertragseinbußen durch Abbaumaßnahmen und Restrukturierungen im Schiffsportfolio wird sich der Zinsüberschuss im kommenden Jahr auf einem niedrigeren Niveau bewegen.

Durch Maßnahmen zur Steigerung der Risikotragfähigkeit wie die erfolgreiche Durchführung einer Verbriefung im Jahr 2015 sowie die Emission von AT1-Bonds sinkt das Provisionsergebnis. Auch für das Jahr 2016 sind weitere Maßnahmen zur Steigerung der Kapitalquoten geplant, welche sich negativ auf das Provisionsergebnis auswirken.

Das Nettoergebnis des Handelsbestandes ist aufgrund der kurzfristigen Natur der Geschäfte und der Marktschwankungen volatil und entsprechend schwer zu prognostizieren. In ihren Planungen geht die Bank jedoch unverändert von guten Chancen aus, auch in 2016 auf deutlich reduziertem Niveau erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren wie im vergangenen Jahr.

Für 2016 erwartet die Bank einen deutlichen Anstieg der Personalaufwendungen, da der geltende Tarifvertrag im Sommer 2016 ausläuft. Die übrigen Verwaltungsaufwendungen werden gemäß den Planungen spürbar steigen.

Basierend auf der Annahme der Erholung der Charterraten an den Schiffsmärkten, wird im Folgejahr mit einer sinkenden aber dennoch auf hohem Niveau verbleibenden Risikoversorge gerechnet. Dabei wird für die jeweiligen Schiffssegmente die Erholung der Charterraten für unterschiedliche Zeitpunkte prognostiziert.

Nach den Einschätzungen der Bank wird das operative Ergebnis des Jahres 2016 erneut zur Portfoliooptimierung und damit auch zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Kapitalkennziffern verwendet werden. Demzufolge wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Mittelfristig wird für die Bremer Landesbank wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessener Dividendenhöhe und weiterer Kapitalstärkung angestrebt.

Leistungsindikatoren

Das Jahresergebnis vor Steuern der Bank wird sich im Jahr 2016 noch einmal auf niedrigerem, leicht positivem Niveau einstellen.

Es wird erwartet, dass sich der Return on Equity und die Cost-Income-Ratio auf dem Niveau 2015 bewegen werden.

Die Risikovorsorgeaufwendungen werden im Vergleich zu 2015 etwas zurückgehen; die Risikoaktiva (Eigenmittelanforderungen) werden jedoch 2016 nach Einschätzung der Bank spürbar ansteigen.

Daher wird die Risikoquote im Prognosezeitraum auf Niveau 2015 eingeschätzt.

Der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquote wird aufgrund der genannten Unsicherheiten und den zunehmenden aufsichtlichen Anforderungen in den Jahren 2016 und 2017 weiter bestehen bleiben. Angesichts der sukzessive weiter steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR (Capital Requirements Regulation) werden die im Rahmen des RTF- und Kapitalmanagements eingeleiteten bzw. zusätzlich vorgesehenen Maßnahmen weiterverfolgt und konsequent umgesetzt. Die Bank wird daher ihre aktive Risikosteuerung und nachhaltige Stärkung der Risikotragfähigkeit konsequent weiter fortsetzen. Insgesamt wird auch zum Jahresende 2016 ein grüner Ampelstatus im Going Concern angestrebt (siehe ausführliche Erläuterung im Abschnitt Risikobericht).

4.3 Gesamtaussage

Die anhaltende Schifffahrtskrise hat aufgrund eines sich verschlechternden weltwirtschaftlichen Umfeldes zu einer deutlich über der Planung liegenden Risikovorsorge geführt. Ein Ertragsüberschuss konnte daher nicht erzielt werden. Die Bank geht davon aus, dass die operativen Erträge vor Risikovorsorge im Jahr 2016 aufgrund von Belastungen aus Maßnahmen zur Steigerung der Kapitalquoten und der Risikotragfähigkeit und zum Abbau des Schifffahrtsportfolios zurückgehen werden. Darüber hinaus ist regulatorisch bedingt mit steigenden Kosten zu rechnen. Aufgrund einer auf Basis von sich allmählich erholenden Charraten im Schifffahrtssektor geringerer erwarteter Risikovorsorge sieht die Planung ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

5. Risikobericht

5.1 Steuerungssysteme

5.1.1 Generelles Risikomanagement

Risikomanagement – Grundlagen und Anwendungsbereich

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit.

Die Bank führt mindestens einmal jährlich bzw. anlassbezogen einen bereichsübergreifenden Prozess zur Herleitung eines Gesamtrisikoprofils nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) AT 2.2 bzw. AT 4.5 durch (Risikoinventur). Das Gesamtrisikoprofil bildet die für die Bank relevanten Risikoarten ab. Ergänzend erfolgt eine weitere Differenzierung zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risiken. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle relevanten Risikoarten, welche die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen der Bank wesentlich beeinträchtigen können.

Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken. Als relevant gelten daneben Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken, Reputationsrisiken, Immobilienrisiken und Pensionsrisiken.

Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)			relevant	wesentlich		
Adressrisiken	Kreditrisiken	klassisches Kreditrisiko	x	x		
		Adressrisiko des Handels			Ausfallrisiko im Handel	
					Wiedereindeckungsrisiko	
					Settlementrisiko	Vorleistungsrisiko
						Abwicklungsrisiko
		Emittentenrisiko				
	Beteiligungsrisiken		x	x		
	Marktrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko	x	x	
			Besonderes Zinsrisiko			
		Währungsrisiken				
Aktienkursrisiken						
Fondspreisrisiken						
Volatilitätsrisiken						
Credit-Spread-Risiken						
Rohwarenrisiken		-	-			
Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko		x	x		
	Refinanzierungsrisiko					
	Marktliquiditätsrisiko					
Operationelle Risiken	Operationelle Risiken (i. e. S.)		x	x		
	Rechtsrisiken					
	Compliance-Risiken					
	Outsourcing-Risiken					
	Fehlverhaltensrisiken					
	Fraud-Risiken					
	Veritätsrisiken					
	Modellrisiken					
	IT-Risiken					
Weitere Risiken	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken		x	-		
	Reputationsrisiken		x	-		
	Immobilienrisiken		x	-		
	Pensionsrisiken		x	-		
	Syndizierungsrisiken		-	-		
	Restwertrisiken		-	-		
	Versicherungstechnische Risiken		-	-		
	Kollektivrisiken		-	-		

Die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementprozesses werden Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutgruppen auf der Grundlage von § 25a des KWG durch die MaRisk vorgegeben. Demnach umfasst eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation unter anderem die Festlegung von Strategien auf der Grundlage von Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die sowohl die Risiken als auch das zu deren Abdeckung vorhandene Kapital beinhalten.

Risikomanagement – Strategien

Die risikopolitischen Grundsätze der Bremer Landesbank entsprechen denen der NORD/LB-Gruppe. Die Handbücher, Methodenhandbücher und Fachkonzepte der NORD/LB-Gruppe werden durch institutsspezifische Dokumente der Bremer Landesbank konkretisiert oder ergänzt.

Die Bremer Landesbank fördert im Sinne einer risikoorientierten Unternehmenskultur den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für die wesentlichen Elemente des Risikomanagements trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider. Sie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Risikomanagement – Struktur und Organisation

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risiko-

bewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnindikatoren eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten (OEen) in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Marktrisiko/Bewertungsmethoden, Aufsicht/Liquiditätsrisiko und Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken.

Die Gruppe Prozess-/Projektmanagement verantwortet die Methodik des IKS der Bank als Teil der prozess- und risikoorientierten Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit und das Risikobewusstsein im Unternehmen. Das IKS ist in der Bremer Landesbank einheitlich strukturiert. Das hierzu eingeführte IKS-Rahmenwerk, welches sich am Rahmenwerk des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) für interne Kontrollen orientiert, beinhaltet eine spezifische Ablauf- und Aufbauorganisation. Durch die Anwendung standardisierter Methoden und Verfahren soll ein bankweit angemessenes sowie wirksames IKS sichergestellt und eine nachhaltige Optimierung angestrebt werden.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, unter anderem in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen, Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Risk-Compliance. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands und versteht sich im Rahmen des Risikomanagements als dritte Verteidigungslinie der Bank. Sie prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank. Sie fördert damit die Weiterentwicklung der Steuerungs- und

Überwachungsverfahren. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Dem Risikoausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet. Dem Risikoausschuss ist durch den Aufsichtsrat die Aufgabe übertragen, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements sowie zu den einzelnen Berichten finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Risikomanagement – Risikotragfähigkeitsmodell

Die aus den wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank identifizierten Risikopotenziale müssen durch das Risikokapital laufend abgedeckt sein. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Das RTF-Modell besteht aus drei Betrachtungsebenen:

- Die erste Betrachtungsebene stellt die Going Concern Sicht dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus, auch dann, wenn alle zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen durch die schlagend werdenden Risiken aufgezehrt worden sind. Diese Betrachtungsebene ist maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk. Die Risikomessung basierte 2015 auf einem Konfidenzniveau von 90 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Per 31.12.2015 ist planmäßig die Umstellung auf ein höheres Konfidenzniveau von 95 % erfolgt. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß CRR zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und

Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt auf dieser ersten Betrachtungsebene.

- Die zweite Betrachtungsebene ist als Gone Concern Sicht (Liquidationsszenario) ausgestaltet und wird als Nebenbedingung geführt. Sie stellt darauf ab, dass bei einer fiktiven Liquidation (ohne Abstellen auf Zerschlagungswerte) die Gläubiger vollständig befriedigt werden könnten. In der Gone Concern Betrachtungsebene wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Hierbei werden schwerwiegende Ereignisse unterstellt, welche in dieser Höhe statistisch betrachtet circa alle 1.000 Jahre aufträten. Kapitaleseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Betrachtungsebene, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Die Ausgestaltung des RTF-Modells sieht vor, dass die Gone Concern Betrachtungsebene in seiner Funktion impulsgebend für die zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit maßgeblichen Going Concern Betrachtungsebene sein kann. Die Ableitung operativer Limite für die als wesentlich identifizierten Risikoarten aus der Betrachtung der Risikotragfähigkeit erfolgt unter Berücksichtigung der in der Risikostrategie vorgenommenen Risikokapitalallokation auf der Grundlage der Going Concern Betrachtungsebene. Dabei wird unter Berücksichtigung der Risikoneigung der Bank ein Puffer für nicht explizit quantifizierbare Risiken berücksichtigt. Parallel hierzu werden RWA-Obergrenzen für die Geschäftsfelder der Bank festgelegt. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht. Diversifikationseffekte zwischen einzelnen Risikoarten werden aus konservativen Bewertungsgrundsätzen nicht berücksichtigt.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über die Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Bei der Auswahl der Stressszenarien werden bewusst Geschäfts- und Risikoschwerpunkte der Bremer Landesbank herangezogen. Grundlage der Auswahl bildet das im NORD/LB-Konzern durchgeführte ausgedehnte Interviewverfahren. Die erhobenen Risikofelder werden priorisiert und bei entsprechender Bedeutung einer detaillierten Szenarioanalyse unterzogen. Diese Szenarioanalyse ist zunächst losgelöst von den bei der Risikopotenzialmessung getroffenen Annahmen

über Konzentration und Diversifikation. Insofern stellt das Verfahren einen unabhängigen Ansatz dar, Konzentrationen zu bewerten. Ziel ist es, Szenarien zu entwickeln, bei denen alle wesentlichen Konsequenzen auf die maßgeblichen Kennzahlen der Bank erfasst werden.

Die im Konzern ausgewählten Szenarien werden in der Bremer Landesbank auf Relevanz bewertet und bei Bedarf um institutsspezifische Szenarien erweitert, die den individuellen Geschäftsschwerpunkten Rechnung tragen. Alle Szenarien und Parameter werden regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert.

Die sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Konzentrationsschwerpunkte in den Branchen Schifffahrt und Energieversorgung werden zur Vermeidung von Risikokonzentrationen über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystem gesteuert.

Die Bremer Landesbank strebt eine hohe Diversifikation des Geschäftsportfolios mittels Assetklassen an, die unterschiedlichen Marktzyklen unterliegen. Hierbei zielt sie langfristig auf eine Portfoliostruktur ab, die ein Gleichgewicht des großvolumigen Spezialfinanzierungsgeschäfts mit Schiffs- und Energiekunden auf der einen Seite und granularem Geschäft aus den Aktivitäten mit Privat- und Firmenkunden auf der anderen Seite sicherstellt. Durch diese Struktur soll die Bildung von Klumpenrisiken begrenzt und das Portfolio insgesamt weniger zyklusanfällig werden.

Der monatlich erstellte Bericht über die Risikotragfähigkeit (RTF-Bericht) bildet das zentrale Instrument der internen Risikoberichterstattung auf Einzelinstitutsebene gegenüber dem Vorstand sowie den Aufsichtsgremien. Die Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie zur Risikoneigung und zur Allokation des Risikokapitals auf die wesentlichen Risikoarten wird hiermit regelmäßig überprüft. In der Berichterstattung ist darüber hinaus ein Forecast auf die Entwicklung der wesentlichen Quoten und Kennziffern zur Risikotragfähigkeit für das laufende und das nächste Jahr enthalten.

5.1.2 Kreditrisiko – Management

Kreditrisiko – Strategie

Die Bremer Landesbank ist eine regional ausgerichtete Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft. Für die Bank stellen das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen.

Um den besonderen Erfordernissen jedes einzelnen Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Das Credit-Investment-

Portfolio ist weitreichend abgebaut. Im Segment Schiffe beschränken sich die Neuabschlüsse auf Finanzierungen im Rahmen der Restrukturierung bestehender Kreditengagements.

Kreditrisiko – Struktur und Organisation

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
 - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
 - Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Marktwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
 - Das Settlementrisiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
 - Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Entsprechend den MaRisk gewährleistet die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen der OE Risikotragfähigkeit/Kreditrisiko im Bereich Risikocontrolling wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als regional ausgerichteter Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktvotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitvotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Marktfolge überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen der Großkredite gemäß Art. 392 CRR bzw. der Millionenkredite gemäß § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Risikoausschuss bzw. dessen Vorsitzenden getroffen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung, Validierung) ist im Risikocontrolling gebündelt.

Kreditrisiko – Sicherheiten

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungsstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und

Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden insbesondere Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an Forderungen und anderen Rechten, Grund- und Registerpfandrechte sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Der juristische Bestand der Sicherheiten wird in einem speziellen System zur Verwaltung von Sicherheiten gepflegt. Dieses bildet zugleich die Basis für die Anrechnung von Sicherheiten bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung sowie der aufsichtsrechtlichen Meldungen.

Im Wesentlichen werden Standardverträge verwendet. Abweichungen von Standardverträgen oder individuelle Vereinbarungen werden durch die Rechtsabteilung erstellt oder freigegeben. In Einzelfällen werden externe Rechtsgutachten eingeholt bzw. die Vertragserstellung an autorisierte Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Gleichzeitig wird ein permanentes Monitoring der relevanten Rechtsordnungen durchgeführt. Bei ausländischen Sicherheiten erfolgt dies auf Basis von Monitoringverfahren internationaler Anwaltskanzleien.

Kreditrisiko – Steuerung und Überwachung

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der Organisationseinheit Marktfolge Sanierung (OE MF Sanierung) abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit, gegebenenfalls unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.

3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung (EWB) einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorge-neu-/mehrbedarf (ab 2 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene von Gruppen verbundener Kunden hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis von Gruppen verbundener Kunden gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikokapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt über ein aus der Risikotragfähigkeit abgeleitetes Branchenlimitsystem (BEM). Anhand der festgelegten Risikogrößen Exposure at Default (EaD), Loss at Default (LaD) und Expected Loss (EL) erfolgt die Identifizierung der zu limitierenden Branchen. Aus dem gemäß Going Concern Betrachtungsebene (Fortführungsszenario) zur Verfügung stehenden Limitkapital für Kreditrisiken wird die Höhe der Branchenlimite berechnet. Im Rahmen der RTF-Berichterstellung erfolgt eine monatliche Überprüfung der Limite. Die Large-Exposure-Grenzen und die Branchenlimite werden mindestens einmal jährlich vom Vorstand und den zuständigen Aufsichtsgremien verabschiedet.

Kreditrisiko – Verbriefungen

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken steht der Bremer Landesbank grundsätzlich das Instrument der synthetischen Verbriefungen zur Verfügung. Ziele der Verbriefungsaktivitäten sind die Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles des Kreditportfolios sowie die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden. Im Jahr 2015 hat die Bremer Landesbank eine erste synthetische Verbriefungstransaktion für ein Kreditportfolio mit einem Volumen von rund 2,145 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe originiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 16. Dezember 2015 eine Garantie mit einem Volumen von rund 106 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt 12 Jahre. Die von der Bremer Landesbank gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €; sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen. Die Transaktion trägt zu einer Verbesserung der RWA-Belastung, Eigenkapitalquote und Risikotragfähigkeit bei.

Kreditrisiko – Bewertung

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die Bremer Landesbank verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

Initiative Finanzstandort Deutschland	DSGV-Masterskala	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00 %	
	1 (AAA)	0,01 %	
	1 (AA+)	0,02 %	
	1 (AA)	0,03 %	
	1 (AA-)	0,04 %	
	1 (A+)	0,05 %	Normalbetreuung
	1 (A)	0,07 %	
	1 (A-)	0,09 %	
	2	0,12 %	
	3	0,17 %	
	4	0,26 %	
Gut/zufriedenstellend	5	0,39 %	
	6	0,59 %	
Noch gut/befriedigend	7	0,88 %	
	8	1,32 %	
Erhöhtes Risiko	9	1,98 %	
	10	2,96 %	Intensivbetreuung
Hohes Risiko	11	4,44 %	
	12	6,67 %	
Sehr hohes Risiko	13	10,00 %	
	14	15,00 %	
	15	20,00 %	
	15B	30,00 %	Sanierung
	15C	45,00 %	
Default	16	100,00 %	
(= Non-Performing Loans)	17	100,00 %	
	18	100,00 %	Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Prognosequalität der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von der Bank und den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die „Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH“ (S-Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die „Rating Service Unit GmbH & Co. KG“ (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die aufsichtsrechtlichen Anforderungen umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S-Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Ratingmodule Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industrieespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kredit- und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen Erwarteter Verlust und Unerwarteter Verlust. Der Erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des Erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software Credit Pricing Calculator (CPC) berechnet.

Im Gegensatz zum Erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem Unerwarteten Verlust (Unexpected Loss) risikobehafteter Geschäfte, d. h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der Unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bremer Landesbank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2015 erneut in Zusammenarbeit mit der NORD/LB validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von Unerwarteten Verlusten unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Kreditrisiko – Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Gruppen verbundener Kunden (LEM-Bericht) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolien erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.
- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Gruppen verbundener Kunden berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikokapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Das Risikocontrolling erstellt einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalweise Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes und informiert über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken. Dieser auf Einzelinstitutsebene erstellte Bericht erfüllt die Anforderungen des § 27 Pfandbriefgesetz.

5.1.3 Beteiligungsrisiko – Management

Beteiligungsrisiko – Strategie

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen, neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes, den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden.

Beteiligungsrisiko – Struktur und Organisation

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/ Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Beteiligungsrisiko – Steuerung und Überwachung

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Beteiligungsrisiko – Bewertung

Die Beteiligungen der Bank werden grundsätzlich analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Hierauf wird verzichtet, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 750 T€ gemäß § 19 Abs. 2 KWG nicht übersteigt. Die umfassende Quantifizierung erfolgt mittels eines Scoring-Modells zur Risikoinventur.

Beteiligungsrisiko – Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

5.1.4 Marktrisiko – Management

Marktrisiko – Strategie

Im Rahmen des Managements der Marktrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Eine darüber hinausgehende opportunistische Positionsnahme wird durch die Bremer Landesbank nicht betrieben.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimiten zu partizipieren.

Marktrisiko – Struktur und Organisation

Das Marktrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend, werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Der Vorstand beschließt das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie der Bremer Landesbank inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Portfoliostrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Markt-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Serviceleistungen erbringen die OEen Transaction Banking und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Der Bereich Transaction Banking ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Das Reporting über die bereichsinterne Verteilung und Inanspruchnahme des Marktrisiko-Limits des Geschäftsfeldes Financial Markets wird von der OE Financial Markets Geschäftsfeldmanagement auf Basis der Daten des täglichen Reportings der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden durchgeführt. Die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktriskosteuerungsbereichen. Sie nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr, ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktrisiken und überprüft die Marktgerechtigkeit der Geschäfte.

Das Meldewesen führt das externe Reporting der Marktrisiken gemäß CRR durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Marktrisiko – Steuerung und Überwachung

Die Steuerung der Anlagebuchpositionen erfolgt zentral durch das Asset-Liability-Committee (ALCO), die operative Umsetzung durch den Bereich Financial Markets. Das ALCO ist ein Entscheidungsgremium mit den Zielen der Optimierung des Risk/Return der Bank-Portfolien, des langfristigen Fundings, der Steuerung der Markt- und Liquiditätsrisikopositionen sowie der Investitionsportfolios, des Bilanzstrukturmanagements, der GuV-Steuerung, und der Investment-Guidelines. Das Committee besteht aus dem Gesamtvorstand und Vertretern des Geschäftsfeldes Financial Markets und der OEen Risikocontrolling, Finanzen sowie der Marktfolge Financial

Markets. Der Ausschuss tagt in der Regel monatlich. Die Entscheidungen trifft der Gesamtvorstand.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Zu den Instrumenten zur Steuerung des Marktrisikos im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen wird auf die Abschnitte 1.1 bis 1.7 des Anhangs zum Jahresabschluss verwiesen.

Marktrisiko – Bewertung

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktrisiken inklusive Credit-Spread-Risiken verwendet die Bremer Landesbank das Verfahren der Historischen Simulation, bei dem ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk (VaR) werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungs-volatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Options-positionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-)Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die VaR-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der VaR-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die täglichen VaR-Berechnungen werden in der OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den VaR-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und gegebenenfalls der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Die Anforderungen an eine vorsichtige Bewertung („Prudent Valuation“) wurden durch die CRR Art. 34 i. V. m. Art. 105 ausgeweitet und weiter konkretisiert. Durch den Wegfall einer Geringfügigkeitsschwelle hat die Bank für alle zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte eine Bewertungsreserve eingeführt, die vom harten Kernkapital abgezogen wird.

Die Bank ermittelt monatlich einen Zinsschock gemäß den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Hierbei sind die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben und nach unten zu analysieren. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt gegebenenfalls bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Marktrisiko – Berichterstattung

Gemäß MaRisk berichtet die OE Marktrisiko/Bewertungsmethoden dem Gesamtvorstand täglich über die Marktrisiken nach VaR und die Erfolge aus der Übernahme von Marktrisiken der Bremer Landesbank.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des Risikoausschusses erfolgt fünfmal jährlich.

5.1.5 Liquiditätsrisiko – Management

Liquiditätsrisiko – Strategie

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Fristentransformation berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Liquiditätsrisiko – Struktur und Organisation

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis

der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stressszenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Assetklassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.
- Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.
- Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Treasury und das Risikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Treasury übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management ist die Liquiditätsablaufbilanz. Im ALCO wird über das Refinanzierungsrisiko berichtet und über mögliche Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten. Dem ALCO ist auf Arbeitsebene der Arbeitskreis Liquiditätssteuerung vorgelagert, der sich aus Vertretern von Financial Markets und dem Risikocontrolling zusammensetzt. Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang

stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Das Risikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Risikocontrolling. Im Meldewesen wird die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung sowie die Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß ITS der CRR ermittelt und berichtet. Das Meldewesen übt in diesem Zusammenhang Servicefunktionen aus. Die Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung wird durch das Risikocontrolling überwacht. Ein entsprechender Prozess für die LCR ist in Vorbereitung.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Durch das differenzierte Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Liquiditätsrisiko – Steuerung und Überwachung

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bremer Landesbank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung der NORD/LB-Gruppe setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Auch der Notfallplan Liquidity Management ist konsistent zum Notfallplan der NORD/LB-Gruppe.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens Eins betragen muss.

Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Deutsche Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet.

Die LCR ist monatlich an die Deutsche Bundesbank und im Rahmen der Konzernmeldung an die NORD/LB zu melden. Die LCR stellt eine kurzfristig ausgerichtete Stresskennziffer (Zeithorizont 30 Tage) dar und verpflichtet die Institute, einen Liquiditätspuffer in Form von hochliquiden Aktiva vorzuhalten, um im Stressfall Nettozahlungsmittelabflüsse über einen Zeitraum von 30 Tagen kompensieren zu können.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden notwendige Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stressszenario für 90 Tage oder weniger bestehen sollte. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber der statischen Szenarien auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Risikokonzentrationen auf der Passivseite wird durch eine diversifizierte Anlegerbasis und Produktpalette vorgebeugt. Der Fokus liegt auf institutionellen und öffentlichen Anlegern, was der risikogerechten Ausrichtung der NORD/LB-Gruppe entspricht. Die Diversifizierung der Refinanzierungsquellen wird zudem durch Pfandbriefemissionen und Retail-Einlagen verstärkt.

Liquiditätsrisiko – Bewertung

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition, umgerechnet in EUR, definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unbedeutend. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Liquiditätsrisiko – Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Risikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquiditätssteuerung sowie im ALCO erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Risikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Treasury erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stressszenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

5.1.6 Operationelles Risiko – Management

Operationelles Risiko – Strategie

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem Internen Kontrollsystem, dem Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Operationelles Risiko – Struktur und Organisation

Operationelle Risiken sind mögliche und aus Sicht der Bank unbeabsichtigte Ereignisse, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten und zu einem Schaden oder einer deutlich negativen Konsequenz für die Bank führen (z. B. Gesetzesverstoß). Rechtsrisiken sind enthalten, nicht einbezogen sind strategische Risiken sowie Geschäftsrisiken.

Dieser Definition folgend sind Rechts- und Rechtsänderungsrisiken, Compliance-Risiken, Outsourcing-Risiken, Fehlverhaltensrisiken, Veritätsrisiken, Fraud-Risiken, Modellrisiken, IT-Risiken und Verwundbarkeiten im Rahmen des Notfall- und Krisenmanagements im operationellen Risiko enthalten.

- Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht.
- Das Rechtsänderungsrisiko bildet das Risiko eines Verlustes aufgrund neuer Gesetze oder Vorschriften, einer nachteiligen Änderung bestehender Gesetze oder Vorschriften beziehungsweise deren Interpretation oder Anwendung durch Gerichte ab.
- Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.
- Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.
- Das Fehlverhaltensrisiko bezeichnet die Risiken eines Instituts, die durch den Verkauf ungeeigneter Produkte, Interessenskonflikte bei der Erfüllung von Geschäftsbeziehungen, Manipulationen von Referenzzinssätzen oder Fremdwährungskursen, erschwerte Finanzproduktwechsel und unfairer Behandlung von Kundenbeschwerden entstehen können.

- Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.
- Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.
- Das Modellrisiko bezeichnet „... den potenziellen Verlust, der einem Institut als Folge von Entscheidungen entsteht, die sich grundsätzlich auf das Ergebnis interner Modelle stützen könnten, wenn diese Modelle Fehler bei der Konzeption, Ausführung oder Nutzung aufweisen“.
- IT-Risiken sind alle Risiken für die Vermögens- und Ertragslage der Institute, die aufgrund von Mängeln entstehen, die das IT-Management beziehungsweise die IT-Steuerung, die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Integrität und Authentizität der Daten, das interne Kontrollsystem der IT-Organisation, die IT-Strategie, IT-Leitlinien oder den Einsatz von Informationstechnologie betreffen.

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Risikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Risikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Vor dem Hintergrund der Verantwortung für eine angemessene technisch-organisatorische Ausstattung und für ein angemessenes Notfallkonzept auf Gruppenebene gemäß §§ 25a und 25c KWG sind die Rahmenvorgaben der NORD/LB-Gruppe in einem bankeigenen Sicherheitsstandard umgesetzt. Dieser setzt sich in der Bremer Landesbank aus einer in die Risikostrategie eingebetteten Sicherheitsstrategie, Sicherheitsleitlinien einem Bedrohungskatalog sowie Sicherheitsrichtlinien zusammen und enthält Sicherheitsvorgaben für die Themen Informationssicherheit, Datenschutz, Infrastruktur- und Gebäudeschutz, Arbeitssicherheit sowie für die Querschnittsprozesse BCM und Notfall- und Krisenmanagement.

Das BCM sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Vorsorge und Bewältigung von Notfällen und Krisen. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen personalwirtschaftlichen Risiken wie Engpassrisiken, Austrittsrisiken, Anpassungsrisiken, Motivationsrisiken sowie eine auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, analysiert, bewertet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist primäre Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte mit enger Unterstützung durch das Personalmanagement. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Fachbereiche bei der Durchführung von Personalmaßnahmen. Die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung werden im Bremer Landesbank-Konzern umgesetzt.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt in wesentlichen Risikofeldern über angemessenen Versicherungsschutz. Die Ausgestaltung der Versicherungsdeckungen wird regelmäßig überprüft. Zu einzelnen Risiken hat die Bank unter Abwägung des Risikopotenzials zum Prämienaufwand vom Abschluss entsprechender Versicherungslösungen abgesehen.

Nach §§ 25a und 25h KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die Rechtsabteilung einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Operationelles Risiko – Steuerung und Überwachung

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden über die NORD/LB-Gruppe in das vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) initiierte Datenkonsortium (DakOR) eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Self Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen. Das Self Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. In einem zweiten Schritt erfolgt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Um potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und ihnen durch Gegenmaßnahmen zu begegnen, werden in der NORD/LB-Gruppe Risikoindikatoren eingesetzt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft.

Die Ergebnisse aus der Schadensfalldatenbank, der Erhebung der Risikoindikatoren und des Self Assessments werden analysiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Im Jahr 2016 wird der begonnene Weg zur Optimierung des integrierten OpRisk-Managements fortgeführt. Ziel ist vor allem, die auf der zweiten Verteidigungslinie eingesetzten Methoden und Daten weiter zu harmonisieren und Effizienzen zu heben sowie das Risikomanagement auch im Sinne der erweiterten aufsichtsrechtlichen Anforderungen weiterzuentwickeln.

Operationelles Risiko – Bewertung

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Risikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomonitorings wurden im Jahr 2015 einzelne Risikoindikatoren überarbeitet bzw. ergänzt.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wird weiterhin der Standardansatz verwendet.

Operationelles Risiko – Berichterstattung

Der Governance-, OpRisk- und Compliancebericht berichtet über bedeutende operationelle Risiken und Handlungsbedarfe der Bank und erfüllt zugleich aufsichtsrechtliche Anforderungen.

5.2 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Bremer Landesbank ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird behandelt wie eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB. Demgemäß sind nach § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das IKS und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das IKS und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen IKS (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem IKS werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements gerichtet sind

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),

- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Finanzen gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/ Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen.
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben.
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten.
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht.
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Feststellung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des IKS und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des IKS und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich des Lageberichtes generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen IKS und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das IKS. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des IKS.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommt entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

5.3 Risiken aus den strategischen Geschäftsfeldern

Die Bremer Landesbank hat ihre strategischen Ziele in einem kundenorientierten Geschäftsmodell mit folgenden fünf strategischen Geschäftsfeldern sowie den ihnen zugeordneten elf strategischen Geschäftseinheiten verankert:



Der Risikoschwerpunkt der Bremer Landesbank liegt in der strategischen Geschäftseinheit Schiffe. Die Steuerung der Risiken erfolgt nach Risikoarten und im Wesentlichen in den zentralen Organisationseinheiten.

Der interne Risikotransfer von Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken aus den strategischen Geschäftseinheiten hin zu den zentralen Organisationseinheiten erfolgt wie in der Banksteuerung üblich über das Rating der Kunden, den hierauf aufbauenden risikoadjustierten Einstandspreisen sowie der Berücksichtigung von Liquiditätsaufschlägen. Ausdruck findet dies in den strategischen Geschäftseinheiten durch die konsequente Anwendung der Finanzierungsgrundsätze und unter Beachtung der Regularien zur Risikosteuerung. Die Steuerung, der Geschäfts- und strategischen Risiken sowie der operationellen Risiken findet weitgehend dezentral in den strategischen Geschäftseinheiten statt.

Im folgenden Abschnitt werden die aus den strategischen Geschäftseinheiten resultierenden relevanten Risiken und die Maßnahmen zur Steuerung bzw. zur Unterstützung der zentralen Steuerung dieser Risiken dargestellt.

5.3.1 Firmenkunden

In dem Geschäftsfeld Firmenkunden besteht das klassische Kreditrisiko.

Mit zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen und interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen.

Geschäfts- und strategische Risiken liegen in den strategischen Geschäftseinheiten Corporates und Gewerbekunden insbesondere in der Abhängigkeit der konjunkturellen Entwicklung und Verbund-restriktionen.

In der SGE Sozialimmobilien bestehen Geschäfts- und strategische Risiken unter anderem in Form regulatorischer Eingriffe in den Pflegemarkt, durch einen zunehmenden Verdrängungswettbewerb bei den Kunden sowie durch den Wettbewerb mit Instituten vor Ort.

Mit Wirkung für den Strategieprozess 2016 ist im Rahmen der Umstrukturierung des Geschäftsfeldes Firmenkunden vorgesehen, die Geschäftsaktivitäten der SGE Gewerbekunden und der SGE Corporates zusammenzuführen.

5.3.2 Privatkunden

In dem Geschäftsfeld Privatkunden besteht das klassische Kreditrisiko.

Mit zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen und interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Weitere operationelle Risiken können aus den Auswirkungen der verbraucherfreundlichen Rechtsprechungen resultieren sowie in der SGE Private Banking durch die starke Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeitern und vorhandenen Talenten auf dem Arbeitsmarkt.

Daneben bestehen Geschäfts- und strategische Risiken vor allem durch den starken Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft, der vornehmlich über die Konditionen ausgetragen wird sowie in der SGE Privatkunden durch insbesondere am Standort Oldenburg vorhandene Verbundrestriktionen.

5.3.3 Schiffsfinanzierungen

In dem Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen besteht das klassische Kreditrisiko. Durch die in der Vergangenheit besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Schiffe bestehen in diesem Segment hohe Konzentrationsrisiken. Ein dominanter Teil des Unexpected Loss der Bank ist auf das Schiffsportfolio zurückzuführen. Zur Reduzierung dieses Risikos verfolgt die Bremer Landesbank eine sukzessive Bereinigung und Restrukturierung des Portfolios.

Mit zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen und interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Auf Ebene der Humanressourcen sind krisenbedingt besondere Belastungen zu bewältigen.

Geschäfts- und strategische Risiken liegen im Wesentlichen in der noch unsicheren Entwicklung des Schifffahrtsmarktes verbunden mit den Unsicherheiten im Hinblick auf die USD-Kursentwicklung.

5.3.4 Spezialfinanzierungen

In dem Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen besteht das klassische Kreditrisiko. In der SGE Erneuerbare Energien können durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank auf Erneuerbare Energien und den Fokus auf Windkraft Onshore in Deutschland können in dieser Geschäftseinheit Konzentrationsrisiken entstehen. In der SGE Leasing ist durch die besondere strategische Ausrichtung der Bremer Landesbank in dem Segment Leasing ein

bedeutendes Portfolio entstanden, das durch seine breite Branchensteuerung und hohe Granularität auf Leasingnehmer-Ebene nur geringe Konzentrationsrisiken aufweist.

Mit zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen und interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Zudem können in der SGE Erneuerbare Energien operationelle Risiken durch stark ausgelastete personelle Ressourcen und den erforderlichen Aufbau des benötigten Spezial-Know-hows entstehen. Daneben existieren Geschäfts- und strategische Risiken aus der konjunkturellen Entwicklung. In der SGE Erneuerbare Energien bestehen daneben Geschäfts- und strategische Risiken vor allem in dem hohen Wettbewerb um gute Standorte im Segment Windkraft Onshore, zunehmende Portfolio-konzentration auf Windkraft aufgrund der Verschärfung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Photovoltaik und Biogas sowie der Änderung von Förderbedingungen.

5.3.5 Financial Markets

In dem Geschäftsfeld Financial Markets besteht – in geringem Umfang – das klassische Kreditrisiko. Das Kundenportfolio der SGE Kommunale Kunden beinhaltet Forderungen an nicht insolvenzfähige Gebiets- und Verbandskörperschaften bzw. in vollem Umfang durch staatliche Bürgschaften gedeckte Forderungen an Unternehmen, für die bei den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine Anrechnung gemäß CRR besteht.

Mit zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen gehen Dokumentationsverpflichtungen und interne Prozessanpassungsnotwendigkeiten einher. Operationelle Risiken können in der Nicht- oder fehlerhaften Umsetzung dieser Neuerungen entstehen. Das Outsourcing von wichtigen Dienstleistungen birgt in der SGE Institutionelle Kunden weitere operationelle Risiken, da zusätzliche gesetzliche Anforderungen eingehalten werden müssen.

In der SGE Sparkassen ist als Geschäfts- und strategisches Risiko ein begrenzter Markt zu sehen, in dem durch bereits vorhandene hohe Marktanteile wenig Vertriebssteigerung und Neukundengewinnung möglich ist. Verstärkt kooperieren Sparkassen untereinander im Konsortialgeschäft und erhalten durch Fusionen eigene strategische Möglichkeiten. Darüber hinaus ist ein zunehmender Wettbewerb zwischen den Landesbanken zu erkennen.

Geschäfts- und strategische Risiken bestehen in der SGE Kommunale Kunden insbesondere durch die Ausschreibungspflicht der Kommunen, nicht wettbewerbsfähige Einstandssätze bei der Neugeschäftsakquisition oder eine Marktverengung durch die Einführung von Schuldenbremsen auf Länderebene.

In der SGE Institutionelle Kunden bestehen Geschäfts- und strategische Risiken im Refinanzierungsgeschäft der Bank durch eventuell rückläufige Absatzzahlen eigener Emissionen aufgrund Ratingverschlechterung der Bank, rückläufiger Kundenbeziehungen oder fehlenden Ratings der Pfandbriefe der Bremer Landesbank.

5.4 Erweiterter Risikobericht

5.4.1 Entwicklung der Risikotragfähigkeit im Jahr 2015

Entwicklung im Jahr 2015

Gegenüber der Darstellung zum 31.12.2014 haben sich Anpassungen bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit ergeben.

In der Steuerung der Risikotragfähigkeit hat die Bank in den zurückliegenden Jahren die Berechnung der Risikopotenziale im steuerungsrelevanten Fortführungsansatz, der Going Concern Betrachtungsebene, noch auf Basis eines 90 %igen Konfidenzniveaus ermittelt. Parallel zu diesem steuerungsrelevanten Niveau wurden im Zuge der Risikoberichterstattung regelmäßig auch die potenziellen Auslastungsgrade im Falle eines erhöhten, konzerneinheitlichen 95 %-Konfidenzniveaus informatorisch dargestellt. Die Bank hat mit Blick auf die erhöhten Sicherheitsansprüche und Anforderung an Risikotragfähigkeitskalküle das Konfidenzniveau zum 31.12.2015 von 90 % auf konzerneinheitlich 95 % angehoben.

Im Vorjahr wurde in der Going Concern Betrachtung das RTF-Limitkapital aus einer Engpassbetrachtung der Risikotragfähigkeit der NORD/LB-Gruppe verwendet, das per 31.12.2014 nur einen Teilbetrag von 282 Mio. € des tatsächlich verfügbaren Risikokapitals berücksichtigte. Das gesamte zur Verfügung stehende Risikokapital der Bremer Landesbank per 31.12.2014 betrug 439 Mio. €.

Insbesondere durch kapitalstärkende Maßnahmen konnte im Berichtsjahr das Risikokapital auf 814 Mio. € erhöht werden. Darüber hinaus wurden Limite für die Einzelrisikoarten verwendet, die sich aus der Risikotragfähigkeitsbetrachtung der Gruppe ableiten. Zum Stichtag 31.12.2015 betrug die Summe der genehmigten Limite für das nunmehr relevante Konfidenzniveau von 95 % 504 Mio. €.

Der Auslastungsgrad des Going Concern belief sich per 31.12.2014 mit 90 %iger Konfidenz bemessen auf 78 %. Der hierzu korrespondierende Auslastungsgrad auf dem deutlich höheren Konfidenzniveau mit 95 % betrug hingegen 94 % und hätte damit kalkulatorisch nahe an der Vollauslastung gelegen.

Dies hat die Bank angesichts der sich bis 2018 sukzessive weiter erhöhenden zusätzlichen Mindestkapitalanforderungen aus der CRR (Phasing-in), der damit zunehmenden Belastung des harten Kernkapitals aus dem sich quotal erhöhenden Shortfallabzug sowie den Unsicherheiten in der Entwicklung der Schifffahrtsmärkte und des USD-Kurses antizipiert und zum Anlass genommen, fortlaufend während des gesamten Jahres 2015 intensiv Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit auf dem erhöhten Konfidenzniveau umzusetzen. Insofern konnte Ende 2015 ein Auslastungsgrad von 44 % erreicht werden.

Die nachstehende Tabelle berücksichtigt die angepassten Vergleichswerte per 31.12.2014.

Auslastungsgrad des Risikokapitals im Going Concern (Konfidenzniveau 95 %)

Risikotragfähigkeit ¹⁾ Mio. €	31.12.2015		31.12.2014 ³⁾	
Risikokapital	814	100 %	439	100 %
Kreditrisiken	365	45 %	417	95 %
Beteiligungsrisiken	17	2 %	16	4 %
Marktpreisrisiken	38	5 %	38	9 %
Liquiditätsrisiken	20	2 %	19	4 %
Operationelle Risiken	15	2 %	13	3 %
Sonstige ²⁾	-98	12 %	-92	-21 %
Risikopotenzial gesamt	358		412	
Auslastungsgrad		44 %		94 %

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Beinhaltet Korrekturpositionen aus der Gegenüberstellung regulatorischer und ökonomischer Verlust erwartung.

³⁾ Abweichung gegenüber dem Vorjahr aufgrund Erhöhung Konfidenzniveau auf 95 % (Vorjahr 90 %) sowie Anpassung des Risikokapitals.

Die Verbesserung der RTF-Auslastung und gleichzeitige Umstellung auf das erhöhte 95 %-Konfidenzniveau wurde sowohl durch direkte Maßnahmen zur Stärkung des Risikokapitals als auch das proaktive Management der Risikopositionen besonders in den Schiffsfinanzierungen erreicht. Mit der Emission von langfristigen nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen (AT1-Bonds) konnte das Risikokapital direkt gestärkt werden. Über die Realisierung einer ersten synthetischen Verbriefungstransaktion und gezielte Restrukturierungen von Schiffsfinanzierungen auf Einzelfallebene wurden zusätzliche Entlastungseffekte durch Reduktion von RWA erzielt, die sich zusammen mit einer erhöhten Risikoabschirmung in Form von Einzelwertberichtigungen positiv auf die Höhe des verfügbaren Risikokapitals auswirkten.

Des Weiteren wurde im ersten Quartal des Jahres das Risikotragfähigkeitskalkül durch die Bereinigung der Risikokapitalbemessung um doppelt berücksichtigte Kreditrisiken weiterentwickelt. Damit wurde die Doppelanrechnung von Kreditrisiken sowohl auf der Risikopotenzialseite als auch der Risikokapitalseite durch die Belegung aufsichtlichen Eigenkapitals über kreditrisikobestimmte RWA als Äquivalent für unerwartete Kreditrisiken eliminiert. Per 31.12.2015 ergab sich hieraus ein Entlastungseffekt über 71 Mio. €.

Die Risikopotenziale haben sich infolge sämtlicher Maßnahmen auf 358 Mio. € reduziert.

In der Bremer Landesbank wird zur aktiven Steuerung der Risikotragfähigkeit regelmäßig eine Vorscheurechnung auf die weitere Entwicklung für das laufende und das nächste Jahr durchgeführt. Hierbei werden die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt sowie die sich aus der Pflege der Ratingsysteme ergebenden Änderungen antizipiert.

Mit dem Jahreswechsel 2015/2016 werden die wiederum erhöhten Mindestkapitalansprüche an die Kernkapitalquote (+0,625 %) und der quotal erhöhte Abzug des Shortfalls vom harten Kernkapital (80 %; Vorjahr: 70 %) die Risikokapitalbemessung und die Forecast-Berechnungen mit insgesamt rund 170 Mio. € belasten. Insofern sind auch für 2016 im RTF-Management weiterhin Maßnahmen zur Reduzierung der Risikoaktiva (z. B. durch Restrukturierungen auf Einzelfallebene bei Schiffsfinanzierungen) beziehungsweise zur Stärkung des Risikokapitals vorgesehen.

Unter Berücksichtigung aller in 2016 vorgesehenen Maßnahmen wird zum Jahresende wiederum eine auskömmliche Risikotragfähigkeit auf dem erhöhten Konfidenzniveau und somit ein grüner Ampelstatus im Going Concern angestrebt. Die zunehmenden regulatorischen Anforderungen an die Kapitalausstattung sollen damit ebenfalls abgedeckt werden können.

Im Rahmen der methodischen und aufsichtlichen Weiterentwicklung überarbeitet die NORD/LB das RTF-Konzept grundlegend. Dabei werden auch die neuen und erweiterten Anforderungen an die Risikotragfähigkeit im Kontext von SREP explizit berücksichtigt und im Rahmen der Modelleinführung unter Berücksichtigung Bremer Landesbank-spezifischer Anforderungen in der Bank integriert.

5.4.2 Kreditrisiko

Kreditrisiko – Entwicklung im Jahr 2015

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2015 rund 32.929 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr um rund 5,2 % gesunken.

Das Jahr 2015 stand erneut im Zeichen hoher Volatilitäten der Charraten in den Schiffsmärkten. Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charraten in der Schifffahrt hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Charraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern zeitweise lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Containern-, Multipurpose- und Produktentanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. Mittlerweile hat sich der gesamte Tankermarkt aufgrund des weltweiten Über-

angebots an Öl erholt, während die Erholung in der Bulkschiffahrt nach zwei guten Quartalen in 2015 wieder ins Stocken geraten ist und sich als Folge des verringerten Rohstoffbedarfs der chinesischen Wirtschaft in 2015 auf Tiefststände bewegt hat. Containerschiffe haben sich im zweiten Halbjahr 2015 als Folge der Order- und Ablieferwelle bei Großschiffen zurück auf ihre Vorjahresstände bewegt. Trotzdem sind die Preise für Gebrauchtschiffe in den kleinen Klassen (< 1500 T€) im Gegensatz zu größeren Schiffen gestiegen.

Das nur moderate Wachstum des Welthandels wirkt weiterhin negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio. Auch im siebten Jahr der Krise konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Der Wertberichtigungsbedarf im Segment Schiffe ist daher unverändert hoch. Aufgrund von Parameteranpassungen in der Risikovorsorgeermittlung war der Dotierungsbedarf höher als vorgesehen, sodass die Risikovorsorge deutlich das Niveau des Vorjahres übertraf.

Die weiterhin gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Teil der Schifffahrtsproblematik. Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung Erneuerbarer Energien, mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen waren im Berichtszeitraum unverändert attraktiv und verlässlich. Des Weiteren trugen das historisch niedrige Zinsniveau und eine effizientere Anlagentechnologie zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen gab es für Windparkprojektfinanzierungen nicht.

Analyse des Gesamtexposures

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 27-stufigen DSGVO-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1) 2)} Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivate ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2015	31.12.2015
sehr gut bis gut	11.496	2.631	569	6.242	20.938	22.690
gut/zufrieden stellend	2.234	-	72	512	2.818	2.448
noch gut/befriedigend	1.741	-	57	304	2.102	2.536
erhöhtes Risiko	767	15	35	95	912	1.324
hohes Risiko	1.005	-	3	143	1.151	826
sehr hohes Risiko	1.627	-	3	29	1.658	2.043
Default (= NPL)	3.336	-	1	14	3.350	2.853
Gesamt	22.205	2.646	739	7.338	32.929	34.720

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten. Insgesamt hat sich 2015 die Risikostruktur des Kreditportfolios verschlechtert. Ursächlich für den Anstieg des Exposures in den Non-Performing Loans (NPL) ist die andauernde Schifffahrtskrise.

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen ¹⁾ Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2015	31.12.2015
Euro-Länder	21.051	2.556	510	7.338	31.455	33.215
- davon Deutschland	19.172	2.320	425	7.093	29.010	30.733
Übriges Europa	243	75	195	0	512	580
Nordamerika	47	15	35	0	96	146
Lateinamerika	81	-	-	0	81	35
Naher Osten/Afrika	117	-	-	-	117	128
Asien/Australien	667	-	-	-	667	615
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	22.205	2.646	739	7.338	32.929	34.720

¹⁾ Länderhierarchie gegenüber Vorjahresresultimo geändert.

Die Aufteilung des Gesamtexposures nach Regionen belegt, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euro-Raum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank. Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist im Vergleich zum 31. Dezember 2014 zurückgegangen.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2015	31.12.2015 31.12.2014
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	3.153	378	505	2.712	6.748	8.526
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	6.928	2.258	57	654	9.897	10.487
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	1.374	-	31	178	1.583	1.598
- davon öffentliche Verwaltung	3.391	2.258	8	132	5.789	6.339
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7.244	9	26	154	7.433	7.305
- davon Schifffahrt	6.850	0	17	62	6.929	6.709
Verarbeitendes Gewerbe	663	-	29	107	799	812
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	2.409	-	59	3.345	5.813	5.456
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.315	-	62	116	1.493	1.475
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	114	-	1	191	306	307
Baugewerbe	380	-	1	60	441	352
Übrige	-	-	-	-	-	-
Gesamt	22.205	2.646	739	7.338	32.929	34.720

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Der Rückgang des Gesamtexposure ist zu einem Großteil durch den Abbau des Credit Investment Portfolios bedingt. Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist dennoch mit 20 % (Vorjahr: 25 %) relativ hoch, aber er ist weiterhin durch Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten geprägt. Das Darlehensvolumen in der Branche Schifffahrt hat sich in Euro gemessen im Vergleich zum Vorjahresresultimo erhöht. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des US-Dollars im Vergleich zum Euro, da ein wesentlicher Teil des Schiff-Portfolios in US-Dollar finanziert ist. Bereinigt um diesen Wechselkurseffekt ergibt sich eine Reduzierung des Darlehensvolumens in dieser Branche.

Non-Performing Loans

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise EWB gebildet. Der Wertberichtigungsbedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) erfolgt durch Bildung einer Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft.

Das Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ist im Jahr 2015 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise angestiegen. Der Bestand an EWB und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich im Jahr 2015 vor allem durch den Anstieg der Wertberichtigungen für das Schiffportfolio

nochmals deutlich erhöht. Die EWB-Quote, als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures, beträgt 2,79 % (Vorjahr: 1,89 %).

Der Bestand an überfälligen oder wertgeminderten Forderungen in der Bremer Landesbank ist überwiegend durch bankübliche Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen besichert, deren Bewertung anhand von Beleihungsgrundsätzen erfolgt. Der Bruttobuchwert der Non-Performing Loans mit Wertberichtigungsbedarf ist vor Anrechnung von Sicherheiten zu 36,2 % (Vorjahr: 32,5 %) durch Risikovorsorge abgedeckt.

Die Risikovorsorge verlief mit einem Nettoaufwand von rund 327 Mio. € oberhalb der Erwartungen. Unter Berücksichtigung von Verbräuchen beläuft sich der Risikovorsorgebestand auf 926 Mio. €.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB / Rückstellungen		
	Mio. €	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer		24	16	10	7	-	-	3	3
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige		60	52	27	31	1	1	-5	2
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen		23	12	6	7	-	-	-1	-1
- davon öffentliche Verwaltung		-	-	-	-	-	-	-	-
Verkehr, Nachrichtenübermittlung		2.343	1.849	807	543	2	0	266	128
- davon Schifffahrt		2.339	1.844	787	538	-	-	249	128
Verarbeitendes Gewerbe		33	35	27	30	0	0	-3	8
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau		39	28	25	20	3	4	4	-9
Handel, Instandhaltung, Reparatur		8	13	5	7	0	0	-2	-4
Land-, Forst- und Fischwirtschaft		3	2	2	1	0	0	1	-1
Baugewerbe		20	24	14	18	1	2	-4	-4
Übrige		-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt		2.531	2.020	917	657	8	8	261	122

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen ^{1) 2)}	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB / Rückstellungen		
	Mio. €	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Euro-Länder		2.298	1.887	857	625	7	8	232	98
Übriges Europa		8	7	4	1	0	0	3	1
Nordamerika		-	-	-	-	-	-	-	-
Lateinamerika		-	0	1	1	-	-	0	0
Naher Osten/Afrika		57	-	20	-	-	-	20	-
Asien/Australien		167	126	35	30	1	0	6	24
Übrige		-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt		2.531	2.020	917	657	8	8	261	122

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Länderhierarchie gegenüber Vorjahresresultimo geändert.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen ¹⁾ Mio. €	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾	
	2015	2014
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	67	47
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	199	183
- davon Grundstücks-, Wohnungswesen	38	60
- davon öffentliche Verwaltung	112	108
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	711	776
- davon Schifffahrt	708	774
Verarbeitendes Gewerbe	13	3
Energie-, Wasserversorgung, Bergbau	213	109
Handel, Instandhaltung, Reparatur	25	1
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	17	15
Baugewerbe	16	1
Übrige	-	-
Gesamt	1.262	1.134

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen ¹⁾ Mio. €	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ²⁾	
	2015	2014
Euro-Länder	1.151	1.036
Übriges Europa	51	33
Nordamerika	-	-
Lateinamerika	-	0
Naher Osten/Afrika	-	-
Asien/Australien	60	65
Übrige	-	-
Gesamt	1.262	1.134

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

²⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

Verzugsdauer, überfällige, nicht wertgeminderte finanzielle Forderungen nach Regionen

Regionen ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen										
	bis 1 Monat		1 bis 3 Monate		3 bis 6 Monate		ab 6 Monate		Gesamt		
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	
Mio. €											
Euro-Länder	738	534	99	115	39	54	275	333	1.151	1.036	
Übriges Europa	46	23	5	-	-	-	-	10	51	33	
Nordamerika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Lateinamerika	-	0	-	-	-	-	-	-	-	0	
Naher Osten/Afrika	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Asien/Australien	3	38	-	16	-	-	56	11	60	65	
Übrige	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamt	787	595	104	131	39	54	332	354	1.262	1.134	

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Das Exposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen ist insgesamt gestiegen. Die Ursache liegt in einem Anstieg im Laufzeitband ‚bis einen Monat‘. Der Bestand an überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen besteht zu 29 % (Vorjahr: 36 %) aus Forderungen, bei denen vereinbarte Zins- oder Tilgungszahlungen mehr als 90 Tage überfällig sind. 62 % (Vorjahr: 52 %) der Forderungen sind bis zu einem Monat überfällig.

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	31.12.2015	31.12.2014
Mio. €		
< 30 Tage	787	595
30–90 Tage	104	131
91–180 Tage	39	54
> 180 Tage	332	354
Gesamt	1.262	1.134

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Im Berichtsjahr wurden direkte Forderungsabschreibungen auf Kredite in Höhe von 43 Mio. € (Vorjahr: 12 Mio. €) vorgenommen. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 9 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €). Für Wertpapiere des Anlagevermögens wurden in der Bremer Landesbank keine direkten Forderungsabschreibungen vorgenommen.

Durch Sicherheitenanrechnung wurden die risikogewichteten Aktiva per 31. Dezember 2015 um 1,34 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) vermindert, dies entspricht einem Anteil von 10 % (Vorjahr: 9 %) an den gesamten Kreditrisiko-RWA. Hierbei kamen hauptsächlich Bürgschaften und Garantien von Staaten und Banken, finanzielle Sicherheiten und Grundpfandrechte zur Anrechnung.

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögensgegenstände erworben. Durch Inbesitznahme von Sicherheiten, die in Form von Sicherungsgegenständen gehalten werden, oder durch Inanspruchnahme anderer Kreditbesicherungen hat die Bremer Landesbank in der Berichtsperiode ebenfalls keine Vermögensgegenstände erhalten.

Kreditrisiko – Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2016 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll das RWA-Management weiter aktiv im Sinne der Risiko-Rendite-Steuerung gestaltet und ein Puffer für zukünftige Krisen aufgebaut werden. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Eine nachhaltige Erholung des Schifffahrtsektors ist aufgrund hoher Überkapazitäten weiterhin unsicher. Für die Risikovorsorge im Schiffsbereich wird auf Basis von sich allmählich erholenden Charterraten von langsam sinkenden Aufwendungen ausgegangen. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung zunächst auf eine weiterhin unsichere Entwicklung in der Handelsschifffahrt in den nächsten Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, schirmt Risiken durch eine angemessene Risikovorsorgedotierung ab und betreibt ein aktives Portfoliomanagement im Sinne des risikoorientierten Rückbaus des Schiffsfinanzierungsportfolios in den kommenden Jahren.

5.4.3 Beteiligungsrisiko

Beteiligungsrisiko – Entwicklung im Jahr 2015

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess auch in 2015 weiter vorangetrieben. Auch 2015 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Beteiligungsrisiko – Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

5.4.4 Marktrisiko

Marktrisiko – Entwicklung im Jahr 2015

Das Zinsrisiko stellt das wesentliche Marktrisiko im Portfolio der Bremer Landesbank dar. Dieses Risiko zeigt sich im Jahr 2015 volatil als in den Vorjahren. Insbesondere im zweiten Quartal kam es zu deutlichen Sprüngen im Zinsniveau.

In der folgenden Tabelle werden die Marktrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt. Das Zinsrisiko beinhaltet dabei Credit-Spread-Risiken der Liquiditätsreserve und des Handelsbuches. Credit-Spread-Risiken des Anlagevermögens sind nicht Bestandteil dieser Übersicht:

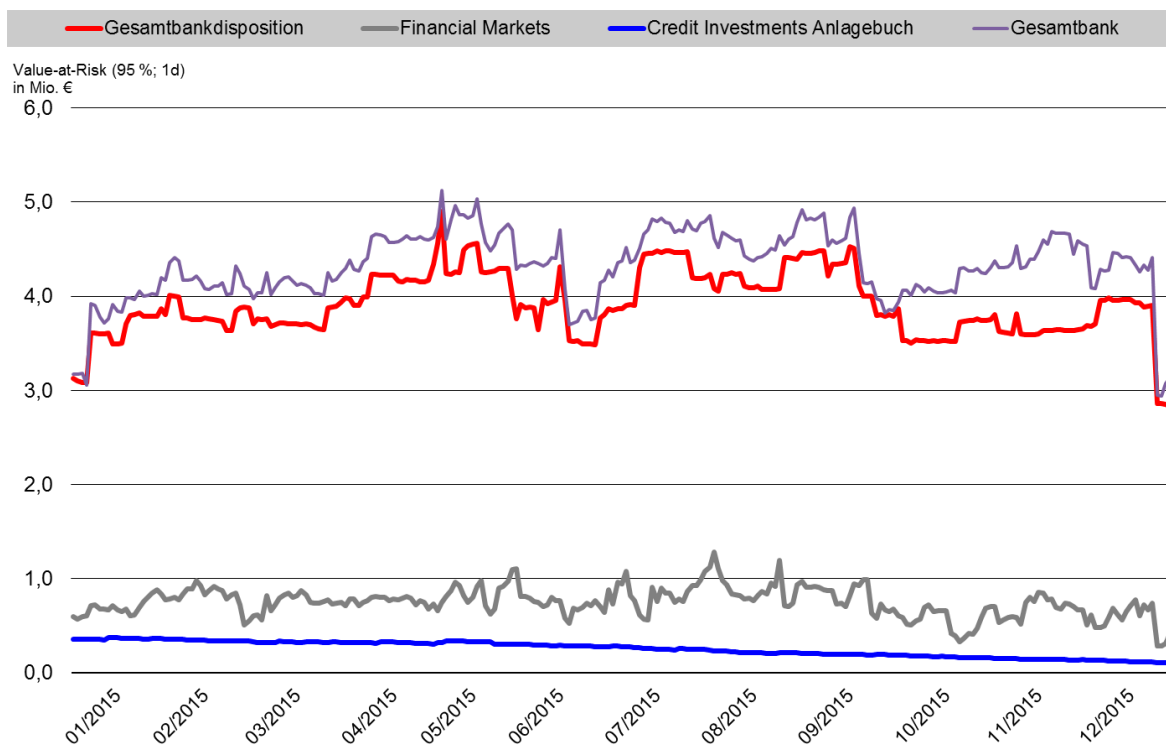
Marktrisiken – Überblick

(in Tsd. €)	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Zinsrisiko (VaR)	5.270	2.878	4.202	2.397	2.535	1.968	2.535	2.462
Währungsrisiko (VaR)	118	134	32	33	4	3	5	16
Aktienkurs- und Fondsrisko (VaR)	517	385	170	150	16	18	20	376
Volatilitätsrisiko (VaR)	85	39	43	21	11	9	12	37
Gesamtrisiko (VaR)	4.770	2.914	4.043	2.367	2.563	1.891	2.563	2.421

Die Auslastung des Marktrisikolimits für die Bank lag im Jahresdurchschnitt bei 72 % (die maximale Auslastung betrug 96 %, die minimale Auslastung 40 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 betrug der VaR (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 2,56 Mio. €. Im Berichtsjahr 2015 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 68 %, die der Gesamtbankdisposition 72 %.

Der Verlauf des VaR der Gesamtbank (inklusive der Credit-Spread-Risiken des Anlagevermögens) wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2015 gezeigt. Der deutliche Rückgang des VaR am Ende des Jahres lässt sich auf durchgeführte Zinssicherungsmaßnahmen zurückführen.

Marktrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2015 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 120 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 92 Mio. € bei einem Minimum von 58 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 61 Mio. €.

Im Berichtsjahr 2015 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 8,5 % nach 11,3 % in 2014. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Marktrisiko – Ausblick

Für das Jahr 2016 erwartet die Bank für das Portfolio der Bremer Landesbank weiterhin ein weitestgehend stabiles Marktumfeld. Mit einer deutlichen und nachhaltigen Niveaueverschiebung ist sowohl bei den Credit Spreads als auch bei den Zinsen nicht zu rechnen.

Auch in 2016 liegt ein Schwerpunkt in der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen wie beispielsweise SREP. Daneben werden punktuelle methodische oder prozessuale Weiterentwicklungen im Kontext der Marktrisikosteuerung angestrebt.

5.4.5 Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko – Entwicklung im Jahr 2015

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und ein anhaltend niedriges Zinsniveau sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2015 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

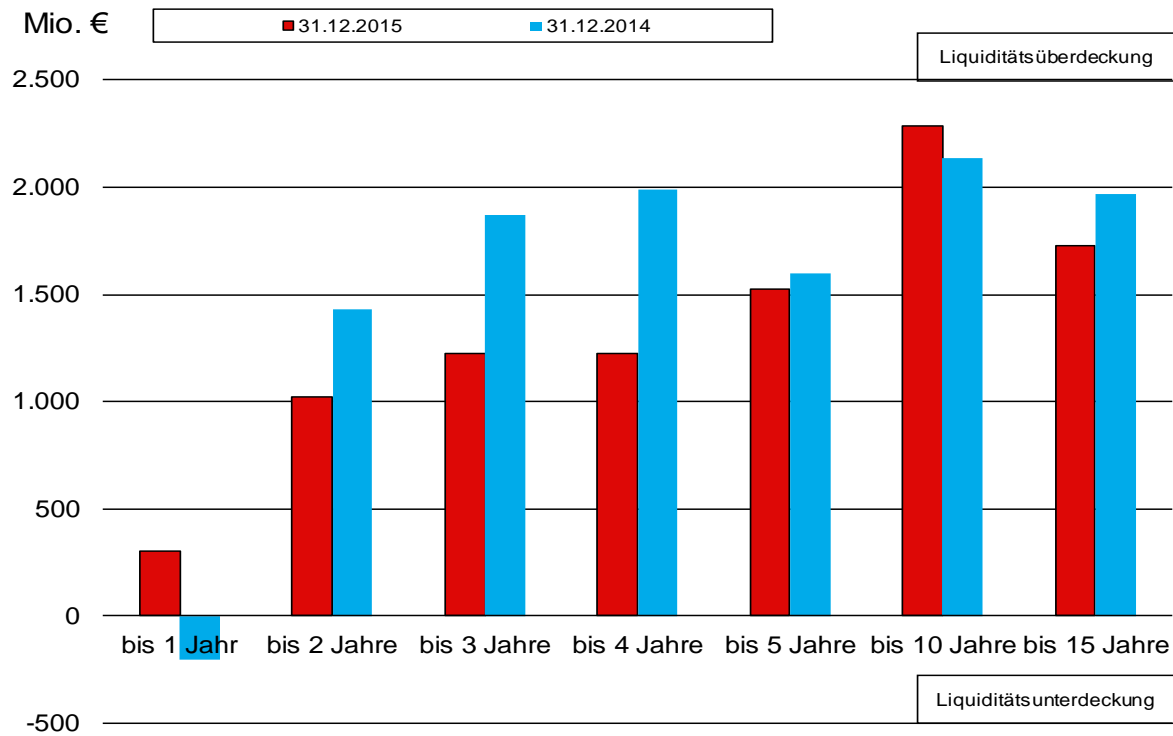
Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung, welche mindestens Eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2015 durchgängig erfüllt und lag per 31. Dezember 2015 bei 1,95.

Im Jahr 2015 war die Liquiditätsversorgung der Bank jederzeit zufriedenstellend. Der dynamische Liquiditätsstresstest als Steuerungsinstrument des klassischen Liquiditätsrisikos zeigte auch unter verschärften Stressparametern eine ausreichende Liquiditätsausstattung. Aufgrund von planmäßigen Laufzeitverkürzungen von größeren Emissionsfälligkeiten zum Jahresende 2015 trat im dynamischen Liquiditätsstresstest eine vorhersehbare Verkürzung der Tage positiver Liquidität unter den Schwellwert von 180 Tagen auf (Gelb-Status – Frühwarnschwelle). Die im weiteren Jahresverlauf durchgeführten Refinanzierungsmaßnahmen haben die Tage positiver Liquidität kostenschonend wieder auf einen Wert größer 180 Tage gehoben.

Die Anforderungen an den vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk sind eingehalten worden; die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche betrug zum Stichtag 32 % (Vorjahr: 35 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag 38 % (Vorjahr: 42 %).

Kumulierte Liquiditätsabläufe

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2015 eine zufriedenstellende Liquiditätssituation. Eine in 2014 bestehende Liquiditätsunterdeckung im kurzen Laufzeitbereich (bis 1 Jahr) konnte im Berichtsjahr erfolgreich zurückgeführt werden. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden mit einer Ausnahme (Mai 2015) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten. Die methodische Neuausrichtung der Volumenstrukturlimite führte zu einer geringen temporären Limitüberschreitung im kurzen Laufzeitbereich. Durch entsprechende Steuerungsmaßnahmen konnte die Limitüberschreitung kurzfristig zurückgeführt werden.

Verbindlichkeiten Mio. €	Volumen		Anteil	
	31.12.2015		31.12.2014	
Kreditinstitute	10.598	36%	11.171	36%
Kunden	9.823	34%	8.899	28%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.279	18%	7.349	24%
Kapital	1.343	5%	1.343	4%
Rest	2.022	7%	2.482	8%
Summe Passiva	29.065		31.244	
Gedekte Refinanzierung (gesamt) ¹⁾	4.513		4.762	
Öffentliche Pfandbriefe	3.587	79%	3.717	78%
Hypothekendarlehen	753	17%	852	18%
Schiffspfandbriefe	173	4%	193	4%

¹⁾ Gedekte Refinanzierung: Ausweis erfolgt in Höhe des Nominalbetrags.

Die Refinanzierung der Bremer Landesbank setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 36 % (Vorjahr: 36 %), gegenüber Kunden mit 34 % (Vorjahr: 28 %) und verbrieften Verbindlichkeiten mit 18 % (Vorjahr: 24 %). Neben ungedeckten Wertpapieren nutzt die Bremer Landesbank dabei auch gedeckte Wertpapiere, darunter öffentliche Pfandbriefe, Immobilien- und Schiffspfandbriefe. Der Anteil der gedeckten Refinanzierung beläuft sich auf 16 % (Vorjahr: 15 %).

In der Vergangenheit haben zahlreiche Ratings von der Annahme profitiert, dass der Staat eine Bank, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, mit hoher Wahrscheinlichkeit unterstützen wird. Die von der EU im Jahr 2014 verabschiedete Richtlinie zur Abwicklung von Banken (BRRD) sieht allerdings nun vor, dass für eine notleidende Bank zunächst deren Aktionäre und Anleiher haftbar sind – und nicht der Staat (und damit der Steuerzahler) – einspringt. Aus diesem Grund hat die Ratingagentur Fitch im März 2014 Banken im Hinblick auf deren Unterstützung durch ihre Eigentümer neu bewertet. Für mehr als 70 Banken wurde der Ausblick auf ‚negativ‘ gesenkt.

Am 19. Mai 2015 hat die Rating-Agentur Fitch zahlreiche Banken in Europa herabgestuft. Damit reagiert sie auf die gesunkene Bereitschaft der europäischen Regierungen, die Geldhäuser im Krisenfall zu stützen. Von einer Herabstufung ist auch die Gruppe der Landesbanken – und damit auch die Bremer Landesbank – betroffen. Die Ratings der Bremer Landesbank wurden von Fitch wie folgt festgelegt:

- Das Langfrist-Rating wurde von A auf A- herabgestuft.
- Der Ausblick wurde von negativ auf stabil gesetzt.
- Das Kurzfrist-Rating bleibt stabil bei F1.

Liquiditätsrisiko – Ausblick

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Veränderung. Von daher werden die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank weiter eng beobachtet.

Auch in 2016 werden die Entwicklungen darauf ausgerichtet sein, den beginnend mit der Finanzmarktkrise stetig angestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch eine konsequente Weiterentwicklung in der Liquiditätssteuerung Rechnung zu tragen. Hier sind für die Bremer Landesbank insbesondere die Anforderungen gemäß Basel III hinsichtlich der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Anforderungen aus SREP und BCBS 239 von großer Bedeutung.

5.4.6 Operationelles Risiko

Operationelles Risiko – Entwicklung im Jahr 2015

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2015 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug in 2015 2,4 Mio. € (Vorjahr: 3,9 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von 2,0 Mio. €.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2015 ¹⁾	Anteil 31.12.2014
Externe Einflüsse	25,9 %	4,8 %
Interne Abläufe	39,5 %	56,3 %
Mitarbeiter	40,8 %	37,3 %
Technologie	-6,2 %	1,6 %

¹⁾ Negativer Wert resultiert aus nachträglicher Minderung eines Schadensfalls aus 2014.

Rechtsrisiken aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu unwirksamen Widerrufsbelehrungen in Verbraucherdarlehensverträgen und Darlehensgebühren können nicht ausgeschlossen werden. Ansprüche gegen die Bank wurden bisher nur in überschaubarem Umfang geltend gemacht. Darlehensgebühren für Darlehen an Privatkunden wurden, soweit in unverjährter Zeit geltend gemacht, erstattet. Ob die Rechtsprechung auf Darlehen an gewerbliche Kunden übertragbar ist, ist höchstrichterlich noch nicht entschieden; bisher wurden nur vereinzelt Rückzahlungsansprüche geltend gemacht, diese Forderungen wurden zurückgewiesen. Die Bildung einer Rückstellung wird bisher nicht für erforderlich gehalten.

Basierend auf den Ergebnissen des Self Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in der Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Operationelles Risiko – Ausblick

Auch für das Jahr 2016 geht die Bank davon aus, dass Schadensfälle aus operationellen Risiken wie in den Vorjahren in unwesentlichem Umfang vorliegen werden.

5.5 Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

5.6 Gesamtaussagen

Gesamtaussage zur Risikolage

Die Risikolage der Bank wird weiterhin in hohem Maße von der unsicheren Entwicklung auf den Schiffsmärkten beeinflusst. Das nur moderate Wachstum des Welthandels wirkt negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio. Zusätzlich hat die Entwicklung des US-Dollarkurses über die Auswirkungen auf die RWA und den Shortfall deutlichen Einfluss auf die Kapitalquoten und die Risikotragfähigkeit. Der Auslastungsgrad in der Risikotragfähigkeit beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf einem Konfidenzniveau von 95 % auf 44 % (31. Dezember 2014: 94 %). Die Risikotragfähigkeit der Bank konnte in 2015 durch diverse Maßnahmen deutlich verbessert werden. Durch die Emission von langfristigen nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen (AT1-Bonds) über 150 Mio. € konnte das Kernkapital gestärkt werden. Des Weiteren wurde zur generellen Reduzierung des Risikos eine erste synthetische Verbriefungstransaktion umgesetzt. Ferner wurden im Rahmen von Investorenlösungen ausgefallene Schiffe in eine neue Struktur überführt. Ziel der neuen Struktur ist es, alle Schiffe nachhaltig aus dem Ratingausfall in ein kapitalentlastendes Rating zu überführen und gleichzeitig wesentlich am Wertaufholungspotenzial teilzuhaben.

Der Druck auf die Risikotragfähigkeit und die Kapitalquote wird aufgrund der vorgenannten Unsicherheiten und den zunehmenden aufsichtlichen Anforderungen in den Jahren 2016 und 2017 weiter bestehen bleiben. Angesichts der sukzessive weiter steigenden Mindestanforderungen gemäß CRR (Capital Requirements Regulation) werden die im Rahmen des RTF- und Kapitalmanagements eingeleiteten bzw. zusätzlich vorgesehenen Maßnahmen weiterverfolgt und konsequent umgesetzt. Die Bank wird daher ihre aktive Risikosteuerung und nachhaltige Stärkung der Risikotragfähigkeit konsequent weiter fortsetzen. Insgesamt wird auch zum Jahresende 2016 ein grüner Ampelstatus im Going Concern angestrebt.

Das Schiffportfolio soll im primär nicht strategischen Kundenbereich weiter bereinigt und strategisch redimensioniert werden. Im Rahmen der Risikovorsorge und des aktiven Portfolio-managements werden notleidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abgewickelt.

Die weiterhin gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Teil der Schifffahrtsproblematik. Die Windenergie ist dabei weiterhin das bedeutendste Teilsegment. Die Risiken aus den Windparkfinanzierungen bleiben nach wie vor überschaubar.

Das Zinsrisiko als wesentliches Marktrisiko zeigte sich insbesondere im zweiten Quartal 2015 volatil als in den Vorjahren. Für 2016 rechnet die Bank weder mit einer massiven Zinsbewegung noch mit einer weiteren deutlichen Einengung der Credit Spreads. Das Liquiditätsmanagements und -controlling der Bank hat im Berichtsjahr 2015 die Einhaltung der vorzuhaltenden Liquiditätspuffer nach den MaRisk sichergestellt. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag per 31. Dezember 2015 bei 1,95. Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Veränderung. Die dem operationellen Risiko zuzurechnenden eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2015 werden aus Gesamtbanksicht insgesamt als unwesentlich eingeschätzt. Von einer Änderung geht die Bank für 2016 nicht aus.

Die Bremer Landesbank misst der fortlaufenden Überwachung und der aktiven Steuerung der Risikotragfähigkeit insofern auch künftig eine sehr hohe Bedeutung zu. Mit nachhaltiger Umsetzung der weiteren eingeleiteten Maßnahmen werden die absehbaren Effekte der volkswirtschaftlichen Einflüsse für beherrschbar gehalten.

6. Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die in die Zukunft gerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In vier Aufsichtsratssitzungen, fünf Risikoausschusssitzungen, drei Prüfungsausschusssitzungen, drei Sitzungen des Nominierungsausschusses, sowie drei Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses und zwei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Der Prüfungsausschuss ließ sich in seinen Sitzungen zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten.

Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses auch im Jahr 2015 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2015 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 30. März 2016 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 30. März 2016 stellte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss der Bremer Landesbank AöR zum 31. Dezember 2015 fest.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Aus dem Aufsichtsrat schied aus:

zum 6. Oktober 2015 Herr Senator Martin Günthner

Neu in den Aufsichtsrat entsandt wurde:

zum 6. Oktober 2015 Herr Staatsrat Prof. Matthias Stauch

Gemäß § 2 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Bremer Landesbank ist zu berichten, dass ein Mitglied des Aufsichtsrates, in diesem Fall Herr Senator Martin Günthner, an weniger als der Hälfte der Sitzungen im Geschäftsjahr 2015 teilgenommen hat.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2015 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 30. März 2016

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Linnert', followed by a long horizontal flourish.

Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr dreimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen. Darüber hinaus wurden weitere Beschlüsse im schriftlichen Umfrageverfahren eingeholt.

Am 30. März 2016 erteilte die Trägerversammlung dem Vorstand der Bank und dem Aufsichtsrat Entlastung für das Geschäftsjahr 2015.

Aus der Trägerversammlung schied aus:

zum 6. Oktober 2015 Herr Staatsrat Ekkehart Siering

Neu in die Trägerversammlung entsandt wurde:

zum 6. Oktober 2015 Herr Arne Schneider

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2015 geleistete Arbeit.

Bremen, 30. März 2016

Der Vorsitzende der Trägerversammlung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gunter Dunkel'. The signature is written in a cursive style with a large loop at the end of the first name.

Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite

Mio. €			31.12.2014	
1. Barreserve			73	211
a) Kassenbestand		4		4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		69		207
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(69)		(207)
3. Forderungen an Kreditinstitute			3.494	3.651
b) Kommunalkredite		2.715		2.851
c) andere Forderungen		779		800
darunter: täglich fällig		(369)		(478)
gegen Beleihung von Wertpapieren		(-)		(-)
4. Forderungen an Kunden			21.884	22.346
a) Hypothekendarlehen		1.603		1.609
b) Kommunalkredite		4.526		4.963
c) andere Forderungen		15.755		15.774
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(-)		(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			2.823	4.100
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		2.823		4.100
ba) von öffentlichen Emittenten	2.442			2.313
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.442)			(2.313)
bb) von anderen Emittenten	381			1.787
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank *)	(340)			(1.751)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			19	28
6a. Handelsbestand			216	292
7. Beteiligungen			52	15
darunter: an Kreditinstituten			(0)	(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(0)	(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			73	162
darunter: an Kreditinstituten			(-)	(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(1)	(1)
9. Treuhandvermögen			15	128
darunter: Treuhandkredite			(2)	(3)
11. Immaterielle Anlagewerte			11	4
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und				
b) ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3		3
d) geleistete Anzahlungen		8		1
12. Sachanlagen			101	36
14. Sonstige Vermögensgegenstände			295	262
15. Rechnungsabgrenzungsposten			9	9
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		8		8
b) andere		1		1
Summe der Aktiva			29.065	31.244

*) Der Vorjahreswert wurde zur Sicherstellung eines einheitlichen Vergleichsmaßstabes von 1.699 Mio. € auf 1.751 Mio. € angepasst.

Passivseite

Mio. €			31.12.2014	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			10.598	11.171
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		129		260
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		252		548
c) andere Verbindlichkeiten		10.217		10.363
darunter: täglich fällig		771		(1.258)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0		(0)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		0		(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			9.823	8.899
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		326		301
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		1.933		2.240
c) Spareinlagen		207		220
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	203			216
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4			4
d) andere Verbindlichkeiten		7.357		6.138
darunter: täglich fällig		3.717		(2.817)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0		(0)
zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber				
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		0		(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			5.279	7.349
a) begebene Schuldverschreibungen		5.279		7.349
aa) Hypothekenpfandbriefe	480			502
ab) öffentliche Pfandbriefe	1.435			1.839
ac) sonstige Schuldverschreibungen	3.364			5.008
3a. Handelsbestand			66	244
4. Treuhandverbindlichkeiten			15	128
darunter: Treuhandkredite			(2)	(3)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			430	441
6. Rechnungsabgrenzungsposten			15	16
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		15		16
b) andere		0		0
7. Rückstellungen			150	309
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		100		249
b) Steuerrückstellungen		16		13
c) andere Rückstellungen		34		47
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			600	750
10. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			150	0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			596	594
darunter: für Handelsbestand			(7)	(8)
12. Eigenkapital			1.343	1.343
a) gezeichnetes Kapital		265		265
aa) Stammkapital	265			265
b) Kapitalrücklage		478		478
c) Gewinnrücklagen		600		600
cc) andere Gewinnrücklagen	600			600
d) Bilanzgewinn		0		0
Summe der Passiva			29.065	31.244

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mio. €		31.12.2014	
1. Eventualverbindlichkeiten		1.357	1.475
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.357		1.475
2. Andere Verpflichtungen		1.830	1.895
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.830		1.895

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015

Mio. €			1.1.–31.12. 2014	
1. Zinserträge aus			952	990
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	915			938
abzüglich Aufwendungen aus negativen Zinsen	0	915		0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		37		52
2. Zinsaufwendungen	489			595
abzüglich Erträge aus positiven Zinsen	-1	488	488	0
			464	395
3. Laufende Erträge aus			3	7
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0		0
b) Beteiligungen		1		3
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		2		4
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			60	2
5. Provisionserträge			49	52
6. Provisionsaufwendungen			10	7
			39	45
7. Nettoertrag des Handelsbestands			21	11
davon: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-1	(1)
8. Sonstige betriebliche Erträge			25	6
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			170	191
a) Personalaufwand		87		114
aa) Löhne und Gehälter		74		76
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		13		38
darunter: für Altersversorgung		0		25
b) andere Verwaltungsaufwendungen		83		77
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			5	4
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			27	21
12a. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			3	50
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			404	212
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			7	38
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			9	26
20. Außerordentliche Erträge		10		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		6		6
22. Außerordentliches Ergebnis			4	-6
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13		20
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		0		0
			13	20
27. Jahresüberschuss			0	0
28. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0	0
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen			0	0
34. Bilanzgewinn			0	0

Anhang

1. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro

1.1 Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2015 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 22. Dezember 2015) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung bei Kreditinstituten (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2014 beinhalten die im Vorjahr festgestellten und veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

1.2 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird gemäß den folgenden Grundsätzen durch Bildung von Wertberichtigungen, die von den entsprechenden bilanziellen Beständen aktivisch abgesetzt werden, Rechnung getragen. Für außerbilanzielle Geschäfte erfolgt dies durch die Bildung von Rückstellungen. Um sicherzustellen, dass die gebildete Risikovorsorge alle erkennbaren Risiken abdeckt, wird diese in folgenden Schritten ermittelt:

Die Kreditengagements werden laufend überwacht. Für alle bei dieser Einzelbetrachtung erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet, welcher sich aus dem Buchwert der Forderung abzüglich des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge ermittelt. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt.

Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von EWB. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferrisiken). Eine EWB wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und des BMF vom 10. Januar 1994.

Sofern das Kreditrisiko entfällt oder sich vermindert, werden die genannten Arten der Risikovorsorge in entsprechender Höhe aufgelöst. Damit kommen wir dem steuer- und handelsrechtlichen Wertaufholungsgebot nach. Stellt die Bank fest, dass eine Forderung vollständig oder teilweise als uneinbringlich eingestuft werden muss, wird die Abschreibung veranlasst.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve – sämtlich börsenfähige Titel – erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für CDS, bei denen die Bank in der Sicherungsgeberposition ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeberposition werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert grundsätzlich aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzubühenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2015 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2016 und gegebenenfalls Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird grundsätzlich eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus der am Kapitalmarkt beobachtbaren Marktrisikoprämie und dem Betafaktor dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Gruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. Deren Mittelwert wird als Betafaktor der zu bewertenden Beteiligung verwendet. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zugrunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Netto-Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über 5 Jahre pauschal mit jeweils 20 % p. a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € (netto) nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Strukturierte Emissionen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie in den verbrieften Verbindlichkeiten werden gemäß der Grundsätze für die einheitliche oder getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente des IDW RS HFA 22 behandelt. Sofern die Voraussetzungen für eine einheitliche Bilanzierung nicht gegeben sind, erfolgt eine Trennung der strukturierten Emissionen in ihre Bestandteile Basisvertrag und eingebettete Derivate.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist.

Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung nach der Maßgabe von IDW RS BFA 3 verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertbezogene Betrachtungsweise („Barwertmethode“).

Bei dem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte außerhalb des Handelsbestandes unter Berücksichtigung der erwarteten Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Zum 31. Dezember 2015 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

1.3 Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht im Fall einer einzelgeschäftsbezogenen Zinssicherung von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwebender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung).
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sogenannte Einfrierungsmethode zur Anwendung, d. h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzelfallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung über Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro-Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstermin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument). Aufgrund der sogenannten perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der

Bewertungsstetigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

1.4 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand unverändert angewendet.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach CRR zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne VaR auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Historischen Simulation, bei der die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewendet werden und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt wird. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.

- Ergänzende Informationen: Marktrisikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Zinsrisiko
 - Credit-Spread-Risiko
 - Währungsrisiko
 - Aktienkursrisiko
 - Volatilitätsrisiko
 - Fondspreisrisiko
 - Rohwarenrisiko
- Konfidenzniveau: 99 %
- Haltedauer: 10 Tage
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr.

Die Methode zur Ermittlung des Risikoabschlages wurde nicht geändert. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Historischen Simulation.

1.5 Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

In den Fällen, in denen Risiken aus dem Nichthandelsbestand in den Handelsbestand transferiert werden, erfolgt eine handelsrechtliche Berücksichtigung der internen Geschäfte im Rahmen des Stellvertreterprinzips analog zu externen Geschäften.

1.6 Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestands) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d. h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z. B. Quotierungen von Market-Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted-Cash-Flow-Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit Spreads, gegebenenfalls Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontraktdateien, Konkrete Wertpapierterminkurse, Swapkurven
	Tages- und Termingelder	Geldmarktkurven
	Zins-Währungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap-Spreads, Devisenkurse
Hull-&-White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Garman-Kohlhagen-Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black-/Black-76-Modell	Caps und Floors, Swaptions, Future Options	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses; risikoloser Zins

1.7 Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nichthandelsbestandes (§ 340h i. V. m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d. h., eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich angesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit im Sinne des § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitatisch bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlussstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zins-tragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die EUR-Anschaffungskosten aus den in EUR umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in EUR umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Höhe von 4.798 Mio. € (Vorjahr: 4.714 Mio. €) und Schulden in Höhe von 862 Mio. € (Vorjahr: 989 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31. Dezember 2015 umgerechnet. Die Ergebniseffekte aus der Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden des Handelsbestandes sind im Nettoertrag des Handelsbestandes bzw. die des Anlagebestands im Sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

1.8 Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren) berechnet und unter Anwendung der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Zum 31. Dezember 2015 betrug dieser Zinssatz 3,89 % (Vorjahr: 4,53 %). Der Effekt aus der Zinsänderung im Berichtsjahr (-0,64 %) in Höhe von 6 Mio. € wurde per 31.12.2015 in der GuV erstmalig unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Im Vorjahr beinhaltete der Personalaufwand einen Zinsänderungseffekt von 16 Mio. €.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2015	2014
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500 %	1,500 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p. a.	2,400 %	2,500 %
Gesamtversorgungen p. a.	3,200 %	3,500 %
Additive Versorgung p. a.	2,000 %	2,000 %
Beitragsorientierte Versorgung p. a.	1,000 %	1,000 %
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p. a.	2,000 %	2,000 %
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p. a.	0,000 %	0,375 %

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sogenannten „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde i. d. R. das 65. Lebensjahr zugrunde gelegt.

Im Berichtsjahr wurde eine Änderung des Durchführungsweges für die betriebliche Altersversorgung durch Einbindung der bestehenden „Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH“ (U-Kasse), Bremen, in die Finanzierung der Versorgungszusagen umgesetzt. Den Deckungskapitalien der Unterstützungseinrichtung wurde ein Betrag in Höhe von insgesamt 148 Mio. € zu Lasten der Pensionsrückstellung zugeführt. Aufgrund der Veränderung des Durchführungsweges bestehen bei der BLB mittelbare Versorgungsverpflichtungen aus der U-Kasse gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB in Höhe von 95 Mio. € (Vorjahr: 20 Mio. €).

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen gemäß Artikel 67 Abs. 2 EGHGB (BilMoG) hat sich insbesondere durch vorgenannte Änderung des Durchfühungsweges zum 31. Dezember 2015 auf 9 Mio. € reduziert (Vorjahr: 62 Mio. €).

1.9 Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,91 % (Vorjahr: 15,83 %). Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,73 % (Vorjahr: 31,65 %) bewertet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

2. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

2.1 Bilanz

2.1.1 Bilanz – Aktiva

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	53	156
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15	21
Nachrangige Forderungen	-	-
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	2.715	2.851
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	302	660
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	0	267
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	132	128
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	123	113
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	4.792	4.519
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	0	613
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.442	2.313
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	-	-
bb) von anderen Emittenten		
börsenfähige und börsennotierte Anleihen	381	1.787
börsenfähige und nicht börsennotierte Anleihen	0	-
von verbundenen Unternehmen	0	160
von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Betrag, der nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere	279	1.904
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Buchwert	114	260
Zeitwert	111	259
Stille Reserven		
Buchwert	1.300	3.349
Zeitwert	1.334	3.397
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	175	258
zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	0	25

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	19	28
Zeitwert	19	29
börsenfähige und börsennotierte Anteile	19	28
börsenfähig und nicht börsennotierte Anteile	0	0
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	131	212
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	85	81
von verbundenen Unternehmen	6	20
abzüglich Risikoabschlag	-1	-1
Pos. 7: Beteiligungen		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	3	3
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
Pos. 8: Anteile an verbundenen Unternehmen:		
börsenfähige und börsennotierte Anteile	-	-
börsenfähige und nicht börsennotierte Anteile	-	-
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	2	3
Beteiligungen	8	72
Sachanlagen	5	53
Pos. 12: Sachanlagen		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
- Grundstücke und Gebäude	49	6
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	5	7
Pos. 14: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	145	227
Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen	60	2
Anteilsrechte zum Verkauf bestimmt	45	-
Initial Margin Eurex	15	15
Hinterlegte Barsicherheit bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung im Rahmen der „Bankenabgabe“	3	-
sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	-	8
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	0	0
Pos. 15 Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Agien und Disagien	8	8

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen					Restbuchwerte		
	01.01. 2015	Zu- gänge	Ab- gänge	Umbu- chungen	31.12. 2015	01.01. 2015	Abschr. des GJ	GJ-Zu- schreib.	Sonstige Änd. ¹⁾	31.12. 2015	31.12. 2014	31.12. 2015
Beteiligungen	19	38	1	0	56	4	0	0	0	4	15	52
Anteile an verbundenen Unternehmen	162	0	89	0	73	0	0	0	0	0	162	73
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.904	95	1.720	0	279	0	0	0	0	0	1.904	279
Immaterielle Vermögensgegenstände	16	6	1	2	23	12	1	0	-1	12	4	11
Sachanlagen	56	70	1	-2	123	20	4	0	-2	22	36	101

¹⁾ Abgänge und Umbuchungen

Die Zugänge bei den Sachanlagen entfallen mit 50 Mio. € auf Objekte der BLB Grundbesitz KG, die infolge der Anwachsung bei der BLB zu bilanzieren sind sowie mit 19 Mio. € auf geleistete Anzahlungen für das im Bau befindliche Hauptgebäude am Domshof, Bremen.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2015						
b) Kommunalkredite	2.715	2	40	191	769	1.713
c) andere Forderungen	779	369	6	56	143	205
Summe	3.494	371	46	247	912	1.918
31.12.2014						
b) Kommunalkredite	2.851	2	131	364	731	1.623
c) andere Forderungen	800	478	10	35	138	139
Summe	3.651	480	141	399	869	1.762

Forderungen an Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2015						
a) Hypothekendarlehen	1.603	1	44	73	381	1.104
b) Kommunalkredite	4.526	37	136	476	1.284	2.593
c) andere Forderungen	15.755	1.423	2.010	1.211	3.987	7.124
Summe	21.884	1.461	2.190	1.760	5.652	10.821
31.12.2014						
a) Hypothekendarlehen	1.609	1	54	71	376	1.107
b) Kommunalkredite	4.963	20	461	311	1.345	2.826
c) andere Forderungen	15.774	1.294	1.952	1.247	4.168	7.113
Summe	22.346	1.315	2.467	1.629	5.889	11.046

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 826 Mio. € (Vorjahr: 754 Mio. €) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere im Bestand betragen 690 Mio. € (Vorjahr: 1.924 Mio. €).

Die in der Erläuterungstabelle zur Bilanzposition 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ angegebenen stillen Lasten in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bei den Wertpapieren lagen keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vor, sodass keine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert erfolgte.

2.1.2 Bilanz – Passiva

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	24	44
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	18
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	706	756
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	175	6
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	24	21
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	767	655
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 3a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	66	244
von verbundenen Unternehmen	0	5
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	125
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten		
Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	1	2
Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	101	166
Ausgleichsposten aus Fremdwährungsderivaten	273	236
erhaltene Optionsprämien	24	21
Steuerverbindlichkeiten	1	2
Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	15	16
Pos. 9: Nachrangige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	201	201
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	18	20

Spezifikation der nachrangigen Verbindlichkeiten gemäß § 35 Abs. 3 RechKredV:

Währung	Betrag 31.12.2015 Mio. €	Zinsaufwand 2015 Mio. €	Zinssatz % p. a.	Laufzeitende
€	65	0	variabel	05.04.2041
€	85	1	variabel	21.03.2031
€	200	1	variabel	28.06.2030
€	50	2	variabel	11.09.2028
€	50	2	variabel	06.12.2027
€	150	5	variabel	16.11.2027
€	0	7	4,875 %	15.12.2015
Gesamt	600	18		

Ein festverzinsliches Inhaberpapier mit einem Nominalvolumen in Höhe von 150 Mio. € ist per 15.12.2015 ausgelaufen.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2015						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	129	-	36	51	40	2
b) begebene öffentliche Namenspapiere	252	-	56	33	88	75
c) andere Verbindlichkeiten	10.217	771	1.025	1.239	2.815	4.367
Summe	10.598	771	1.117	1.323	2.943	4.444
31.12.2014						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	260	-	1	132	115	12
b) begebene öffentliche Namenspapiere	548	-	2	354	110	82
c) andere Verbindlichkeiten	10.363	1.258	981	672	2.641	4.811
Summe	11.171	1.258	984	1.158	2.866	4.905

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2015						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	326	0	2	95	81	148
b) begebene öffentliche Namenspapiere	1.933	29	22	172	285	1.425
c) Spareinlagen	207	0	0	201	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	7.357	3.723	502	1.090	708	1.334
Summe	9.823	3.752	526	1.558	1.079	2.908
31.12.2014						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	301	0	1	5	151	144
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.240	34	45	427	389	1.345
c) Spareinlagen	220	0	0	214	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	6.138	2.817	950	449	647	1.275
Summe	8.899	2.851	996	1.095	1.192	2.765

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen, die unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen 753 Mio. € (Vorjahr: 2.750 Mio. €).

Entwicklung von Eigen- und Nachrangkapital sowie Instrumenten des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

(in Mio. €)	Eigenkapital					Fonds für allgemeine Bankrisiken	Instrumente des zusätzl. aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	Nachrangige Verbindlichkeiten
	gez. Kapital Stammkapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn				
31.12.2014	1.343	265	478	600	0	594	0	750
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischengewinn	+10	-	-	-	+10	-	-	-
Begebung AT1-Anleihe	-	-	-	-	-	-	+150	-
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	-	-	+2	-	-
Veränderung nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-	-	-	-	-	-150
31.12.2015	1.353	265	478	600	10	596	150	600

In 2015 wurden nachrangige Inhaberschuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 150 Mio. € (davon 100 Mio. € gegenüber verbundenen Unternehmen) emittiert, welche die Voraussetzungen zur Anerkennung als zusätzliches aufsichtsrechtliches Kernkapital erfüllen. Die begebenen Additional Tier-1-Anleihen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank und verfügen über keine Endfälligkeit.

Zweck dieser nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen ist es, der Bremer Landesbank auf unbestimmte Zeit als zusätzliches Kernkapital zu dienen.

Die Anleihen beinhalten in den ersten fünf Jahren eine Zinsfestschreibung von 8,50 % für Tranche 1 (50 Mio. €) bzw. 9,50 % für Tranche 2 (100 Mio. €) und wechseln anschließend in eine variable Zinsphase.

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	2015	2014
Pos. 7: Nettoertrag des Handelsbestands		
Risikoabschlag gemäß § 340 e HGB (Auflösungsertrag in 2014)	0	-2
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-1	1
Pos. 8: Sonstige betriebliche Erträge		
Zuschreibungen auf unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene, gekündigte Wertpapiere	0	1
Auflösung von Rückstellungen	19	2
Kostenerstattungen	3	2
Pos. 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute („Bankenabgabe“)	6	3
Pos. 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	14	14
Zinsänderungseffekt aus Pensionsrückstellungen (zinsniveau-induziert)	6 ¹⁾	16
sonstige Aufzinsungen	0	1
Pos. 16: Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		
Beteiligungen	4	37
Wertpapiere des Anlagevermögens	2	1
Pos. 20: Außerordentliche Erträge		
Ertrag aus Anwachsung einer Beteiligung	10	-
Pos. 21: Außerordentliche Aufwendungen		
BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6	6

¹⁾ Im Vorjahr wurde der aus der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen resultierende Zinsänderungseffekt im Personalaufwand ausgewiesen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellten Aufwendungen aus negativen Zinsen und Erträge aus positiven Zinsen resultieren aus Tages- und Termingeldern im Interbankengeschäft und im Geschäft mit Nichtbanken sowie aus Wertpapierleihgeschäften. In sämtlichen Fällen führte ein negativer Referenzzinssatz (i. d. R. der EURIBOR-Satz für verschiedene Laufzeitbänder) zu den dargestellten Effekten.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Aufgrund der in der 261. Sitzung des IDW-Bankenfachausschusses getroffenen und am 06. Juli 2015 bekannt gegebenen Entscheidung über den sachgerechten Ausweis der Bankenabgabe wird diese Aufwandsposition (inkl. Vorjahreswert) nunmehr als Bestandteil der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen (bislang „Sonstige betriebliche Aufwendungen“).

Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Erträge resultieren insbesondere aus dem Verkauf der Beteiligungen an der Eurokartensysteme GmbH. Aus dem Verkauf wurde ein Gewinn von 4 Mio. € erzielt.

Außerordentliche Erträge

Das Vermögen der 100 %igen Tochtergesellschaft „BLB Grundbesitz KG“ ist der Bremer Landesbank durch gesellschaftsrechtliche Maßnahmen angewachsen. Hierbei wurde ein Buchgewinn in Höhe von 10 Mio. € realisiert.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

3. Sonstige Angaben

3.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen auf Kreditderivate in Höhe von 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,4 Mrd. €). Es bestehen keine Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 0 Mio. €).

Die anderen Verpflichtungen von 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen ca. 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,1 Mrd. €) auf die strategische Geschäftseinheit Schiffsfinauzierungen und 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten folgende wesentliche Beträge:

- Die Beitragsbemessung für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurde im Rahmen der Anerkennung des S-Haftungsverbundes als institutsbezogenes Sicherungssystem nach CRR und der Übernahme der Einlagensicherungsfunktion nach EinSiG geändert. Über die bereits geleisteten Beiträge hinaus bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 70 Mio. € (Vorjahresultimo: 43 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden – analog zum Vorjahr – keine Wertpapiere hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 15 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 15 Mio. €).

- Gemäß § 12 Abs. 5 Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG) wurden 30 % des gemäß § 12 Abs. 2, § 12b und § 12g RStruktFG festgesetzten Jahresbeitrages für die EU-Bankenabgabe durch eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 3 Mio. € erbracht. Diese Zahlungsverpflichtung wurde durch die Bremer Landesbank in voller Höhe durch eine erbrachte Barsicherheit abgedeckt.

3.2 Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2015	2014
Männlich	525	547
Weiblich	514	552
Gesamt	1.039	1.099

3.3 Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

3.3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	2015	2014
Vorstand	2.205	2.749
Aufsichtsrat ¹⁾	198	203
Beirat ¹⁾	66	68

¹⁾ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichtsrats- und Beiratstätigkeit.

Aufgrund der Änderung des Durchführungsweges wurde ein Teil der unmittelbaren Pensionszusagen auf die Unterstützungseinrichtung der Bank übertragen. Die mittelbaren Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB gegenüber diesem Personenkreis betragen 290 T€. Detailerläuterungen sind Abschnitt 1.8 des Anhangs zu entnehmen.

Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen

T€	2015	2014
Vorstand	1.657	1.513
Aufsichtsrat	-	-
Beirat	-	-

Der Durchführungsweg der Pensionsverpflichtungen für vorstehenden Personenkreis wurde im Berichtsjahr umgestellt. Detailerläuterungen sind Abschnitt 1.8 des Anhangs zu entnehmen. Die mittelbaren Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Abs. 2 EGHGB gegenüber diesem Personenkreis betragen 22.770 T€. Für die verbleibenden unmittelbaren Pensionsverpflichtungen

gegenüber diesem Personenkreis wurden 2.148 T€ (Vorjahr: 20.210 T€) zurückgestellt. Aufgrund der BilMoG-Bewertungsänderungen (Artikel 67 Abs. 2 EGHGB) der Pensionsverpflichtungen beträgt der restliche Zuführungsbetrag am 31. Dezember 2015 321 T€ (Vorjahr: 4.148 T€).

3.3.2 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

T€	Forderungen	Verbindlichkeiten
gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2015		
Vorstand	639	994
Aufsichtsrat	780	201
Trägerversammlung	-	-
gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2014		
Vorstand	386	946
Aufsichtsrat	1.036	264
Trägerversammlung	253	-

3.4 Andere Angaben

3.4.1 Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2015 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahe-stehenden Personen und Unternehmen vorgenommen worden.

3.4.2 Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

3.4.3 Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

3.4.4 Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2015 nach § 268 Abs. 8 HGB aktiviert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

3.4.5 Verbriefungstransaktionen

Als Instrument zur Steuerung von Kreditrisiken stehen der Bremer Landesbank Verbriefungen zur Verfügung. Ziel der Verbriefungsaktivitäten ist die Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Zur Diversifizierung des Kreditportfolios können die in den eigenen Büchern vorhandenen Kreditrisiken an andere Marktteilnehmer abgegeben werden. Im Jahr 2015 hat die Bremer Landesbank eine erste Verbriefungstransaktion originiert. Im Berichtsjahr hat die Bremer Landesbank für ein Kreditportfolio mit einem Anfangsvolumen von rund 2,145 Mrd. € aus den Assetklassen Erneuerbare Energien, Firmenkunden, Sozialimmobilien, Gewerbeimmobilien und Schiffe eine Verbriefung strukturiert. Zur Absicherung der darin enthaltenen Kreditrisiken wurde mit Wirkung ab dem 16. Dezember 2015 eine Garantie mit einem Volumen von zunächst rund 106 Mio. € mit einem privaten Garantiegeber abgeschlossen. Die vertragliche Laufzeit der Garantie beträgt 12 Jahre. Die von der Bremer Landesbank gehaltene Erstverlusttranche beläuft sich auf 10 Mio. €, sie wurde bisher nicht in Anspruch genommen.

3.5 Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

Mio. €	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
Termingeschäfte des Anlagebestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	6.271	14	288
Zinsbezogene Termingeschäfte	6.670	1	14
	12.941	15	302
Termingeschäfte des Handelsbestands			
Termingeschäfte in fremder Währung	2.055	22	21
Zinsbezogene Termingeschäfte	21.942	1.129	746
	23.997	1.151	767

Innerhalb des Nichthandelsbestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Absicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbestand dienen die Termingeschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften des Handelsbestandes sind noch nicht abgewickelte Futures und FRA mit einem Nominalvolumen von 1.860 Mio. € (Vorjahr: 1.228 Mio. €) enthalten.

3.6 Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren Wert unter anderem von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer Landesbank umfassen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestands durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Futures findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

3.6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Nichthandelsbestand)

Im Folgenden werden die dem Nichthandelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposten
Zinsrisiken					
Zinsswaps	4.870	0	14		
F.R.A.	1.800	1	0		
Caps, Floors	0	0	0		
Swaptions (Käufe)	0	0	-	7	Sonstige Vermögensgegenstände
Zinsrisiken – insgesamt –	6.670	1	14	7	
(Vorjahr)	(7.536)	(9)	(31)	(7)	
Währungsrisiken					
Währungsswaps	1.054	0	8		
Zinswährungsswaps	5.205	14	280		
Caps, Floors in Fremdwährung	11	0	0		
Devisenoptionen (Käufe)	0	0	-	-	
Währungsrisiken – insgesamt –	6.270	14	288	-	
(Vorjahr)	(5.275)	(6)	(247)	(-)	
Kreditrisiken					
Kreditderivate – insgesamt –	385	0	1	-	
(Vorjahr)	(385)	(0)	(5)	(-)	

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB eingebracht wurden. Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB wurden keine Derivate mit Währungsrisiken zum 31. Dezember 2015 (Vorjahr: 0 Mio. €) passiviert. Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

3.6.2 Zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
Zinsrisiken			
Zinsswaps	20.218	1.116	713
Swaptions	416	-	20
Käufe	-	-	-
Verkäufe	416	-	20
Caps, Floors	1.248	13	13
Futures	60	-	-
Zinsrisiken – insgesamt –	21.942	1.129	746
(Vorjahr)	(23.835)	(1.394)	(914)
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	223	4	5
Währungsswaps	533	8	4
Zinswährungsswaps	1.256	9	12
Caps, Floors	34	0	0
Devisenoptionen	9	1	0
Käufe	7	1	-
Verkäufe	2	-	0
Währungsrisiken – insgesamt –	2.055	22	21
(Vorjahr)	(2.235)	(26)	(32)
Kreditrisiken	300	1	1
Kreditderivate – insgesamt –	300	1	1
(Vorjahr)	(300)	(1)	(1)

3.6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	438	652	-	1.663	378	-
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.718	758	160	3.854	663	-
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	10.551	483	140	11.551	966	-
mehr als 5 Jahre	8.235	162	-	6.767	228	300
Insgesamt	21.942	2.055	300	23.835	2.235	300

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.

3.6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten:

Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Nominal- werte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ	Nominal- werte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
Banken in der OECD (inklusive Börsenkontrakte)	21.099	988	760	23.394	1.236	937
Öffentliche Stellen in der OECD	14	1	0	13	1	-
Sonstige Kontrahenten	3.184	162	8	2.963	186	11
Summe	24.297	1.151	768	26.370	1.423	948

3.6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerte der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	974	460
Gesamtsumme	974	460

Es handelt sich um 31 Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 968 Mio. € Nominalwert (Vorjahr: 11 Bewertungseinheiten mit 463 Mio. € Nominalwert), bei denen das Zinsänderungsrisiko durch Zinsswaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäfts. Die Endfälligkeiten der relevanten Grundgeschäfte liegen in den Jahren 2018 bis 2027.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Mikro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt.

Für 16 Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten zum 31. Dezember 2015 nicht zinsinduzierte Abschreibungen in Höhe von 2 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) vorgenommen werden. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die übrigen 15 Grundgeschäfte betragen 8 Mio. € (Vorjahresultimo: 6 Mio. €).

3.7 Weitere Angaben

3.7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 1.319 Mio. € (Vorjahr: 1.584 Mio. €) hinterlegt.

3.7.2 Pensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr bestanden zum Bilanzstichtag keine echten Pensionsgeschäfte in Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

3.7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 6.617 Mio. € (Vorjahr: 6.454 Mio. €) abgetreten.

3.7.4 Abschlussprüferhonorar

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen des Abschlussprüfers KPMG im Geschäftsjahr 2014 und 2015 angefallenen Honorare:

T€	2015	2014
a) Abschlussprüfungsleistungen	1.290	1.181
b) Andere Bestätigungsleistungen	534	272
c) Steuerberatungsleistungen	-	-
d) Sonstige Leistungen	41	93

Die Honorare für Leistungen des Abschlussprüfers in Form von prüferischen Durchsichten von unterjährigen Zwischenabschlüssen sind – wie in den Vorjahren – entsprechend der Klarstellung gemäß IDW ERS HFA 36 n.F., Tz. 12a den Abschlussprüfungsleistungen zugeordnet.

3.7.5 Finanzgeschäfte in ausgewählten europäischen Staaten

Die nachfolgenden Übersichten zeigen unser Engagement gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird.

31.12.2015 Mio. €	Nominal	historische Anschaf- fungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertbe- richtigung in GuV	Fair Value
Portugal	-	-	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Irland	20	20	19	-	19
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	20	20	19	0	19
Italien	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	0	0	0	-	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Spanien	20	20	19	0	19
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	20	20	19	0	19
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Summe	40	40	38	0	38

31.12.2014 Mio. €	Nominal	historische Anschaf- fungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertbe- richtigung in GuV	Fair Value
Portugal	-	-	-	-	-
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Irland	132	129	131	-	130
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	107	104	111	-	108
Unternehmen/Sonstige	25	25	20	-	22
Italien	0	0	0	-	0
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	0	0	0	-	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	-	0
Griechenland	33	33	33	-	33
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	-	-	-	-	-
Unternehmen/Sonstige	33	33	33	-	33
Spanien	19	19	18	-	18
Staat	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstitutionen / Versicherungen	19	19	18	-	18
Unternehmen/Sonstige	-	-	-	-	-
Summe	184	181	182	-	181

¹⁾ einschließlich anteiliger Zinsen, Disagio, Agio etc.

3.8 Deckungsrechnung

3.8.1 Deckungsrechnung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 7 Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV)

Deckung der umlaufenden Schuldverschreibungen (§ 35 Abs. 1 Nr. 7 RechKredV)

Mio. €	Hypothekenkreditgeschäft		Kommunalkreditgeschäft		Schiffe	
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		753		3.587		173
Pfandbriefe						
Inhaberschuldverschreibungen	448		1.425		30	
Namenschuldverschreibungen	305		2.162		143	
Deckungswerte		1.187		3.855		227
Forderungen an Kreditinstitute	10		274		18	
Forderungen an Kunden	1.127		3.471		194	
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	50		110		15	
Deckungsüberhang		434		268		54

3.8.2 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2015

a. Hypothekenspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden Hypothekenspfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress *) Mind. +100 bp		Risikobarwert inkl. Währungsstress *) Mind. -100 bp	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	753	852	812	923	773	894	845	945
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.187	1.067	1.311	1.197	1.264	1.158	1.335	1.216
Überdeckung	434	215	499	274	491	264	490	271
Überdeckung in %	58	25	61	30	64	30	58	29

*) Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden Hypothekendarlehen und der dafür verwendeten Deckungsmassen

(§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Hypothekendarlehen		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2015	2014	2015	2014
Bis zu 0,5 Jahre	100	30	152	103
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr	80	187	45	51
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre	25	100	81	99
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre	15	80	45	43
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	71	40	135	115
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	142	71	114	114
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	56	142	117	106
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	157	110	447	398
Mehr als 10 Jahre	107	92	51	38
Gesamtsumme	753	852	1.187	1.067

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2015	2014
Bis zu 0,3 Mio. €	346	390
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 1,0 Mio. €	180	177
Mehr als 1,0 Mio. € bis zu 10,0 Mio. €	495	440
Mehr als 10,0 Mio. €	106	35
Gesamtsumme	1.127	1.042

Aufschlüsselung der zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Forderungen nach Nutzungsarten (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	Mio. €	
	2015	2014
Eigentumswohnungen	75	96
Ein- und Zweifamilienhäuser	208	237
Mehrfamilienhäuser	244	266
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	527	599
Bürogebäude	87	103
Handelsgebäude	161	58
Industriegebäude	5	-
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	347	281
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	1
Bauplätze	-	-
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	600	443
Gesamtsumme	1.127	1.042

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland gelegen.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2015 bestanden – analog zum Vorjahr – keine Rückstände, die älter als 90 Tage waren.

Weitere Deckungswerte für Hypothekendarlehen (§ 19 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 PfandBG);

Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

	Summe	davon Ausgleichs- forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	Forderungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG Insgesamt	davon gedeckte Schuld- verschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Forde- rungen i. S. d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG
Mio. €					
Staat					
Gesamtsumme (alle Staaten)	2015	60	-	10	-
	2014	25	-	25	25
Deutschland	2015	60	-	10	-
	2014	25	-	25	25

Kennzahlen zu umlaufenden Hypothekendarlehen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 7, 8, 9, 10 und 11 PfandBG sowie § 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

		2015	2014
Umlaufende Darlehen	Mio. €	753	852
davon Anteil festverzinslicher Darlehen; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	71	72
Deckungsmasse	Mio. €	1.187	1.067
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 überschreiten; § 28 Abs. 1 Nr. 7	Mio. €	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	86	86
Nettobarwert nach § 6 Darlehen-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. €;			
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)			
	CAD	-	-
	CHF	-	-
	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	-	-
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (verstrichene Lfz. seit Kreditvergabe/seasoning); § 28 Abs. 1 Nr. 11	Jahre	9	9
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf; § 28 Abs. 2 Nr. 3	%	60	60

b. Öffentliche Darlehen

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden öffentlichen Darlehen und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress *)		Risikobarwert inkl. Währungsstress *)	
	2015	2014	2015	2014	Mind. +100 bp	Mind. -100 bp	2015	2014
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag des Darlehenumschlages	3.587	3.717	4.054	4.281	3.758	4.037	4.338	4.493
Gesamtbetrag der Deckungswerte	3.855	4.094	4.460	4.780	4.093	4.479	4.823	5.056
Überdeckung	268	377	406	499	335	442	485	563
Überdeckung in %	7	10	10	12	9	11	11	13

*) Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 DarlehenBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden öffentlichen Pfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2015	2014	2015	2014
Bis zu 0,5 Jahre	278	204	240	91
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr	205	296	272	799
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre	155	279	184	194
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre	158	195	163	232
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	424	313	299	212
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	303	424	308	218
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	243	303	235	262
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	854	760	956	958
Mehr als 10 Jahre	967	943	1.198	1.128
Gesamtsumme	3.587	3.717	3.855	4.094

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2015	2014
Bis zu 10,0 Mio. €	1.208	1.138
Mehr als 10,0 Mio. € bis zu 100,0 Mio. €	1.373	1.375
Mehr als 100,0 Mio. €	1.025	1.581
Gesamtsumme	3.606	4.094

Aufschlüsselung der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach Staaten

(§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

Mio.€	Summe	davon					
		in der Summe enthaltene Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	Zentralstaat	Regionale Gebietskörperschaften	örtliche Gebietskörperschaften	Sonstige Schuldner	
Staat							
Gesamtsumme (alle Staaten)							
	2015	3.606	-	-	360	2.453	793
	2014	4.094	-	-	433	2.404	1.257
Deutschland							
	2015	3.606	-	-	360	2.453	793
	2014	4.094	-	-	433	2.404	1.257

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG)

Am 31. Dezember 2015 bestanden – wie auch im Vorjahr – keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

Weitere Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 5 PfandBG)

Mio. €	Summe	davon		Forderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	
		Ausgleichs- forderungen i. S. d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG		Insgesamt	davon gedeckte Schuld- verschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Staat					
Gesamtsumme (alle Staaten)	2015	249	-	249	-
	2014	-	-	-	-
<hr/>					
Deutschland	2015	249	-	249	-
	2014	-	-	-	-

Kennzahlen zu umlaufenden öffentlichen Pfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

		2015	2014
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	3.587	3.717
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	88	88
Deckungsmasse	Mio. €	3.855	4.094
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	94	80
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung	CAD	-	-
je Fremdwährung in Mio. €;	CHF	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	-	-
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	-	-

c. Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung der umlaufenden Schiffspfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress *)		Risikobarwert inkl. Währungsstress *)	
	2015	2014	2015	2014	Mind. +100 bp	Mind. -100 bp	2015	2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	173	193	186	211	182	205	188	213
Gesamtbetrag der Deckungswerte	227	276	244	291	214	273	217	275
Überdeckung	54	83	58	80	32	68	29	62
Überdeckung in %	31	43	31	38	18	33	16	29

*) Für die Berechnung der Risikobarwerte wurde der dynamische Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet.

Laufzeitstruktur der umlaufenden Schiffspfandbriefe und der dafür verwendeten Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2015	2014	2015	2014
Bis zu 0,5 Jahre	7	-	26	57
Mehr als 0,5 Jahre und bis zu 1 Jahr	64	10	16	24
Mehr als 1 Jahr und bis zu 1,5 Jahre	10	17	30	56
Mehr als 1,5 Jahre und bis zu 2 Jahre	10	64	16	14
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	23	20	41	42
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	-	23	27	26
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	20	-	37	23
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	39	59	33	33
Mehr als 10 Jahre	-	-	1	1
Gesamtsumme	173	193	227	276

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Aufschlüsselung der zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €	
	2015	2014
Bis zu 0,5 Mio. €	1	3
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	133	188
Mehr als 5,0 Mio. €	60	35
Summe	194	226

Verteilung der zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe Mio. €		Binnenschiffe Mio. €	
	2015	2014	2015	2014
Deutschland	169	188	8	9
Gibraltar	3	4	-	-
Malta	4	4	-	-
Marshall Islands	10	19	-	-
Panama	-	2	-	-
Summe	186	217	8	9

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen als auch Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 PfandBG)

Deckungswerte	Mio. €	
	2015	2014
Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen	2	1
Gesamtbetrag dieser Forderung, soweit der jeweilige Rückstand mind. 5 % der Forderung beträgt	17	2

Weitere Deckungswerte für Schiffspfandbriefe (§ 26 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 3 und Nr. 4 PfandBG; Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 5 und Nr. 6 PfandBG)

Mio. €	Summe	davon		Forderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG		Forderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
		Ausgleichsforderungen i. S. d. § 26 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	Insgesamt	davon gedeckte Schuldverschreibungen i. S. d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013			
Staat							
Gesamtsumme (alle Staaten)	2015	35	-	5	-	30	
	2014	50	-	15	15	35	
Deutschland							
	2015	35	-	5	-	30	
	2014	50	-	15	15	35	

Kennzahlen zu umlaufenden Schiffspfandbriefen und dafür verwendeten Deckungswerten (Veröffentlichung gemäß § 28 Abs. 1 Nrn. 8, 9 und 10 PfandBG)

		2015	2014
Umlaufende Pfandbriefe	Mio. €	173	193
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	74	77
Deckungsmasse	Mio. €	227	276
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 3 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	2	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 26 Abs. 1 Nr. 4 liegen; § 28 Abs. 1 Nr. 8	Mio. €	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse; § 28 Abs. 1 Nr. 9	%	15	10
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung	CAD	-	-
je Fremdwährung in Mio. €;	CHF	1	3
§ 28 Abs. 1 Nr. 10 (Saldo aus Aktiv-/Passivseite)	CZK	-	-
	DKK	-	-
	GBP	-	-
	HKD	-	-
	JPY	-	1
	NOK	-	-
	SEK	-	-
	USD	177	188

3.8.3 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

a. Hypothekenpfandbriefe (§28 Abs. 2 Nr. 4 a–c)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2015	2014	2015	2014
Zahl der per 31.12.2015 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	-	-	-	-

b. Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 3 a–c)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2015	2014	2015	2014
Zahl der per 31.12.2015 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	-	-	-	-
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	1	-	-	-

3.8.4 Deckungsrechnung Altbestand per 31. Dezember 2015

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des PfandBG geltenden Vorschriften weitergeführt. Per 31.12.2015 ist der Altbestand vollständig ausgelaufen, sodass sich ein separater Ausweis erübrigt.

3.9 Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital Mio. € ¹⁾	Ergebnis Mio. €
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	29	1
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0 ³⁾	0 ³⁾
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	9 ³⁾	1 ³⁾
BLBI Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	0 ³⁾	0 ³⁾
BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	17 ³⁾	0 ²⁾ 0 ³⁾
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	1 ³⁾	-1 ²⁾ -1 ³⁾
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	70	9
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen	12,61	19	2
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	0	1
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	54 ³⁾	0 ²⁾ 0 ³⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	1 ³⁾	1 ³⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	1 ³⁾	1 ³⁾
Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH, Bremen	50,00	83 ⁴⁾	0 ⁴⁾
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	20,46	12	0
GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	89	4
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	0	0
NBV Beteiligungs-GmbH, Hamburg	21,33	15	1
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0 ³⁾	3 ³⁾
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1 ³⁾	1 ³⁾
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	5	0
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH i. L., Bremen	100,00	0	0
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	29	3
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	0	0
Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	19	0

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2015.

⁴⁾ Die Gesellschaft ist in 2015 gegründet worden und hat ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr; die Angaben basieren auf dem ungeprüften Zwischenabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2015.

3.10 Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Mio. €	2015	2014
„Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds“, Frankfurt am Main		
Ausschüttung	0	0
Marktwert	16	16
Buchwert	16	16
Unterlassene Abschreibungen	-	-

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds kann in Vermögensgegenstände gemäß §§ 193 bis 198 KAGB investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

4. Organe der Bremer Landesbank

4.1 Mitglieder des Vorstandes sowie Generalbevollmächtigte

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Stabsbereich Vorstand Finanzen Kommunikation und Marketing Revision
	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Risikocontrolling
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance/Geldwäscheprävention/Fraud Marktfolge Finanzierungen Operations
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets Geschäftsfeld Privatkunden BLB Immobilien GmbH
Björn Nullmeyer (ab 01.04.2015)	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen Geschäftsfeld Schiffsfinanzierungen Geschäftsfeld Firmenkunden BLB Leasing GmbH
	Unternehmensbereich Banksteuerung	Personalmanagement
Generalbevollmächtigte		
Mathias Barghoorn		
Matthias Hellmann		

4.2 Mitglieder des Aufsichtsrates

Bürgermeisterin

Karoline Linnert

(Vorsitzende)

Senatorin für Finanzen, Bremen

Minister

Peter-Jürgen Schneider

(Stellvertretender Vorsitzender)

Niedersächsischer Finanzminister,

Hannover

Thomas S. Bürkle

Mitglied des Vorstandes der NORD/LB

Norddeutsche Landesbank

Girozentrale, Hannover

Ursula Carl

Geschäftsführerin

ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,

Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht

Universität Bremen, Bremen

Frank Doods

Staatssekretär

Niedersächsisches Finanzministerium,

Hannover

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der

NORD/LB Norddeutsche Landesbank

Girozentrale, Hannover

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes der

Sparkasse LeerWittmund, Wittmund

Martin Günthner (bis 6. Oktober 2015)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen,

Bremen

Dr. Olaf Joachim

Staatsrat

Senatskanzlei, Bremen

Andreas Klarmann

Bankkaufmann

Bremer Landesbank, Oldenburg

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes

Niedersachsen, Hannover

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen,

Göttingen

Michael Schlüter

Bankkaufmann

Bremer Landesbank, Oldenburg

Prof. Matthias Stauch (ab 6. Oktober 2015)

Staatsrat

Senator für Justiz und Verfassung, Bremen

Jörg Walde

Bankkaufmann

Bremer Landesbank,

Bremen

Doris Wesjohann

Mitglied des Vorstandes der

Lohmann & Co. AG, Visbek

Eike Westermann

Volljurist

Bremer Landesbank, Bremen

Markus Westermann

Gewerkschaftssekretär

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di, Hannover

4.3 Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31. Dezember 2015 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover

Mitarbeiter der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

4.4 Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, 15. März 2016

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



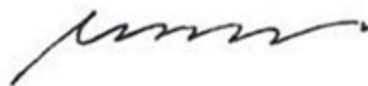
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, 15. März 2016

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



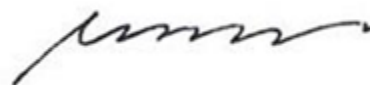
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune



Björn Nullmeyer

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bremer Landesbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bremer Landesbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bremer Landesbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hannover, 16. März 2016

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Leitz

Wirtschaftsprüfer



Mahr

Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 5. Mai 2015. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaften ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen. Der Aufsichtsrat hat sich mit Unterstützung des Nominierungsausschusses in 2015 im Rahmen einer Effizienzprüfung mit der Struktur, Größe, Zusammensetzung und den Leistungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates selbst beschäftigt.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie zum Beispiel des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikoüberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme

sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung des NORD/LB-Konzerns. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung und sonstige Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder werden auf Basis der Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Nominierungsausschuss, Vergütungskontrollausschuss und Förderausschuss gebildet.

Der Risikoausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der NORD/LB. Dem Ausschuss gehören ferner zwei weitere Mitglieder für die NORD/LB, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Verbandsvorsteher des Sparkassenverband Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Stellvertretender Vorsitzender ist ein von der Freien Hansestadt Bremen bestimmtes Mitglied, das der Ausschuss wählt. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der Bank und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere

Leitungsebene. Der Risikoausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung der Bank wahrzunehmen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Der Nominierungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz entsprechen der Besetzung des Risikoausschusses. Der Nominierungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Ermittlung von Bewerbern für die Bestellung als Vorstandsmitglied und bei der Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes und des Aufsichtsrates und spricht diesbezügliche Empfehlungen aus.

Der Vergütungskontrollausschuss besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der NORD/LB, der Senatorin/dem Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, dem Verbandsvorsteher des Sparkassenverbandes Niedersachsen, einem von der NORD/LB benannten Aufsichtsratsmitglied mit ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling, einem weiteren Mitglied des Aufsichtsrates, zu benennen von der Freien Hansestadt Bremen, sowie zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates. Der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz

entsprechen der Besetzung des Risikoausschusses. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme und bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrates über die Vergütung und die übrigen Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen auf das Risikomanagement der Bank.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Risikoausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2 % das Land Bremen und zu 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entschei-

dungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Die Übernahme eines Mandats bei einem Unternehmen, an dem die Bank nicht direkt oder indirekt beteiligt ist, bedarf zusätzlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Zudem unterrichtet der Vorstand den Aufsichtsrat und den Risikoausschuss einmal jährlich über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank

Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –